

vib-akzente

Berufliche Bildung in Bayern



Die beruflichen Schulen sind weiterhin bereit.



Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

UNSERE THEMEN

Der 12. VLB-Berufsbildungskongress in Erlangen im Rückblick:

- > **Der VLB hat sich klar positioniert, während Fachleute und Politiker sehr vage blieben - Alexander Liebel blickt auf drei Tage Berufsbildungskongress zurück.**
- > **„Die Vertreterversammlung zeigt klare Kante!“ – Alexander Liebel über die verbandspolitischen Weichenstellungen.**
- > **„Dem VLB die Hand gereicht“ – Peter Thiel reflektiert die Hauptveranstaltung mit Kultusminister Dr. Spaenle.**
- > **In den Foren sollte eigentlich Tacheles geredet werden – Margit Schwandt und Dr. Siegfried Hummelsberger haben die Foren aufgearbeitet.**
- > **Die Arbeitskreise haben gezeigt, dass die Berufler am Puls der Zeit sind – Martin Ruf hat die Ergebnisse der Arbeitskreisleiter zusammengefasst.**
- > **Weichenstellung – die VLB-Entscheidungen zeigen die künftigen Arbeitsschwerpunkte des VLB auf.**
- > **Armin Ulbrich berichtet vom Stadtspaziergang der Senioren.**
- > **Das Presseecho hätte ausgeprägter sein können, wie Günther Schuster feststellt.**
- > **Die VLB-Spitze findet in MdL Tobias Reiß einen aufmerksamen Gesprächspartner, wenn es um die Belange der beruflichen Schulen geht.**
- > **VLB-FOS/BOS-Referent Hans Dietrich lädt zur nächsten VLB-Tagung nach Bamberg ein.**

THEMA DES TAGES

- 03 Wolfgang Lambl: The same procedure as last Berufsbildungskongress

12. VLB-BERUFSBILDUNGSKONGRESS

- 04 Alexander Liebel: Erlangen 2014 – Streifzug durch 3 Tage Berufsbildungskongress
 08 Alexander Liebel: Kassenbericht mit ‚Gänsehaut-Feeling‘
 09 Dr. Michael Persie: Werte schätzen lernen und Totengedenken
 10 Alexander Liebel: Vertreterversammlung zeigt klare Kante!
 12 Franz Siska: Die Quote
 14 Peter Thiel: Dem VLB die Hand gereicht – Hauptveranstaltung im Erlanger Redoutensaal
 21 Aus der Rede des VLB-Landesvorsitzenden Jürgen Wunderlich
 26 Franz Siska: Verspaltung
 27 Margit Schwandt: Forum Bildungspolitik
 28 Margit Schwandt: Wie viel Akademisierung braucht das Land?
 29 Dr. Siegfried Hummelsberger: Forum Dienstrecht
 30 Dr. Siegfried Hummelsberger: Zusätzliche Aufgaben verlangen zusätzliche Mittel
 31 Martin Ruf: Arbeitskreise
 45 VLB-Entscheidungen
 50 Armin Ulbrich: Die Senioren auf den Spuren der Hugenotten
 51 Der 12. VLB-Bildungskongress in der Presse
 52 Günther Schuster: Aufmerksamkeit um jeden Preis?
 56 Impressionen

BILDUNGSPOLITIK

- 60 Pankraz Männlein: Gedankenaustausch mit MdL Tobias Reiß

DIENSTRECHT

- 61 Wolfgang Lambl: Dienstrecht aktuell

FOS / BOS

- 64 Hans Dietrich: 10. Arbeitstagung FOS/BOS: Gestaltungsräume kreativ nutzen

PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

- 66 Margit Schwandt: Deutschland – das Land mit den gut ausgebildeten Menschen

AUS DEM VERBANDSLEBEN

- 67 Landesverband
 68 Bezirks- und Kreisverbände
 71 Senioren
 74 Personalien
 75 Vermischtes
 78 Umschau
 80 Manfred Greubel: Kommentar zum Chancenspiegel der Bertelsmann-Stiftung



„The same procedure as last Berufsbildungskongress?“

WOLFGANG LAMBL

Für regelmäßige Teilnehmer an der Festveranstaltung wiederholt sich bei den Berufsbildungskongressen des Verbandes der Lehrer

an beruflichen Schulen alle zwei Jahre „the same procedure“.

Sowohl die Grußwortredner als auch Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle loben die Leistungen der beruflichen Schulen und der dort tätigen Lehrkräfte „über den grünen Klee“. Und es ist ja auch alles richtig und die Lehrkräfte freuen sich über die Anerkennung und das verdiente Lob.

Der Patient „berufliche Schulen“ auf der Intensivstation?

Allerdings fühlte ich mich bei der Bewertung der Ansprachen einmal mehr an den Besuch eines lieben Angehörigen im Krankenhaus erinnert, bei dem der gutgemeinte Zuspruch zu einer Verbesserung des Gesundheitszustands beitragen soll, aber die „lebensnotwendige“ medizinische „Notversorgung“ anscheinend vorenthalten wird.

Als aufmerksamer Zuhörer beim „Festakt“ des Philologenverbandes am 28. November 2014 in Würzburg konnte ich dann staunend vernehmen, mit welcher personellen Ausstattung die Gymnasien ihren Bildungsauftrag erfüllen dürfen.

Es liegt mir fern, eine Neiddebatte zu befeuern – aber es muss an dieser Stelle nochmals deutlich dargestellt werden: Während an den beruflichen Schulen die Personaldeckung bei ca. 92 Prozent liegt, sind die staatlichen Gymnasien neben der „Vollversorgung“ zusätzlich wie folgt mit Planstellen ausgestattet:

- > 320 Stellen integrierte Lehrerreserve (eine Lehrkraft pro Schule);
- > 165 Stellen mobile Lehrerreserve (die Mobile Reserve wurde in den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013 in zwei Stufen eingerichtet: Zum Schuljahr 2011/2012 wurden 110 Stellen bereitgestellt, zum Schuljahr 2012/2013 gab es eine Erhöhung um 55 Stellen (50 Prozent) auf 165 Stellen);
- > 160 Stellen Individuelle Lernzeit 0,5 Lehrkraft pro Schule);
- > 110 Stellen Reduzierung des Unterrichtseinsatzes der Referendare.

An den beruflichen Schulen gibt es eine Vielzahl von „Baustellen“

Dagegen gibt es im Bereich der beruflichen Schulen eine Vielzahl von „Baustellen“, die durch die permanent strukturelle Personalunterdeckung nicht „geschlossen“ werden können:

- > Klassengrößen reduzieren
- > Abbau der Mehrarbeitsberge („freiwillige“ Arbeitszeitkonten)
- > Flüchtlinge und Asylanten
- > Inklusion
- > Lehrerreserve
- > Planstellen statt Aushilfsverträge
- > Betriebspraktika
- > Freistellung Datenschutzbeauftragter
- > Erhöhung der Freistellung der örtlichen Personalräte
- > Zusätzliche Anrechnungstunden für Stellvertreter
- > Aufstockung und Qualifizierung des Verwaltungspersonals
- > ...

Da ist es daher nicht verWUNDERLICH, wenn die VLB-Verantwortlichen und die Kolleginnen und Kollegen an den beruflichen Schulen den Eindruck haben, dass der in Bad Kissingen überreichte „Notfallkoffer“ endlich zum Einsatz kommen muss!

Wir appellieren an Sie, Herr Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, sowie an die Staatsregierung und die Abgeordneten des bayerischen Landtages: „Lassen Sie die beruflichen Schulen nicht um Regen stehen! Tragen Sie Sorge, dass die „Baustellen“ nacheinander zügig und zeitnah abgearbeitet werden!

Der VLB reicht Ihnen dazu die Hand und steht gerne für konstruktive Gespräche mit seinem Sachverstand zur Verfügung.

Ihr VLB wird für die Realisierung dieser Ziele auf allen Ebenen arbeiten. Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich zusammen mit der akzente-Redaktion einen guten Start in das neue Jahr 2015 sowie Gesundheit und Erfolg in Ihrer verantwortungsvollen und herausfordernden Bildungs- und Erziehungsarbeit.

Auch hier gilt: „The same procedure as ...“

Erlangen2014 – Streifzug durch 3 Tage Berufsbildungskongress:

Beste Bildung für Bayern

ALEXANDER LIEBEL

Erlangen – eine hervorragende Standortwahl

„Erlangen, Stadt der Berufsbildung“, so würdigte Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich bei seiner Festrede im historischen Redoutensaal die Universitätsstadt und „Siemens-Stadt“, die sich drei Tage als hervorragende Gastgeberin für die bayerischen Lehrkräfte aus den beruflichen Schulen präsentierte. Erlangen verkörpert Tradition, Innovation und Zukunft, Merkmale, die sich ebenso in der beruflichen Bildung widerspiegeln.



01



03

Die mittelfränkischen Kolleginnen und Kollegen, an der Spitze Bezirksvorsitzender Horst Lochner (er hat bereits viermal einen Berufsbildungskongress ausgerichtet!), haben die Voraussetzungen für die reibungslose und glänzende Organisation des Kongresses geschaffen. Gerald Wölfel, Kreisvorsitzender von Mittelfranken Nord brachte es auf den Punkt: „Ohne die tatkräftige Mithilfe der Kollegien sowie der Elternschaft an der Wirtschaftsschule Erlangen hätten wir nicht geschafft, den Kongress so erfolgreich über die Bühne zu bringen!“

Berufsbildungskongresse sind wichtig – nach innen und außen

Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen veranstaltet neben seinen zahlreichen Veranstaltungen auf den verschiedensten Ebenen alle zwei Jahre – in wechselnden Regierungsbezirken – den traditionellen Berufsbildungskongress.

Diese Kongresse bedeuten in jeder Hinsicht eine gewaltige Investition in die Zukunft. Sowohl das ehrenamtliche Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen, als auch das „Engagement“



04

des Schatzmeisters wird stark gefordert. Gleichwohl sind solche Treffen sowohl nach innen als auch nach außen extrem bedeutsam. Nach innen deshalb, weil diese drei Tage dazu dienen, dem Vorstand die „bildungs- und standespolitischen Leitlinien“ für die nächsten zwei Jahre mit auf den Weg zu geben und dabei gleichzeitig darzustellen, wo es an den Schulen „brennt“, was gut läuft und was überhaupt nicht gut läuft.

Nach außen ist der Kongress wichtig, weil wir die Öffentlichkeit für die Ziele der beruflichen Bildung gewinnen müs-



05



sen, weil wir natürlich in der Politik, der Exekutive, bei Vertretern der Wirtschaft und in der Elternschaft Verbündete gewinnen müssen, in dem wir sie von der Berechtigung unserer Forderungen überzeugen.

Donnerstag, 20. November

Gelungener Einstieg in den Kongress

Der Kongress startet regelmäßig am Vormittag des ersten Tages mit einer Pres-

sekonferenz, bei der grundlegende Forderungen und Erwartungen des Verbandes den Medienvertretern nahe gebracht werden.

Diese wiederum zeigten in Erlangen besonderes Interesse an dem Thema „Beschulung von berufsschulpflichtigen Asylbewerbern und Flüchtlingen“, das vielen Schulen regelrecht auf den Nägeln brennt.

Die Nürnberger Nachrichten haben unsere Forderungen am Beispiel von zwei Betroffenen Jugendlichen ausführlich aufgegriffen (siehe Seite 54).

Die gastgebende Schule heißt die VLB'ler willkommen.

03 Zwischen den ‚Zeilen‘ gibt es auch immer noch etwas zu besprechen.

04 In der Hauptvorstandssitzung wurden die Entschlüsse und Anträge nochmals intensiv und konzentriert beraten und anschließend eine Empfehlung an die Vertreterversammlung beschlossen.

05 Nach getaner Arbeit – beim gemeinsamen Tagesausklang und einem guten Essen im Aischgrund.

Wichtige Vorarbeiten im Hauptvorstand

Der Nachmittag war dann geprägt – neben den routinemäßigen Punkten einer Hauptvorstandssitzung – durch die inhaltliche Vorbereitung der Vertreterversammlung, in der über die Entschlüsse und Anträge abgestimmt werden muss. Dazu beschließt der Hauptvorstand sogenannte „Empfehlungen“ für die Delegierten, es wird also ein Meinungsbild erarbeitet. Zu besonders wichtigen Themen existieren auch häufig mehrere Anträge, die sinnvollerweise gebündelt werden müssen zu einem „federführenden“ Antrag.

Ausklang im Aischgrund

Der erste Tag klang mit einem gemeinsamen Abendessen aus, und zwar in einer beliebten Gaststätte des Aischgrundes, einer bekannten Karpfengegend.



01

Als Gast konnte Dr. Dieter Rossmeissl, Referent für Bildung, Kultur und Jugend der Stadt Erlangen, begrüßt werden. Die Zeit wurde genutzt, mit ihm bildungspolitische Gespräche zu führen. Dr. Rossmeissl ist aufgrund seiner Vita mit Fragestellungen der beruflichen Bildung bestens vertraut.

Freitag, 21. November

Der zweite Tag war vollgepackt mit Veranstaltungen, die Delegierten waren im wahrsten Sinne von früh bis spät auf Achse.

Die Vertreterversammlung – das Parlament des VLB tagt

Vertreterversammlungen mit ihren zahlreichen Beschlüssen (siehe ausführlicher Bericht auf Seite...) stehen erfahrungsgemäß zeitlich immer unter Druck, deshalb werden Möglichkeiten der Zeiteinsparung gerne angenommen.

Kompakter Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden

Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich machte dies mit seinem Rechenschaftsbericht sehr geschickt und verwies – mit Einverständnis der Delegierten – auf die nachfolgende Öffentliche Hauptversammlung im Redoutensaal, bei der zahlreiche Gäste aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft erwartet wurden.



02



03

Zwei Gesichtspunkte, ohne an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehen, wurden jedem Delegierten durch den Rechenschaftsbericht sehr deutlich: Der vor zwei Jahren in Bad Kissingen neu gewählte Vorstand hat sehr schnell „in die Spur gefunden und Fahrt aufgenommen“. Zahlreiche Aktivitäten und Initiativen zeugen davon.

Gleichzeitig wird „die Leitaussage“ des Kongresses, die an den unterschiedlichsten Stellen immer wieder auftaucht, sichtbar: „Die beruflichen Schulen fordern die Gleichbehandlung mit den allgemeinbildenden Schulen der

Sekundarstufe II“. Diese Aussage beinhaltet standespolitische sowie bildungspolitische Komponenten und darüber hinaus die Forderungen nach zusätzlichen Ressourcen.

Der Verband hat solide Finanzen

Auf sechs Seiten dokumentierte Schatzmeister Hubert Königer für die Delegierten die Finanzen des Verbandes. Einnahmen und Ausgaben zeigen, dass wir für die Zukunft gerüstet sind und zeigen auch in sehr detaillierter Form, mit den Beiträgen der Mitglieder wurde sehr verantwortungsbewusst umgegangen.



05



04

01 In intensive Gespräche vertieft – Dr. Dieter Rossmeyl (3. von links) mit den VLB'lern.

02 Dichtes Gedränge bei der Akkreditierung zur Vertreterversammlung.

03 In der Vertreterversammlung kam es teilweise zu intensiven Diskussionen zu einzelnen Anträgen.

04 Immer wieder engagiert dabei – VLB-Ehrenvorsitzender Berthold Schuller nimmt Stellung zu den eingegangenen Eilanträgen.

05 Trotz konzentrierter Arbeit bleibt in der Pause immer noch ein Lächeln – ein Teil der unterfränkischen Delegierten.

06 Sie attestierte unserem Schatzmeister Hubert Königer eine einwandfreie Haushaltsführung – Revisorin Gisela Lohr.

Der schriftlich und auch mündlich von den Revisoren Gisela Lohr und Ulrich Ziegenthaler vorgelegte Rechnungsprüfungsbericht bestätigte die Korrektheit der Buchführung gemäß Haushaltsordnung und Jahresrechnung. Mit den Worten „Wir bedanken uns für die hervorragende Leistung von Herrn Königer“ setzte Gisela Lohr einen markanten Schlusspunkt.

Die Delegierten entlasteten folgerichtig den Vorstand und den Schatzmeister mit einem überragenden Vertrauensbeweis der Zustimmung zur geleisteten Arbeit.



06



Kassenbericht mit „Gänsehaut-Feeling“

Kassenberichte bei Berufsbildungskongressen werden von den Delegierten in der Regel eher mit wenig Emotion wahrgenommen. Sie müssen halt sein, interessieren tun sie im Verlauf der Vertreterversammlung meistens nur wenige.

In Erlangen war das vollkommen anders: „Guten Tag, ich bin wieder da“: Selten hat solch ein Satz mehr Freude und einen emotionaleren Beifall ausgelöst als beim VLB-Berufsbildungskongress 2014.

Hubert Königer, unser langjähriger Schatzmeister, hat sich mit diesen Worten zurückgemeldet und viele Delegierte haben Gänsehaut bekommen. Die meisten Kolleginnen und Kollegen wussten, Königer hatte sich im wahrsten Sinne des Wortes über Monate hinweg mit Unterstützung seiner Familie und unglaublicher Energie wieder ins Leben zurückgekämpft.

Er präsentierte „seinen Haushalt“, der absolut solide aufgestellt ist und mit dem der Verband für die zukünftigen Herausforderungen gut gewappnet ist.

Die Kassenprüfer attestierten eine „herausragende Leistung von Herrn Königer“.

Aber die positiven Zahlen und deren erfreuliche Entwicklung waren an diesem Tag für die Delegierten zweitrangig.

Lieber Hubert, wir freuen uns mit Dir, alles Gute weiterhin!
Alexander Liebel

Entschliefungen und Anträge als Spiegelbild von Erfahrungen und Empfindungen

Der Landesvorsitzende hatte seine Forderung nach Gleichbehandlung der beruflichen und allgemeinbildenden Schulen in seinem Rechenschaftsbericht bereits angesprochen, in den Entschliefungen und Anträgen wurde diese Forderung immer wieder formuliert, verdeutlicht im Kontext der unterschiedlichsten Problemstellungen.

Man spürte förmlich, wie sich im Laufe des Tages bei den Delegierten eine Erwartungshaltung aufbaute. „Wann konzentriert sich die Politik nicht nur mehr auf G8/G9, wann erhält die berufliche Bildung endlich die ihr angemessene Wertschätzung in der Gesellschaft?“, waren prägnante Formulierungen. Man hoffte auf Antworten bei der Öffentlichen Hauptveranstaltung. Der Kultusminister sowie die Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien hatten sich angekündigt, man war gespannt auf ihre Aussagen.

Viel „Wort“schätzung, kaum „Wert“schätzung

Jürgen Wunderlich hat die Chance bei der Öffentlichen Hauptveranstaltung „gnadenlos“ genutzt, den Verantwortlichen die Baustellen der beruflichen Bildung in Bayern und die Empfindungen der Lehrkräfte deutlich vor Augen zu führen. Es wurde eine lange Rede (Text siehe Seite...), kein Wunder! Es musste zwangsläufig eine lange Rede werden, weil es viele Baustellen zu benennen gibt und bei den Lehrkräften sich in den vergangenen Jahren einiges an Unmut angesammelt hat. Wobei sie keineswegs Sonderbehandlung einfordern, sondern nur Gleichbehandlung!

Die Reden der verantwortlichen Politiker waren allesamt wohlwollend und positiv formuliert gegenüber der beruflichen Bildung. Die „Wort“schätzung ist nicht zu kritisieren, wohl aber die „Wert“schätzung. Konkret: Es gab keinerlei konkrete Zusagen, es wurden keine zusätzlichen „Werte“, sprich zusätzlichen Ressourcen, in Aussicht gestellt.

In den Gesprächen beim Stehempfang nach der Veranstaltung wurde die Enttäuschung deutlich formuliert.



Ins Gespräch vertieft – MR Günter Liebl und Berthold Gehlert (ehemaliger BLBS-Bundesvorsitzender).

Der Kongress tanzte nicht nur in Wien, sondern auch in Erlangen

Die festliche Abendveranstaltung in der Erlanger Heinrich-Lades-Halle hatten sich die Delegierten nach dem „Tagungs-Marathon“ wahrlich verdient.

Den Tag sacken lassen, „alte“ Freundinnen und Freunde treffen, das Tanzbein schwingen und fränkisches Lokalkolorit genießen, Herz, was willst du mehr? Die Tanz- und Partyband Sunset, Zauberer Mosche Karlo und Bernd Regenauer mit fränkisch-satirischer Unterhaltung sorgten für einen kurzweiligen Abend.

Samstag, 22. November 2014

Lagen die Veranstaltungsorte am ersten Tag im innerstädtischen Geschäftszentrum Erlangens, verlagerte sich der Ort des Geschehens an die beruflichen Schulen (Wirtschaftsschule, Fachoberschule und Berufsschule), die hervorragend zusammengearbeitet haben, um die Foren, Arbeitskreise sowie die Lehr- und Lernmittelausstellung zu organisieren.

Nach einer ökumenischen Morgendandacht ging der Kongress mit den beiden Foren gleich wieder „in die Vollen“.

Die beiden Foren ...

... waren auch in Erlangen wiederum Publikumsrenner. Es mussten immer noch mehr Stühle in die Turnhalle der Wirtschaftsschule getragen werden.

Manfred Greubel (Bildungspolitik) und Pangraz Männlein (Dienstrecht) verstanden es immer wieder geschickt, die inhaltlichen Zusammenhänge der beiden Forums-Themen herauszuarbeiten und die Diskutanten „auf den Punkt zu bringen“. Die ausführlichen Berichte findet man auf den Seiten ?? ff dieser Ausgabe.

Von Agrarwirtschaft bis Wirtschaftsschule ...

... reichte die vielfältige Palette der Themenstellungen bei den 25 angebotenen Arbeitskreisen/Fachgruppen. Die Resonanz war überdurchschnittlich positiv, teilweise klagten Kolleginnen und Kollegen über die zeitliche Parallelität der Arbeitskreise. Dieses Problem zu lösen gleicht der Quadratur des Kreises! Die ausführliche Dokumentation der Arbeitsergebnisse finden Sie ab Seite 31.

Rahmenprogramm für Senioren und „Schlachtenbummler“

Die „Stadtführung durch das Hugenotten-Erlangen“ fand großen Anklang, über 40 Personen haben teilgenommen. Die beiden Kollegen Hermann Friedrich und Armin Ulbrich haben sich mit dem Programm große Mühe gegeben. Vielen Dank dafür! (siehe Seite 50)

Lehr- und Lernmittelschau

Sie gehört einfach dazu, die Lehr- und Lernmittelschau. Auch diesmal waren die wichtigsten Verlage und andere Lehrmittelanbieter vertreten. Informationen der Kredit- und Versicherungswirtschaft rundeten das facettenreiche „Infopaket“ ab.

Die Aussteller zeigten sich mit der Resonanz bei den Kongressbesuchern sehr zufrieden.

Vielen herzlichen Dank den zahlreichen Organisatoren und Unterstützern

Die Konzeption, Organisation und Durchführung eines Berufsbildungskongresses ist ein Kraftakt, keine Frage. Er kann nur gelingen, wenn viele Kolleginnen und Kollegen – ohne auf die Uhr zu blicken – zusammenarbeiten.



Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

BBB – „Beste Bildung für Bayern“. Vor zwei Jahren genügte der „Vorsprung durch Berufliche Bildung“ als Kongress-Motto. Welches Ziel der Bildung zum Beispiel für das Jahr 2020 (das wäre dann der drittnächste Bildungskongress) wollen wir denn erreichen? Wir haben einen sehr hohen Anspruch, denn wir wollen das Beste und wir wollen die Besten in unserer Bildungsarbeit für Bayern und Franken in Europa: das Beste.

Beste Bildung bedeutet, jeden Menschen anzusehen, wahrzunehmen, wertzuschätzen. Welchen Schatz, welche Werte und Talente bringt er denn mit in die Schule? Schüler und Kolleginnen, Schülerinnen und Kollegen respektieren sich, wörtlich: blicken sich in die Augen und werden so Bildungspartner auf Augenhöhe. „Unterricht mit den Augen der Lernenden sehen“ bedeutet mit John Hattie, den ich im August 2013 in Melbourne besuchen durfte, so viel wie „Solidarität der Lernenden“ und „Lernen im Dialog“, wie es der Erwachsenenbildner Paolo Freire aus Brasilien forderte.

Beste Bildung geschieht nicht einfach im Verborgenen, sondern muss sichtbar, bemerkbar, wahrnehmbar sein. Schließlich ist sie ein Vorbild, ein Bild für die Zukunft.

Wie kann ich durch Bildung das Beste und die Besten erreichen bzw. zum Besten hinführen, wenn nicht engstirnig und materiell das Höher, Weiter, Schneller, Erster gemeint sind?

Die Bildungspartner müssen bewusst die Wertschätzung leben, den Menschen in den Mittelpunkt stellen. So werden Menschen gebildet, gute Menschen, beste Menschen.

Wie geht Werte am Menschen zu schätzen?

1. Sprechen: Wie spreche ich Schüler und KollegenInnen an? Habe ich Respekt? Verbeuge ich mich gedanklich und grüßend vor ihnen? Bin ich freundlich?
2. Hören: Höre ich überhaupt zu? Beachte ich die vier Ohren von Schulz von Thun? Höre ich genau hin und überhöre ich lieber so einiges?!
3. Schweigen: Lerne ich auch einmal zu schweigen und auf die Stille zu hören, die mir etwas sagen will? Kann ich alleine und zusammen mit anderen Schweigen und die Stille aushalten?
4. Bewegen: Lange vor dem ersten Wort bemerkt mein Gesprächs- und Bildungspartner, was ich von ihm halte und was er von mir zu halten hat. Meine Körperbewegung spricht es aus: du bist mir wertvoll, ein Schatz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen wir das Beste aus unserer Bildung, indem wir durch unsere Bildung die besten Menschen heranbilden. Seien wir beste Vorbilder in unserem Beruf.

Unsere Solidarität im Verband, im VLB, im BBB (Beste Bildung für Bayern) möge uns bei der Arbeit stärken.

Totengedenken

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in zwei Kalenderjahren sind wieder etwa 100 Mitglieder des VLB verstorben. Die letzte Ausgabe von vlb-akzente erwähnt Irma Göttfert, Karl Kammermeier, Winfried Kubis, Christoph Ritter und Franz Weber. Namentlich darf ich Prälat Lorenz Heilmann erwähnen, den ich in der Karwoche 2013 zwei Wochen vor seinem Tod besuchen konnte. Er gründete Anfang der 80er Jahre den Arbeitskreis Religion von Würzburg aus. Schweigen wir eine Minute im stillen Gedenken – vergessen wir auch die übrigen verstorbenen Lehrer und Schüler nicht. Herr, schenke den Verstorbenen das Ewige Leben. Amen. *Dr. Michael Persie*

Vielen Dank an

- > die Städtische Wirtschaftsschule Erlangen für die Organisation der Foren/Arbeitskreise, der Lehr- und Lernmittelausstellung sowie des Mittagessens
- > die Staatliche Berufsschule Erlangen für die Organisation von Arbeitskreisen
- > die Staatliche Berufsschule I Fürth, Abteilung Gartenbau für die Raumgestaltung und den Blumenschmuck
- > die Staatliche Berufsschule Herzogenaurach, Außenstelle Höchststadt/Aisch für das Catering
- > die Staatliche Fachoberschule und Berufshochschule für die Organisation von Arbeitskreisen
- > die Berufsfachschule für Musik des Bezirk Mittelfranken, Dinkelsbühl für die musikalische Gestaltung der Öffentlichen Hauptveranstaltung.

Zwei Personen, die über Monate hinweg die Hauptlast der Vorbereitungen getragen haben, gilt ein besonderer Dank: Andrea Götzke und Matthias Kohn, im allerbesten Sinne die „guten Geister“ der VLB-Geschäftsstelle haben es wiederum verstanden mit hoher Kompetenz, großem Engagement und außerordentlicher Geduld wesentlich dazu beizutragen, den Berufsbildungskongress in Erlangen zu organisieren.

Resümee

Im Vorfeld des 12. Berufsbildungskongresses gab es in der Mitgliedschaft verbreitet zwei Erwartungen: Der VLB muss hinsichtlich seiner bildungspolitischen sowie standespolitischen Positionen Klartext reden und die Berufsschulen müssen im Fokus der Diskussionen stehen.

Beiden Erwartungen wurden durch das Agieren der Delegierten und der Vorstandschaft Rechnung getragen. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt kann man sagen, nach innen war der Kongress ein voller Erfolg, ob auch nach außen, spricht Richtung Entscheidungsträger, wird man wohl endgültig erst beim 13. Berufsbildungskongress 2016 in Deggen-dorf entscheiden können. ■



12. VLB-Berufsbildungskongress-Vertreterversammlung

Vertreterversammlung zeigt klare Kante!

ALEXANDER LIEBEL

Die Vertreterversammlung als satzungsgemäß oberstes Organ des Verbandes entscheidet durch die Beschlussfassung über die Entschlüsse und die von den Kreis- und Bezirksverbänden sowie vom Hauptvorstand eingereichten Anträge über die wesentlichen bildungspolitischen und standespolitischen Ziele für die nächsten zwei Jahre. Über 70 Anträge wurden unter straffer Führung des mittelfränkischen Tagungspräsidiums (Klaus Janetzko, Andrea Holzinger, Maria Middendorf) nach intensiven Diskussionen entschieden.

Gleiches Recht für alle Schularten der Sekundarstufe II eingefordert

Anträge und Entschlüsse erwachsen aus dem täglichen Erleben in den Schulen und aus dem Bedürfnis heraus, positive Entwicklungen für die Zukunft anzustoßen und einzufordern.

Zahlreiche Anträge spiegeln wider, dass sich die Kolleginnen und Kollegen im Vergleich zu anderen Schularten ungerecht behandelt fühlen, und zwar in vielerlei Hinsicht. Im Folgenden einige der Forderungen, die mit großer Mehrheit so beschlossen wurden:

- > Reduzierung der Unterrichtspflichtzeit auf 23 Wochenstunden.



Bei der Beratung und Abstimmung – die Delegierten in der Vertreterversammlung mit den VLB-Referenten im Vordergrund.

- > Gleiche Budgets für Anrechnungstunden wie bei allgemeinbildenden Schulen in der Sekundarstufe II.
- > Tätigkeiten für Zwischen- und Abschlussprüfungen sowie Zertifikatsprüfungen sind auf die Unterrichtsspflichtzeit entsprechend der zeitlichen Beanspruchung anzurechnen.
- > Die gesetzlich vorgeschriebene Bestellung eines Datenschutzbeauftragten muss mit eigenen finanziellen Mitteln hinterlegt werden.
- > Die personelle Unterversorgung an beruflichen Schulen muss endlich abgebaut werden.
- > Aufbau einer integrierten Lehrerreserve an Berufsschulen.
- > Deutliche Herabsetzung der Klassenobergrenzen.

Die Kolleginnen und Kollegen forderten keine Sonderbehandlung, sondern Gleichbehandlung! Was in Erlangen zum wiederholten Male „eingeklagt“ wurde, ist in anderen Schularten der Sekundarstufe II seit Jahren Normalität.

Intensive Diskussion über die Berufsschulen

Wenn man die Redebeiträge, unabhängig von Einzelforderungen, auf den Punkt bringen soll, dann muss man formulieren: Den Kolleginnen und Kollegen „stinkt’s“, dass das duale System mit Worten gelobt wird, aber abgesehen von verbalen Wertschätzungen in den Berufsschulen zu wenig ankommt, und das seit Jahren!

Die Berufsschulen müssen sich um den Studienabbrecher ebenso kümmern wie um den berufsschulpflichtigen Asylbewerber und Flüchtling. Um diesen Spagat, den es an keiner anderen Schulart auch nur andeutungsweise in dieser Ausprägung gibt, bewältigen zu können, brauchen unsere Berufsschulen die erforderlichen Ressourcen. Wenn es um Fragen des G8/G9 geht, „dann überbieten sich die Parlamentarier im Landtag im Engagement, wenn es um die Berufsschulen geht, dann herrscht die Meinung vor, die bringen das schon hin“, so eine Äußerung eines erfahrenen Kollegen am Rande des Kongresses. Der Tenor der Aussage des Delegierten findet sich in den Anträgen immer wieder, wie



Was wäre ein Berufsbildungskongress ohne die informellen Gespräche.



z. B. in folgender Formulierung: „... die bayerische Bildungsdiskussion wird seit Jahren nur von der Problematik G 8 oder G 9 beherrscht. Stellenwert des beruflichen Schulwesens sowie Leistungen der beruflichen Schulen werden zu wenig diskutiert und gewürdigt“. Der Geschäftsführende Vorstand hat den zwingenden Auftrag aus Erlangen mitgenommen, gegenüber Mandatsträgern und der bayerischen Staatsregierung deutlich zum Ausdruck zu bringen, „so kann es nicht weitergehen“.

Wie schnell und flexibel Berufsschulen reagieren, zeigt sich ganz aktuell am Beispiel der Beschulung von berufsschulpflichtigen Asylbewerbern und Flüchtlingen, deren Zahl dramatisch zunimmt. Auch in diesem Bereich formu-

lierte die Vertreterversammlung ganz konkrete Forderungen:

- > Zur Sicherung des Ausbildungserfolgs sind sogenannte „Kümmerer“ dringend notwendig, die während der Ausbildung mit sozialpädagogischer Begleitung und im Bedarfsfalle durch Stützunterricht einen möglichen Ausbildungsabbruch verhindern können.
- > Durch die bayernweite Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Einrichtungen der Jugendhilfe steigt der Druck auf die Schulleitungen, Klassen zu eröffnen. Daher sind 100 zusätzliche Klassen noch im laufenden Schuljahr (z. B. zum Halbjahr) zu bilden und eine ausreichende Lehrerversorgung bereit zu stellen.

- > Die Fortbildungsangebote müssen entsprechend ausgeweitet werden. Es sind vor allem Mittel für schulinterne bzw. regionale Lehrerfortbildungen erforderlich, um die Kolleginnen und Kollegen für die neue Aufgabe zu rüsten.
- > Notwendige Änderungen/Anpassungen beim Schulrecht, Ausbildungsrecht (z.B. Nachteilsausgleich) sowie im Aufenthalts- und Arbeitsrecht sind vorzunehmen.

„Talentschmiede“ Berufsschule

Die Berufsschulen fördern in vielfacher Hinsicht Talente. Herausragende Erfolge bei internationalen Berufswettkämpfen wie EuroSkills und WordSkills beweisen dies.

Solche Erfolge kommen nicht aus dem Nichts, sondern müssen hart erar-



Sie legten ein klares Bekenntnis für die „Beste Bildung in Bayern“ ab – der Geschäftsführende Vorstand – (von links:) Martin Krauß, Klaus Vietze, Christian Wagner, Jürgen Wunderlich, Wolfgang Lambl und Pankraz Männlein.

beitet werden. Die vorhandene intrinsische Motivation der Lehrkräfte ist dafür eine wichtige Voraussetzung, sie braucht aber Unterstützung durch extrinsische Impulse, deren Ausgestaltung in den Anträgen in vielfacher Weise eingefordert wurden.

Bereits bestehende Modelle wie Plus-Programm, Berufsschule Plus, Duales Studium mit Berufsschule, Wahlkurse zur Studienvorbereitung sowie die Vergabe von Fremdsprachenzertifikaten und Auslandsaufenthalten sind erfolgreiche Ansatzpunkte, die weiter auszubauen und um weitere Maßnahmen zu ergänzen sind. Berufsschulen können leistungsstarken jungen Menschen Chancen eröffnen, man muss den Schulen nur die ent-

sprechenden Ressourcen zur Verfügung stellen. Es genügt nicht, in „gepflegten Worten“ eine steigende Neigung hin zu Hochschulen zu beklagen, die Politik muss durch konkrete Beschlüsse das „Erfolgsmodell Berufliche Bildung“ zukunftsfest ausgestalten.

Faire Wettbewerbschancen für die bayerische Wirtschaftsschule

Die Delegierten legten mit ihren Beschlüssen ein eindrucksvolles Bekenntnis zur bayerischen Wirtschaftsschule ab.

Die Wirtschaftsschule ist eine hochqualifizierte berufsvorbereitende Schule. Sie stellt ein bewährtes begabungsgerechtes und passgenaues Bildungsangebot zur Verfügung, das Schülerinnen und Schülern der Mittel-, Realschulen

sowie der Gymnasien eine hochwertige Grundlage für ihre schulische und berufliche Zukunft vermittelt.

Bildungspolitische Entscheidungen des letzten Jahrzehnts beschneiden jedoch nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsschule. Dem setzte die Vertreterversammlung insbesondere folgende konkrete Forderungen entgegen:

- > Den Wirtschaftsschulen soll die Ausdehnung in die Jahrgangsstufe 6 ermöglicht werden.
- > Die für die Klassenbildung maßgebliche Richtzahl von 32 muss nach unten korrigiert werden.
- > Erhalt und gegebenenfalls Ausbau von Seminarstandorten an Wirtschaftsschulen.

Die Quote

Stellen Sie sich vor, wir befinden uns wieder – wie an jenem 21. November 2014 – im Konferenzsaal der Heinrich-Lades-Halle zu Erlangen. Die Vertreterversammlung des VLB läuft auf vollen Touren: Entschließungen, Anträge, Aussprachen, Abstimmungen, blaue Kärtchen. Da geht die Türe auf und herein schneit – nehmen wir an – eine gewisse Frau Schwesig, von Beruf u. a. Bundesfrauenministerin.

Ein kritischer Blick ihrerseits in die Reihen. Zahlreiche Frauen, stellt sie fest, die Ministerin. Recht so, das gehört sich so für einen modernen Berufsverband. Die Quote, sie scheint erfüllt. Doch dann, oh Gott, geht ihr Blick nach vorn, dorthin, wo auf der Bühne der Geschäftsführende Vorstand präsidiert, die Verbandsführung sozusagen. „Ja, was ist das denn?“ fragt sie irritiert, die Ministerin. Was sehe ich denn da? Sechs Männer ganz vorne? Das geht ja gar nicht. 30 Prozent beträgt schließlich die Quote. Wo also bleiben die Frauen?

Ja tatsächlich, sechs seriöse Herren bilden die Verbandsspitze, allesamt kompetente Schulfachleute und jeder auf seine Weise unentbehrlich. Und warum keine Frauen, will die Ministerin wissen? Wenn nicht quotengerecht zwei, dann doch wenigstens eine?

„Gab es früher auch schon beim VLB“, so die Antwort. „Einmal waren es sogar drei, da war die Quote übererfüllt“.

Warum das aber gerade heutzutage an der Verbandsspitze so ist wie es ist, das wissen wir auch nicht. Keine Ahnung. Frauenfeindlichkeit jedenfalls lässt sich der VLB nicht nachsagen, da braucht man ja nur in die Reihen der Delegierten zu schauen. Bleibt also, sich an das schöne Geschlecht selbst zu wenden. Haben Sie, meine Damen, eine plausible Antwort auf unsere Frage? Wenn ja, dann geben Sie diese am besten direkt an Frau Schwesig weiter. Oder schicken Sie ihr ein Mail. Sicher bekommen Sie dann eine Antwort, vielleicht sogar einen Vorschlag, wie man die Sache ändern könnte.

Franz Siska



Quote übererfüllt: Das Tagespräsidium mit (von links:) Maria Middendorf, Klaus Janetzko und Andrea Holzinger lotste geschickt durch die Vertreterversammlung.

- > Die faire Berücksichtigung der Beratungslehrkräfte im Rahmen der Übertrittsberatungen.
- > Den Aufbau bzw. die Verbesserung des Übergangsmanagements zwischen der Wirtschaftsschule und ihren Abnehmerschulen (Berufsschule, FOS/BOS), um die Durchlässigkeit und den Schulerfolg zu erhöhen.
- > Die andauernde personelle Unterstützung an FOS/BOS soll durch Planstellen, nicht durch Aushilfsverträge beseitigt werden.
- > In den Hauptvorstand des VLB wird zusätzlich eine Referentin/ ein Referent für Arbeits- und Tarifrecht aufgenommen.

Was sonst noch auf der „Tagesordnung“ stand ...

Leider ist es nicht möglich, im Rahmen dieses Berichtes auf alle Beschlüsse der Vertreterversammlung einzugehen, so wichtig sie auch sind. Deshalb im Telegrammstil einige wenige weiteren Beschlüsse:

- > Rückkehr zum früheren System der periodischen Beurteilung.
- > Öffnung der Zeitgrenze von 10 Jahren für den Ausgleich des flexiblen Arbeitszeitkontos.
- > Keine Deckelung der Vorklassen an der FOS.
- > Personelle Ausstattung und die Eingruppierung der Beschäftigten in den Sekretariaten an die gestiegenen Anforderungen anpassen.
- > Altersermäßigung auch bei Altersteilzeit.

Resümee

Die Kreis- und Bezirksverbände sowie der Hauptvorstand haben die Vertreterversammlung intensiv vorbereitet, die Anträge und Entschließungen waren offensichtlich auf hohem Niveau auf den einzelnen organisatorischen Ebenen des Verbandes konzipiert worden.

Die Delegierten repräsentierten die Kompetenz und Kreativität des bayerischen beruflichen Bildungssystems mit der Bereitschaft sowie Fähigkeit, konstruktive Vorschläge für die Fortentwicklung der beruflichen Schulen zu beschließen. Gleichzeitig haben sie unmissverständlich ihre berechtigten Forderungen gegenüber der Politik formuliert.

Die 218 wahlberechtigten Delegierten haben bildungspolitisch und standespolitisch klare Kante gezeigt! ■

Die Hauptveranstaltung im Erlanger Redoutensaal:

Dem VLB die Hand gereicht

PETER THIEL

Sie ist gewissermaßen der Kern des VLB-Berufsbildungskongresses, die Hauptveranstaltung, deshalb heißt sie ja auch so. Bei ihr laufen alle Teilaspekte der Verbandsarbeit zusammen: Bildungspolitisches, Dienstrechtliches, Berufspädagogisches, Fragen aus der Schulkwirklichkeit. Und deshalb ist sie auch eine besonders informative Quelle für die Medien, unsere Hauptveranstaltung, vorausgesetzt, natürlich, dass ihnen etwas liegt an der beruflichen Bildung. Und wenn dann der oberste Dienstherr aller bayerischen Lehrer, der bayerische Kultusminister, sogar zugegen ist und das Wort ergreift, dann sollte man ein entsprechendes Medieninteresse eigentlich voraussetzen.

Bei der Erlanger Hauptveranstaltung indes waren Medienvertreter weit und breit nicht in Sicht, weder solche der schreibenden Zunft, noch die von Hörfunk oder regionalem Fernsehen. „Verständigt und eingeladen waren sie alle, doch herbeizaubern können wir sie nicht“, sagte ein Zuständiger und konnte seine Enttäuschung nur schwer verbergen. Mit oder ohne Medienpräsenz – die Hauptveranstaltung ging trotzdem erfolgreich über die Bühne und im Redoutensaal des Erlanger Markgrafentheaters war zu guter Letzt kein Platz mehr frei.

„Net gschimpft ist globt genug“

Als Vorsitzender des VLB-Bezirks Mittelfranken hatte Horst Lochner die Begrüßung übernommen. Namentlich hieß er den Bayerischen Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle willkommen, sowie darüber hinaus eine große Zahl von Ehren Gästen aus Politik, Verwaltung, Schulaufsicht, der Hochschulen, der Lehrerbildung und Lehrerfortbildung, der Wirtschaft, der FOS-Landeselternvereinigung, unserer Dachverbände BLBS und VDH sowie anderer befreundeter Lehrerorganisationen. Lochner zitierte die TAZ vom 27. September: „Ein gefeierter Star ist sie nicht, aber ihre Quote ist absolute

Spitze: 80 Prozent der deutschen Arbeitnehmer besuchen im Laufe ihrer Ausbildungsbiografie eine berufliche Schule ...“.

Mit der öffentlichen Wahrnehmung jedoch sei es so eine Sache, meinte Lochner. „Net gschimpft ist globt genug“, sagen die Franken und das müsse als Kompliment genügen. Der neueren Pädagogik werde dies allerdings nicht gerecht: Sie fordere eine klar zum Ausdruck gebrachte positive Zuwendung.

Grußwortredner unterschiedlicher Couleur

Sechs Grußwortredner standen in der Agenda: Erlangens OB Dr. Florian Janik, der stellvertretende Landrat für Erlangen-Höchstadt, Christian Pech, ferner MdL Thomas Kreuzer, der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion sowie die bildungspolitischen Fraktionssprecher MdL Kathi Petersen (SPD), MdL Thomas Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) und MdL Günther Felbinger (Freie Wähler). Sie alle betonten ihren hohen Respekt den beruflichen Schulen gegenüber und erteilten dem dualen System gute Noten.

Die Berufsschule als Rückgrat unseres Wirtschaftssystems

„Zur Verwirklichung des Kongress-Motors „Beste Bildung für Bayern“ gibt es für uns in Erlangen noch einiges zu tun“, bekannte OB Dr. Janik. Von der Staats-

regierung jedoch erwarte man in den Kommunen mehr Unterstützung, um auf die zeitgemäßen Herausforderungen reagieren zu können.

Mit Stolz stellte der OB sein neues Bildungsbüro vor, welches sich derzeit den Schwerpunkten „Ganztagschulen“ und „Jugendliche am Übergang von der Schule ins Berufsleben“ widme. Die beruflichen Schulen nannte er „Helfer in allen Lebenslagen“ und verwies besonders auf deren Einsatz für die Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis sowie für Flüchtlinge und Asylanten.

Um eben diese sorgte sich auch stv. Landrat Christian Pech. Von der Staatsregierung forderte er mehr einschlägige Klassen. „Ein Ausbildungsplatz schafft Lebensperspektiven und ist für die gesellschaftliche Teilhabe äußerst wichtig“, gab er zu bedenken. Die Berufsbildung als Rückgrat unseres Wirtschaftssystems sei nicht nur in volkswirtschaftlicher Hinsicht bedeutsam, sondern auch im Hinblick auf die Bildungsgerechtigkeit.

„Die Ströme müssen neu justiert werden“

Den Dank der CSU-Landtagsfraktion an die beruflichen Schulen – „sie arbeiten eher im Stillen“ – überbrachte Vorsitzender MdL Thomas Kreuzer. In anderen EU-Ländern stünden bis zu 50 Prozent der Jugendlichen auf der Stra-



VLB-Bezirksvorsitzender Lochner.



Moderator Gerald Wölfel.



OB Dr. Florian Janik.



Stv. Landrat Christian Pech.



CSU-Fraktionschef MdL Thomas Kreuzer.



MdL Kathi Petersen (SPD).



MdL Thomas Gehring (Bündnis 90/Die Grünen).



MdL Günther Felbinger (Freie Wähler).

ße, erklärte er. In Deutschland hingegen seien es nur acht, in Bayern sogar nur fünf Prozent. Und das habe unmittelbar mit dem dualen System der Berufsausbildung zu tun, „mit dem unsere Nachbarn in Ost und West deshalb liebäugeln“.

Neu im Lande sei eine bemerkenswerte Trendwende, stellte Kreuzer fest: 2014 habe es erstmals mehr Studienanfänger als Berufsanfänger gegeben. Für die Betriebe zeichne sich damit ein Facharbeitermangel ab, bei bestimmten Akademikern hingegen bestehe bereits heute ein Überangebot. „Die Ströme müssen neu justiert werden“, sagte der CSU-Fraktionschef. Hochschulen und Wirtschaft seien gut beraten, wenn sie sich besser aufeinander abstimmen und in diesen Prozess die beruflichen Schulen mit einbeziehen. „Sie können auch in Zukunft auf unsere Unterstützung zählen“, erklärte Kreuzer an die Adresse des VLB.

Die Stimmen der Landtagsopposition

„Sie haben sich nicht gerade den einfachsten Beruf ausgesucht“, rief MdL Kathi Petersen (SPD-Fraktion) den Kolleginnen und Kollegen im Saal zu. Dennoch sei es eine der schönsten Tätigkeiten, die man sich vorstellen könne, junge Menschen auf ihrem Weg ins Leben begleiten zu können. Von den beruflichen Schulen erwarte man, dass sie dabei besonders den Schwächeren der Jugendlichen unter die Arme greifen.

Klage führte die SPD-Abgeordnete darüber, dass die Staatsregierung zu wenig Abhilfe gegen die Mängel an den beruflichen Schulen schaffe. Sie verwies auf einen Antrag ihrer Fraktion im Bayerischen Landtag, der die Vermehrung der Lehrplanstellen zum Inhalt habe.

„Auf den Lehrer kommt es an“

„Berufliche Bildung ist Persönlichkeitsbildung“, erklärte MdL Thomas

Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) und ob es mehr oder weniger Akademiker gebe sei keine so entscheidende Frage. Entscheidend sei vielmehr die Qualität der Ausbildung. Die demographische Entwicklung sowie die Beschulung von Flüchtlingen und Asylanten stellen die beruflichen Schulen vor ganz neue Herausforderungen. Immerhin gehe es bei deren Unterrichtsauftrag auch um „soziale Gerechtigkeit“. Gehring empfahl, einen entsprechenden „Dauerauftrag im Haushalt“ einzurichten. Die derzeit befristeten Lehrerstellen bei FOS und BOS seien keine Lösung zur Gestaltung von Schulleben und Unterricht. Diese müssen schlichtweg ersetzt werden durch unbefristete Stellen. Der Abgeordnete zitierte den Neuseeländer John Hattie, der in seinem viel beachteten Buch „Lernen sichtbar machen“ resümiert: „Bei aller Schulreform – auf den Lehrer kommt es an“. Im Hinblick auf die beruflichen Schulen stellte er fest:



Konzentrierte Aufmerksamkeit während der Hauptveranstaltung im dicht besetzten Redouttensaal.

„Wir im Landtag müssen mehr für die berufliche Bildung tun“.

Aus dem Schatten der allgemeinbildenden Schulen heraustreten

MdL Günther Felbinger (Freie Wähler) sprach den beruflichen Schulen hohe Anerkennung aus, für deren Leistungen bei oft nicht optimalen Rahmenbedingungen sowie für die Bemühungen um die jugendlichen Flüchtlinge und Asylanten. „Bei dem gegenwärtigen Fachkräftemangel brauchen wir jeden einzelnen“, sagte er und wies darauf hin, dass die Mittel aus der demographischen Rendite allein für die Beseitigung der „Baustellen“ nicht ausreichen. Gu-

te berufliche Schulen seien ein Standortvorteil für die Kommunen und für die Regionen, meinte er. „Deshalb müssen sie stärker gefördert werden“. Vor allem aber müssen sie aus dem Schatten der allgemeinbildenden Schulen heraustreten. Bei den letztgenannten sollte die Berufsorientierung der Schüler früher einsetzen.

Zwei Protagonisten

Der herkömmlichen Kongressregie gemäß standen zwei Protagonisten im Mittelpunkt der Hauptveranstaltung: Zum einen VLB-Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich, zum anderen der Bayerische Staatsminister für Unterricht, Bil-

dung und Kunst Dr. Ludwig Spaenle. Zum vierten Mal in Folge bereits gab Spaenle dem VLB bei den Berufsbildungskongressen die Ehre, eine Quote, die wohl nur von dem legendären Kultusminister Prof. Dr. Hans Maier in den siebziger und achtziger Jahren noch überboten wurde.

Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich gab in seiner Rede, einen Überblick über die breitgestreuten Anliegen des Verbandes und markierte diverse „Baustellen“, aus denen sich Verbandsforderungen ergeben. Dem Kongressmotto gemäß erklärte er u. a.: „Bildung ist eine unserer wichtigsten Ressourcen im internationalen Kräftenessen“. Ein moder-



Die Big-Band der Berufsfachschule Dinkelsbühl unterhielt mit flotten Rhythmen.

nes Gemeinwesen wie der Freistaat Bayern könne sein hohes gesellschaftliches und wirtschaftliches Niveau nur halten und ggf. steigern, wenn seine Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt und in sozialer Verantwortung an seiner Gestaltung mitwirken. „Wir Lehrer an beruflichen Schulen betrachten das neben unseren fachlichen Aufgaben als eines unserer entscheidenden Bildungsziele“. Als Standes- und Interessenvertretung könne sich der VLB mit dem Erreichten nicht begnügen, „denn wie keine andere Schulart bewegen wir uns an der Nahtstelle von Bildung und Wirtschaft und sind einer Dynamik ausgesetzt, die den Takt unserer Arbeit stark mitbestimmt“, so der Landesvorsitzende.

Wie gesagt, Wunderlichs Rede war breit angelegt und um sie gebührend zu würdigen, hängen wir sie in Form von Zitaten an diese Berichterstattung an, damit nichts daraus verloren geht.

Die Schere muss geschlossen werden

Somit gleich der Sprung zum zweiten Protagonisten, zu Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle. Dieser griff geschickt den Ball auf, nachdem Moderator Gerald Wölfel die Erlanger Hugenotten ins

Gespräch gebracht hatte. „Die Markgrafen“, so Spaenle „bewiesen Weitsicht, als sie sich die französischen Calvinisten ins Land holten“. „Deren berufliche Tüchtigkeit war sprichwörtlich und wegweisend für das Gemeinwesen Erlangen“. Dies indes passe genau zu den Intentionen des VLB, so der Minister.

Dann legte Spaenle das Redemanuskript beiseite und reagierte eher spontan auf die vorangegangenen Ausführungen Wunderlichs. Anknüpfend an die Ausführungen von Fraktionschef Kreuzer stellte er fest: „Derzeit steht das Land vor einer der größten Herausforderungen der letzten Jahre“. Die Zahl der jungen Menschen, die ihren Weg über Lehre und Beruf gehen wollen, nehme drastisch ab, die deutsche Industrie suche händeringend Fachkräfte und der Zustrom zur Hochschule steige an. „Diese Schere muss dringend geschlossen werden“, erklärte Spaenle.

Überzogene „Verspartung“

Eine weitere große Herausforderung ergebe sich aus der überzogenen Spezialisierung der Berufe – Spaenle sprach von Verspartung. „Inzwischen haben wir es mit rund 400 Ausbildungsberufen zu tun“, beklagte er und verwies auf den Bedarf an

Minderklassen, „die wir bei bestimmten Berufen genehmigen, um den Betrieben den Nachwuchs zu sichern“. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit differenzierter Sprengelbildung und im ländlichen Bereich eine Beschulung affiner Berufe.

Hoffnung auf 100 Lehrerstellen geweckt

Im Hinblick auf die Hochschulzugangsberechtigten sagte Spaenle: „42 Prozent kommen aus den beruflichen Schulen, das ist eine erstaunliche Quote“. Doch in Wirklichkeit sei diese ja noch höher, da auch noch berechnete Meister und Techniker hinzukommen.

Immer mehr junge Leute entscheiden sich für den beruflichen Weg zum Abitur, deshalb müssen der beruflichen Oberschule auch mehr Lehrer zur Verfügung gestellt werden. Spaenle weckte die Hoffnung auf ca. 100 neue Planstellen für diesen Bereich. Die Anwesenden hörten genau hin – 100 neue Stellen!

Die Wirtschaftsschule bezeichnete der Minister als bayerische Besonderheit und als erfolgreiche Schulart mit vielerlei Anschluss-Optionen. Er verwies auf das Kooperationsmodell „Mittelschulen-Wirtschaftsschulen“, das mit landesweit 12 Teilnehmerschulen in den Jah-



Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle: 100 neue Planstellen für berufliche Schulen zugesagt.

ren 2012/2013 evaluiert wurde und gute Ergebnisse erzielt habe. Im laufenden Schuljahr sei eine weitere Reform der Wirtschaftsschule nach dem Konzept von Lehrplan-Plus in Gang gesetzt worden.

Das „Bayerische Modell“ – von der KMK zur Nachahmung empfohlen

Der Minister dankte sowohl dem Verband als auch den Lehrern an beruflichen Schulen für „alles, was Sie für den Wirtschaftsstandort Bayern tun“. Das zeige sich u. a. darin, dass sie beherzt Verantwortung für jugendliche Flüchtlinge und Asylanten übernehmen.

Deren Zunahme stelle die Berufsschulen vor extreme Herausforderungen. Mittlerweile werden gemäß dem „bayerischen Modell“ 3300 Jugendliche aus der Flüchtlings- und Asylantenszene beschult. Diese zweijährige Betreuung finde große Anerkennung bei den Flüchtlingsorganisationen sowie bei der Wirtschaft, erklärte der Minister und verwies mit Stolz darauf, dass das „Bayerische Modell der Asylanten- und Flüchtlingsbeschulung“ von der KMK den anderen 15 Bundesländern als Vorbild dargestellt und zur Nachahmung empfohlen wurde.

Noch stärker auf die Entwicklung reagieren

„Die im Moment landesweit bestehenden 188 Klassen sind viel zu wenig“, sagte Spaenle und man müsse künftig noch mehr auf die Entwicklung reagieren.

Erforderlich seien aus derzeitiger Sicht 338 Übergangsklassen. Es gelte, „den jungen Leuten einen Weg zu eröffnen und sie gut auszubilden“. Das verhindere ein Abgleiten in die Sozialsysteme, diene der Wirtschaft und rentiere sich auch dann, wenn die Betroffenen später in ihre Heimatländer zurückkehren. „Dort werden sie mit ihrem Know-how am wirtschaftlichen Aufbau mitwirken und Botschafter des Frieden sein“, sagte der Minister. Durch eine Vielzahl an Maßnahmen wolle die Staatsregierung dafür sorgen, dass das Lehramt an beruflichen Schulen attraktiver und damit dem Mangel in bestimmten Fachrichtungen entgegen gewirkt werde, erklärte Spaenle am Schluss seines Statements.

Als verlässlicher Gesprächspartner zur Bewältigung der „vor uns liegenden Aufgaben“, reiche er, Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle, dem VLB die Hand.

Verspaltung ...

... ist ein Neuwort und im Alltag wohl noch nicht ganz angekommen. Wir wissen ja, Sprache im Wandel, usf. Worte kommen, Worte gehen. Erinnerungswürdiges Beispiel ist das Wörtchen „cool“. Der Jugendsprache entstammend wird es heutzutage auch von Etablierten gern gebraucht. Hören Sie mal hin.

So weit ist es mit der „Verspaltung“ noch nicht. Bei Wikipedia finden wir dazu zwar einen Eintrag, doch ist der nur sehr spärlich. Die Sache braucht Geduld, nur ganz Progressive können sich vorerst des Begriffs bedienen, solche, die ihrer Zeit voraus sind.

Im Sprachgebrauch der beruflichen Bildung meint „Verspaltung“ wohl soviel wie Differenzierung bzw. Spezialisierung der Berufe. Es ist ja wirklich etwas viel, wenn es in Deutschland mehr als 400 Ausbildungsberufe gibt, die alle ihre Besonderheit haben. Brauchen wir sie wirklich alle? Bei der Bildung von Fachklassen an den beruflichen Schulen muss das zwangsläufig Schwierigkeiten bereiten. Mit Landesfachsprengeln allein wird man der Sache vermutlich nicht Herr, in bestimmten Fällen brauchte man da schon Bundessprengel. Zu deren Bildung aber bedarf es oft mühevoller und langwieriger Verhandlungen zwischen den Ländern. Außerdem müssten die betroffenen Kids dann durch die halbe Republik reisen, was dem Postulat nach wohnortnaher Beschulung zuwider liefe. Bleibt als Kompromiss also nur die gemeinsame Beschulung verwandter, sog. affiner Berufe. Die Schule vermittelt inhaltliche Schnittmengen, die Ausbildungsbetriebe kümmern sich um fachliche Besonderheiten. Duales System eben. Für die Lehrkräfte ist diese Art der Beschulung freilich eine weitere Herausforderung. „Der ständige Wandel, er ist unser Schicksal“, sagte VLB-Vorsitzender Jürgen Wunderlich in Erlangen und meinte damit sicher auch die Folgen der „Verspaltung“.

Nun bin ich dabei, das Neuwort in meinen Sprachschatz einzusortieren. Wo ist er mir eigentlich zum ersten Mal begegnet, der Begriff Verspaltung? Ach ja, in Erlangen. Kultusminister Spaenle gebrauchte ihn, als er bei der Hauptveranstaltung sprach. Es wäre ja auch gelacht, wenn der Minister in der Fachterminologie nicht up-to-date wäre. *Franz Siska*



01



04



02



05



03

01 Stellvertretender VLB-Landesvorsitzender Pan-kraz Männlein (Mitte) mit unseren schweizerischen Gästen Dr. Maria Hafner und René Portenier.

02–03 Informative Gespräche beim obligatorischen Stehempfang im Anschluss an die Hauptveranstaltung-

04 Große Symbolik: Kultusminister Spaenle als Hirte der beruflichen Schulen.

05 Die guten Geister vom Service: Schülerinnen und Schüler der Staatlichen Berufsschule Herzogenaurach.

„Vom Lob allein wird das Schaf nicht satt“

Das Schlusswort, besser gesagt den Schlusssauftritt, hatte Wolfgang Lambl übernommen, einer der Stellvertreter des Landesvorsitzenden. Großes Erstaunen im Saal, als er in einer Art Schäferkostüm auf der Bühne erschien. Zunächst erging sein Dank an alle, die an der nachmittäglichen Veranstaltung mitgewirkt hatten. Dann widmete er sich dem Minister: „Hundert Stellen zusätzlich, Herr Spaenle? Habe ich da richtig gehört? Ja, man konnte es so verstehen“. Er überreichte Spaenle ein größeres Porzellanschaf mit der Aufschrift „Berufliche Schulen“ und nannte ihn den guten Hirten bayerischen Schüler und Lehrer.

„Die vielen Belobigungen, die dem Berufsstand stets zuteil werden? Ja, sie tun gut, doch vom Lob allein wird das Schaf nicht satt“, erklärte Lambl und drehte für den Minister schließlich an einem Glücksrad. Aus zehn „VLB-Baustellen“ waren es zwei Joker, die Spaenle dabei gewann: Die zusätzliche Freistellung für den Datenschutzbeauftragten an den beruflichen Schulen sowie eine integrierte Lehrerreserve. Große Heiterkeit im Saale und ein von Lambls Entertainment-Begabung sichtlich überraschter Kultusminister.

Gelungener Rahmen

Für schmissige Musikeinlagen sorgte die Big-Band der Berufsfachschule Dinkelsbühl unter der Leitung von Alfons Fischer. Die Raumgestaltung mit Blumenschmuck lag in den Händen der Abteilung Gartenbau an der Staatlichen Berufsschule I in Fürth und für das Catering beim anschließenden Stehempfang trug die Staatliche Berufsschule Herzogenaurach, Außenstelle Höchststadt Aisch, Sorge. Die Moderation zwischen den Rede- und Musikbeiträgen lag – kurz und witzig – bei Gerald Wölfel von der Städtischen Wirtschaftsschule Erlangen in besten Händen.

All das zum Schluss Genannte legte Zeugnis ab von der großen Bandbreite und der Leistungsfähigkeit der beruflichen Schulen und konnte die mit so viel Lob für die beruflichen Schulen bestimmten Wortbeiträge des Nachmittags eindrucksvoll bestätigen. ■

Bei der Hauptveranstaltung sagte VLB-Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich unter anderem ...

... zur Bedeutung der beruflichen Bildung:

„Der berufliche Bildungsweg steht ... ganz oben auf der Skala möglicher Wege der Menschenbildung. ... Es gilt der Grundsatz: Für jeden Abschluss ein Anschluss ... Es ist freilich ein Verhängnis, dass der berufliche Bildungsweg ... immer wieder gleichgesetzt wird mit rein zweck bestimmter Ausbildung. Seine pädagogische und gesellschaftliche Bedeutung wird nicht immer angemessen gewichtet. Man spricht im Zusammenhang mit der beruflichen Oberschule bedauerlicherweise noch immer vom zweiten Bildungsweg und meint damit eine Art Korrekturverfahren ... Doch wenn mehr als 42 Prozent der bayerischen Hochschulzugangsberechtigten aus den beruflichen Schulen kommen, kann das kein Ersatzweg sein. Dann ist das eine echte Alternative zum Gymnasium. Das sollte man in der Öffentlichkeit und in der Politik endlich zur Kenntnis nehmen.“

Die jungen Menschen, die den beruflichen Bildungsweg wählen, erheben zu Recht Anspruch auf entsprechende Lernbedingungen.

„Für die uns anvertrauten jungen Menschen ist eine solide Berufsausbildung oder der Erwerb der Studienberechtigung die Eintrittskarte ins Erwerbsleben. Die an den beruflichen Schulen erworbenen Abschlüsse sind Optionen zur persönlichen Entfaltung, zur Weiterbildung, zum gesellschaftlichen Aufstieg und zu einer sinnvollen Lebensplanung. Beste Bildung bedeutet auch, dass keiner der jungen Menschen auf der Strecke bleiben darf.“

Als berufliche Schulen bilden wir nicht nur hervorragend qualifizierte Fachkräfte aus ..., mit unseren allgemeinbildenden Fächern bemühen wir uns auch darum, jungen Menschen den Blick zu weiten und ihnen politische, kulturelle, soziale und ökologische Anliegen nahe zu bringen und darum, dass

sie in ihrem Beruf etwas Sinnerfüllendes sehen ... Viele unserer Schulen pflegen internationale Partnerschaften und Schüleraustausch und nehmen erfolgreich an europäischen Projekten und Wettbewerben teil.

Als Partner im Dualen System fühlen wir uns naturgemäß der Wirtschaft verbunden. Diese kann im internationalen Wettbewerb nur konkurrenzfähig bleiben, wenn sie über genügend qualifizierte innovationsfreudige und verantwortungsbewusste Fachkräfte verfügt. Fassen wir zusammen: Berufliche Bildung ist ein öffentliches Anliegen und wir Lehrerinnen und Lehrer übernehmen hoheitliche Aufgaben u. a. zur Sicherung unserer demokratisch-pluralistischen Wertordnung. Der VLB ist übrigens Mitglied im Wertebündnis Bayern ...“.

... zur Notwendigkeit konkreter Maßnahmen:

„Angesichts der genannten Tatsachen appellieren wir an die bayerische Staatsregierung, an die Landtagsparteien, an unsere Partner in der Wirtschaft und nicht zuletzt an die Medien: Tragen Sie Sorge dafür, dass die beruflichen Schulen nicht nur im Rahmen von Sonntagsreden gelobt werden ... Wir erwarten konkrete Maßnahmen. Wir können nicht daran vorbei, dass es bei unseren Lehrkräften besorgniserregende gesundheitsbedingte Ausfälle gibt. Tun Sie etwas dafür, die groteske Schere zwischen verbaler Anerkennung und dem Schulalltag zu schließen.“

Sorgen Sie dafür, dass die beruflichen Schulen nicht weiterhin als fünftes Rad am Wagen der bayerischen Schul- und Bildungslandschaft betrachtet werden. Warum erfährt die Jugend im Beruf so wenig konkrete politische Unterstützung, obwohl sie doch einen guten Teil des Sozialproduktes mit erwirtschaftet? Meine Erfahrung lehrt mich: Die Politik bekennt sich zur beruflichen Bildung



und zur Jugend im Beruf immer nur in Zeiten von Wahlkämpfen. Aber auch dann stehen meist die ausbildenden Unternehmungen im Vordergrund und unsere Leistungen werden für ganz selbstverständlich gehalten.

Nachdrücklich appelliere ich an alle, die im Freistaat für die Bildungspolitik Verantwortung tragen: Sorgen Sie dafür, dass zwischen den Schularten nicht weiterhin mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen wird. Unsere Schülerschaft hat nun mal keine wirkliche Lobby. Haben Sie also ein Auge darauf, dass die Jugend im Beruf nicht das Nachsehen hat, wenn u.a. die Mittel für die Bildung zugewiesen werden, und die sog. demographische Rendite umverteilt wird ... Wir haben Verständnis dafür, dass die öffentliche Hand, nicht immer alles zugleich richten kann, sind aber dann irritiert, wenn wir gravierende Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten z.T. über Jahre mitschleppen

müssen, und wir immer wieder nur vertröstet werden. ...

Das Postulat ‚Beste Bildung für Bayern‘ kann man nicht umsetzen, wenn man bei der Forderung von Selbstverständlichkeiten immer wieder nur vertröstet wird. Wer im Interesse des Gemeinwesens das Beste erreichen will, muss sich ernst genommen fühlen. Es ist doch beispielsweise nicht richtig, dass man den Schülerinnen und Schülern der beruflichen Oberstufe über Jahre hinweg übervolle Klassen zumutet, obwohl sie in harter Konkurrenz zur gymnasialen Oberstufe stehen.

... zur beruflichen Erstausbildung:

„Aus gutem Grund wollen wir den Focus diesmal verstärkt auf die Berufsschule richten. Zwei Entwicklungen sind es, welche die sog. mittlere berufliche Bildung unter Druck setzen. Zum einen der starke Zulauf an den Hochschulen und zum anderen der demographisch bedingte Rückgang junger Menschen und

damit der Auszubildenden. Die Betriebe suchen händeringend Lehrlinge und laufen Gefahr, im Hinblick auf ihr Fachpersonal auf der Strecke zu bleiben. Andererseits gibt es zu viele Jugendliche ohne Ausbildung. Diese gilt es in ein Ausbildungsverhältnis zu bringen.

Vor 10 Jahren bei unserem Berufsbildungskongress in Bamberg beklagten wir Probleme in genau entgegengesetzter Richtung. Es gab eine riesige Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, das duale System konnte dieser nicht gerecht werden ... Aufgrund der vielen und stark differenzierten Ausbildungsberufe müssen Schülerinnen und Schüler affiner Berufe gemeinsam beschult werden. Die Lehrkräfte werden dabei vor allem im fachlichen Bereich z. T. vor völlig neue Herausforderungen gestellt. Bei der Sprenzelbeschulung stehen sich die fachlichen Aspekte und die Forderungen nach Ausbildungs- und Wohnortnähe mitunter beträchtlich im Weg ...“.



VLB-Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich benannte nicht nur die Baustellen in der beruflichen Bildung, sondern forderte endlich auch konkrete Abhilfe ein.

... zur Vermittlung von Werten:

„Für einen großen Teil unserer Schülerinnen und Schüler ist die Berufsschule die letzte Schule, die sie in ihrem Leben besuchen. Eines der übergeordneten Bildungsziele der Berufsschule ist es deshalb, die Schülerinnen und Schüler zu eigenständigem und eigeninitiativem Lernen zu befähigen.“

Ich habe auf die Bedeutung der allgemeinbildenden Fächer bereits hingewiesen. Sie ermöglichen uns, wenn auch in begrenztem Umfang, den Ansatz zu einer ganzheitlichen Bildung. Dabei spielt der Religionsunterricht eine besondere Rolle, denn gerade er vermittelt Werte, die wir in unserem materiell ausgerichteten Alltag und im Zusammenleben vermissen. Junge Menschen benötigen sog. Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit, Werteorientierung, vernetztes Denken und Kommunikationsfähigkeit ...“.

... zur Unterrichtssituation an der Berufsschule:

„Unsere Berufsschulklassen sind z. T. äußerst heterogene Gebilde: Mittelschulabsolventen, Realschulabgänger, Abiturienten, Umschüler und Studienabbrecher, Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, dazu künftig auch Schüler mit Lernbeeinträchtigungen und dies alles in einer Klasse. Mit Frontalunterricht kommen wir da nicht weit. Der Unterricht soll handlungsorientiert sein und Schlüsselqualifikationen vermitteln. In etlichen Fachbereichen läuft er lernfeldorientiert ab. Soziale Unterrichtsverfahren – u. a. arbeitsteiliger Gruppenunterricht – sind da unumgänglich, Individualisierung unverzichtbar.“

Konzentrations- und Aufmerksamkeitsstörungen sowie fehlende Lernmotivation machen sich indes auch in den Fachklassen immer mehr breit. Darunter leidet der Unterricht. Deshalb halten wir zu große Klassen für kontraproduktiv

und fordern, die Klassenteilungsgrenzen spürbar nach unten zu korrigieren. Dies gilt gleichermaßen für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler. Auch sie haben einen Anspruch auf individuelle Förderung, um ihr Leistungspotential voll entfalten zu können ...“.

... zur Lernortkooperation:

„Markenzeichen und Exportschlager beruflicher Erstausbildung in Deutschland ist das duale System, dem in der EU und darüber hinaus mehr und mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird, da die relativ geringe Jugendarbeitslosigkeit Deutschlands darauf zurückzuführen ist. Zwei Ausbildungsorte – w das bedingt eine intensive Zusammenarbeit. Wenn wir unsere Erfahrungen mit der Lernortkooperation überdenken, müssen wir jedoch feststellen, dass durchaus noch Luft nach oben besteht. Nach wie vor müssen wir ein höheres Maß an Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieb einfordern.“

„Wertschätzung kommt von Werten und nicht von Worten“

Diese spontane Aussage von Dr. Siegfried Hummelsberger am Rande des Berufsbildungskongresses ist keine Einzelmeinung, sondern trifft exakt die Stimmungslage vieler Delegierter. Den Kolleginnen und Kollegen genügen wohlwollende und lobende Worte aus dem Munde der Politiker ganz offensichtlich nicht mehr, sie verlangen nach Werten. Und zwar nach Werten im Sinne von zusätzlichen Ressourcen für die beruflichen Schulen und auch für sich selbst.

Nur ein Beispiel von vielen möglichen: Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich formuliert in Erlangen exakte Forderungen im Zusammenhang mit der Beschulung von berufsschulpflichtigen Asylbewerbern und Flüchtlingen in Erlangen. Von Minister Dr. Spaenle keinerlei Aussagen dazu. Nur eine Woche später beim Bildungskongress der Philologen in Würzburg: „In die Ausbildung der jungen Menschen in der Mittelstufe Plus investiert der Freistaat zusätzliche Gelder“, so das wörtliche Zitat aus der Pressemeldung des Ministeriums. Da bleibt einem die Spucke weg! Soll mir niemand mehr kommen mit der so gerne postulierten Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Auf Sonntagsreden können wir verzichten, auf den Alltag kommt es an.

Was für die Jugendlichen zutrifft, gilt auch für die Lehrkräfte. Von Gleichbehandlung der Lehrkräfte an beruflichen und allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II keine Spur. Nur

zwei Stichworte, die dies glasklar verdeutlichen: Wöchentliche Unterrichtsverpflichtung und Anrechnungsstunden. Wie lange soll die Ungerechtigkeit zu Lasten der Lehrkräfte an beruflichen Schulen eigentlich noch bestehen bleiben.

Die Kolleginnen und Kollegen haben in Erlangen wiederum eindrucksvoll bewiesen, wie intensiv sie sich mit Kompetenz und Herzblut für die Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens und damit für die jungen Menschen engagieren. Die Politik muss das endlich wertschätzen im eigentlichen Sinne des Wortes!

Alexander Liebel

Lehrer und betriebliche Ausbilder müssen für alle erkennbar an einem Strick ziehen und dies nicht allein in fachlicher Hinsicht, sondern auch in erzieherischer.

Ein positives Signal erging kürzlich von der bayerischen Metall- und Elektroindustrie aus. Eine Umfrage unter 500 Betrieben ergab, dass diese weitestgehend mit der Arbeit der Berufsschulen zufrieden sind und die Lernortkooperation als gut bis sehr gut eingestuft wird. Das macht uns Mut, in dieser Frage am Ball zu bleiben ...“.

... zur Inklusion:

„Sie ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Wir betrachten es als selbstverständlich, unseren Beitrag zur Umsetzung der von Deutschland 2009 unterzeichneten UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung zu leisten. Wie alle anderen Schularten jedoch beanspruchen auch wir die nötige personelle, pädagogische und konzeptionelle Unterstützung“. Bei dem Meinungsunterschied zwischen den Vertretern einer strikt inklusiven Pädagogik und denen einer reinen Förderpädagogik wollen wir keine Stellung beziehen. Wir akzeptieren die bayerische Position des Sowohl-als-auch, die verschiedene Möglichkeiten zur Inklusion zulässt.

Im Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aus dem Jahre 2011 heißt es u. a.: Bildung ist der Schlüssel zum ersten Arbeitsmarkt, der Menschen mit Behinderung durch Vorurteile und Ignoranz und durch mangelnde Bereitstellung von Dienstleistungen und berufliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten weitgehend verschlossen bleibt ...“.

... zum Lehrer-Stundenmaß in der Sekundarstufe II:

„Mit großer Flexibilität und Fortbildungsbereitschaft reagieren wir immer wieder auf neue Herausforderungen. Der ständige Wandel ist quasi unser Berufsschicksal. Zeigen Sie mir, meine Damen und Herren, eine andere Lehrergruppe mit einem solch anspruchsvollen Anforderungsprofil! Das alles mag ja, wie manche sagen, auch durchaus seine Reize haben und das Lehramt an beruflichen Schulen besonders interessant machen. Doch wir müssen die Kirche im

Dorfe lassen und dürfen uns mit unserer Neigung zu Idealismus und Begeisterungsfähigkeit nicht dem Ruf der Blauäugigkeit aussetzen.

Wir Lehrer an beruflichen Schulen erteilen derzeit wöchentlich 24 Unterrichtsstunden. Dabei sind Mehrarbeit und spezifische Spitzenbelastungen (z. B. beim Blockunterricht) nicht berücksichtigt. In vielen Fällen laufen wir angesichts der bestehenden Arbeitsbedingungen Gefahr, zerrieben zu werden. Die Arbeitsmedizin spricht eine deutliche Sprache. ... Erkrankungen müssen i. d. R. von den Kolleginnen und Kollegen aufgefangen werden, weil es eine mobile Lehrerreserve für uns nicht gibt. ...

Mit welcher Begründung sind wir mit unserem Stundenmaß den Gymnasien noch immer nicht gleichgestellt? Dort beträgt das Wochenstundenmaß 23 Stunden, obwohl nur ein kleinerer Anteil an Unterrichtsstunden in der Sekundarstufe II erteilt wird. Wir hingegen erfüllen unseren Dienst ausschließlich in der Sekundarstufe II und haben dennoch ein höheres Wochenstundenmaß. Deshalb lautet unsere Forderung Nummer eins: Gleiches Stundenmaß für alle Lehrkräfte der Sekundarstufe II. Dies gilt nicht nur für die Berufsschule, sondern für alle unsere beruflichen Schularten ...“.

... zum Kontingent an Anrechnungsstunden:

Nichts steht dem Lernen und der Bildung mehr im Wege als eine autoritäre unpersönliche Paukschule, die mit getetzten und überarbeiteten Lehrkräften ausschließlich den Prüfungserfolg im Visier hat. Zur Gestaltung eines positiven Schullebens, zur Pflege von Schulentwicklung und Qualitätssicherung sind hinlänglich Freiräume zu schaffen. Im Klartext: Die Kontingente von Anrechnungsstunden müssen spürbar erhöht werden! Und um krankheitsbedingte Unterrichtsausfälle zu minimieren oder ganz zu vermeiden, bedarf es einer ausreichenden Lehrerreserve. Dies gilt nicht nur für FOS und BOS ...“.

... über die Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis:

„Nach wie vor haben wir zu viele Schüler ohne Ausbildungsverträge. Das z. T.

wertvolle Potential dieser Schülergruppe sollten wir nutzen. Wir können jedoch vor den zunehmenden Auffälligkeiten im Verhalten dieser jungen Leute die Augen nicht verschließen. Vielfach kommen sie aus bildungsfernen Milieus, und die berufliche Perspektivlosigkeit zeigt Folgen. Diese Jugendlichen „draußen“ zu lassen oder ihnen gar die Alleinschuld für ihre Misere zu geben, halten wir für unangemessen. Für sie, die Problemschüler, gibt es nur einen Weg, wenn ihr Schulbesuch einen Sinn haben soll: Mehr individuelle Förderung, mehr Annahme. Zu ihrer Betreuung brauchen wir mehr Lehrerstunden, mehr Sozialarbeiter und mehr Schulpsychologen und wie bei der inklusiven Beschulung entsprechend gerüstete Sonderpädagogen ...“.

... zur Beschulung von Flüchtlingen und Asylanten:

„Ein Thema von besonderer Brisanz ist die Beschulung von Flüchtlingen und Asylanten. Deren sinnvolle Beschulung bietet die Chance, den Mangel an fachlichen Kräften mittelfristig zu kompensieren. Bayern ist momentan das einzige Bundesland, welches systematisch aufgebaute Bildungsgänge für diese jungen Menschen bis 21 vorweisen kann.

Wir wissen freilich, dass eine adäquate Klassenbildung bei der Beschulung der Asylanten- und Flüchtlingskinder nicht geplant werden kann, weil die Flüchtlingsströme unberechenbar sind. Deshalb rufen wir zu weiteren unbürokratischen Schritten auf, die dazu beitragen, diesen Ärmsten der Armen Zukunftsperspektiven aufzuzeigen und die Eingliederung zu ermöglichen. Wir rufen dazu auf, die Durchlässigkeit des beruflichen Schulwesens im Hinblick auf die aktuellen Ereignisse neu zu überdenken und die Dauer der Berufsschulpflicht für die Betroffenen ggf. zu verlängern ...“.

... zur Schulverwaltung und zum Datenschutzbeauftragten:

„Unsere Lehrkräfte müssen von pädagogikfremder Verwaltungsarbeit entlastet werden, um sich voll und ganz auf ihren berufspädagogischen Auftrag konzentrieren zu können. Dazu muss das Verwaltungspersonal an den Schulen aufgestockt, besser geschult und besser bezahlt

werden. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben sind die beruflichen Schulen seit diesem Jahr verpflichtet, Datenschutzbeauftragte zu bestellen. Der VLB hält diese Maßnahme für sinnvoll, wehrt sich aber dagegen, die dazu erforderlichen Anrechnungsstunden dem „eigenen Topf“ zu entnehmen.

... zur Besoldung unseres Berufsnachwuchses:

„Angesichts der heutigen Lebensbedingungen – speziell für junge Familien – ist die Besoldung unseres Berufsnachwuchses absolut am unteren Limit. Die Eingangsgelälter müssen deshalb dringend nach oben korrigiert werden – eine langjährige Forderung des VLB. Wir weisen mit Nachdruck darauf hin: Der Kampf um die besten Köpfe unter den Hochschulabsolventen ist seit Jahren in vollem Gange. Viele der Spitzenleute sind nach dem Studium bereits in die Wirtschaft abgewandert und die beruflichen Schulen haben das Nachsehen ...“.

... zum Dienstrecht:

„Im 2011 neu formulierten Dienstrecht wurde festgelegt, alle Beamtinnen und Beamten bis zum Erreichen der Altersgrenze periodisch zu beurteilen. Dazu sind verpflichtend Unterrichtsbesuche vorgesehen. Dies führt bei älteren Lehrkräften und Schulleitungen zu vermehrtem Stress. Der VLB fordert die Staatsregierung auf, dieses Ansinnen zurück zu nehmen ... Das Dienstrecht bietet vielfach die Möglichkeit, die Rahmenbedingungen an unseren beruflichen Schulen zu verbessern, mehr Freiräume zu schaffen und unserem Nachwuchs den Start zu erleichtern. Bei der Neugestaltung des Dienstrechts konnte der VLB zwar erheblich Einfluss nehmen, Einzelregelungen jedoch erfordern noch Nachbesserungen.

Mit Stolz und Genugtuung möchte ich auf das bravouröse Ergebnis hinweisen, welches dem VLB die HPR-Wahl im Juli dieses Jahres beschert hat. Allen Kolleginnen und Kollegen, die sich zur Wahl gestellt haben, danke ich an dieser Stelle nochmals für ihre Bereitschaft, unsere Anliegen in der Öffentlichkeit zu vertreten. Ganz herzlich gratulieren aber möchte ich unseren beiden Spitzenkandidaten Wolfgang Lambl und Rudi Keil,

denen wir den herausragenden Ausgang der Wahl in erster Linie verdanken ...“.

... zur Wirtschaftsschule:

„Ohne Einschränkung gehört sie mit ihrem Bildungsprofil zu den beruflichen Schulen. Sie vermittelt eine hervorragende berufliche Grundlage. Etwa drei Viertel ihrer Abgänger entscheiden sich für eine duale Ausbildung. Dies trägt ganz entscheidend dazu bei, kaufmännischen Betrieben den Nachwuchs zu sichern.“

Seit diesem Schuljahr unterrichtet die Wirtschaftsschule nach einem neuen Curriculum, an dessen Konzeption der VLB ganz entscheidend mitgewirkt hat. Dennoch sehen wir die Wirtschaftsschule in ihrer Existenz gefährdet. Wir erleben einen dramatischen Schülerrückgang. Die Einführung der sechststufigen Realschule und der Umbau der Haupt- zur Mittelschule führen dazu, die Wirtschaftsschule von den Schülerströmen nach der 4. Jahrgangsstufe abzuschneiden. Erschwerend kommt hinzu, dass sie zu Übertrittsveranstaltungen kaum eingeladen wird, und der Ausbau von 9+2-Angeboten der Mittelschule die Wahlfreiheit der Schüler/Eltern beeinträchtigt.

Deshalb fordert der VLB, die Beratungslehrkräfte der Wirtschaftsschulen verbindlich an den Übertrittsveranstaltungen zu beteiligen, innovative Bildungswege zu erproben, die für die Klassenbildung maßgebliche Richtzahl von 32 spürbar zu verringern und auch hier die demographische Rendite zu berücksichtigen. Ferner gilt es, die Lehrerversorgung durch eine bedarfsgerechte Ausbildung in den Masterstudiengängen der Wirtschaftspädagogik sicherzustellen, die Seminarstandorte zu erhalten und ggf. auszubauen sowie das Übergangsmanagement zwischen der Wirtschaftsschule und ihren Abnehmerschulen wie Berufsschule, FOS und BOS zu verbessern ...“.

... zur Beruflichen Oberschule:

„Damit für jeden Abschluss der entsprechende Anschluss sicher gestellt ist, muss die FOS-Vorklasse auf alle bayerischen Schulstandorte ausgeweitet und die bisherige Beschränkung auf nur eine Klasse aufgehoben werden. Dadurch ergeben sich für die Mittel- und Wirtschaftsschü-

ler mehr Möglichkeiten in diese Richtung. Das gilt auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund, die i. d. R. unter anderem aus sprachlichen Gründen einen längeren Anlauf benötigen. ...“

Der Ausfall von Pflichtunterricht dürfte in diesem Schuljahr die Marke von 1000 Unterrichtsstunden pro Woche übersteigen. Es muss endlich Schluss sein mit kurzatmigen Maßnahmen befristeter Aushilfsverträge. Die Schülerprognosen des Staatsministeriums trafen nicht nur ein, sondern wurden regelmäßig übertroffen. Dem eindeutig nachweisbaren Trend der Schülerentwicklung muss durch zusätzliche Ausbringung von Planstellen und deren Nachschlüsselung entsprochen werden ...“.

... zur Lehrerbildung/Lehrerfortbildung:

„Erzieherlich und fachlich effektiver Unterricht an unseren beruflichen Schulen ist nur mit entsprechend ausgebildetem Lehrpersonal möglich. Deshalb setzen wir uns für eine schulartspezifische Lehrerbildung ein. Bayern kann sich im Kreise der Bundesländer mit seiner Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen sehen lassen, die Resonanz ist bundesweit sehr positiv. Das Kultusministerium hat den zweiten Ausbildungsabschnitt – das Referendariat – zwar weiterentwickelt. Dennoch gibt es diesbezüglich nach wie vor Gesprächsbedarf.“

Die Lehrerfortbildung darf sich nicht auf den fachlichen Bereich beschränken: Der Schullalltag zeigt, dass Hilfestellung gegen einen frühzeitigen mentalen Verschleiß der Lehrkräfte nötig ist. Dies gilt nicht nur für die Älteren unter uns. Angesichts eines erweiterten Fortbildungsbedarfs – u. a. durch Inklusion und andere Neuentwicklungen – fordert der VLB, die Mittel für die Lehrerfortbildung deutlich aufzustocken.

Im Hinblick auf die bereits in Angriff genommene Inklusion benötigen wir neben der personellen und finanziellen Aufstockung ein umfassendes, gestuftes Fortbildungskonzept, durch das nicht nur Studierende und Referendare, sondern auch die im Alltag mit dieser Thematik befassten Lehrkräfte Unterstützung erfahren ...“.

... zum Gehobenen Dienst:

„Für unsere Fachlehrerinnen und Fachlehrer konnte das „erste begleitete Dienstjahr“ durchgesetzt werden. Unter der Leitung eines Regionalbetreuers wurden die Anwärter auf ihre künftige Unterrichtstätigkeit vorbereitet. Ein erfreulicher Schritt, diese Maßnahme, die noch ergänzt wird durch die Möglichkeit, in den Höheren Dienst aufzusteigen. Die entsprechenden Vorgaben dazu halten wir freilich für zu hoch. Ein weiteres Anliegen steht noch im Raum: Es ist die Angleichung der Unterrichtspflichtzeit des Gehobenen Dienstes an das Stundenmaß des Höheren Dienstes bei Lernfeld-Unterricht ...“.

... zur Geduld der VLB-Funktions-träger:

„Wir Lehrer an beruflichen Schulen haben unsere berufspädagogische Kompetenz i. d. R. nicht nur im Studium erworben, sondern auch in einer vorangegangenen beruflichen Tätigkeit. Wir kennen den Alltag unserer Schülerinnen und Schüler mit all seinen Besonderheiten zumeist aus eigener Erfahrung und wissen am besten, wo die uns anvertrauten jungen Menschen der Schuh drückt.“

Wir tun unsere Arbeit gern und mit großem Einsatz, das wird ja auch anerkannt, zumindest verbal. Wir sind durchaus gewillt, auch mal ein nur halbvolles Glas zu akzeptieren, wenn die Gründe plausibel sind die Füllung sich absehen lässt. Bei aller Kompromissbereitschaft und Sachlichkeit jedoch: Gerechtere sollte es schon zugehen in unserer bildungspolitischen Landschaft, das muss ich leider wie vor zwei Jahren schon einklagen. Angesichts der zahlreichen Anliegen des VLB, die seit längerem der Erledigung harren, benötigen wir, die Funktionsträger an der Spitze des Verbandes, große Geduld. Diese ist freilich in mancherlei Hinsicht bereits über Gebühr strapaziert. Doch wir trösten uns mit einem Proverb aus Tibet, woher bekanntlich die Weisen kommen. Es lautet: ‚Dem Geduldigen laufen die Dinge zu, dem Eiligen laufen sie weg‘. Hoffen wir, dass wir nicht vergeblich hoffen.“

–pjh–

Forum Bildungspolitik:

Sind die Berufsschulen Reparaturwerkstatt oder Talentschmiede?

MARGIT SCHWANDT

Hochkarätig war es besetzt, das Samstagsforum Bildungspolitik, und es mangelte nicht an Zuhörern, denn es galt der Frage nach dem beruflichen Selbstverständnis nachzugehen. Was ist sie denn nun, die Berufsschule? Reparaturwerkstatt? Talentschmiede? Welche Rolle spielt das Kultusministerium? Was erwartet die Wirtschaft? Welche Spielräume bleiben Schulleitern und Lehrkräften?

Dringender Handlungsbedarf nötig

Unser duales Bildungssystem sei international hoch anerkannt, so Manfred Greubel vom VLB, dennoch zeige es nach oben und unten Erosionserscheinungen. Ca. 20 Prozent der Jugendlichen brechen ihre Ausbildung innerhalb der Probezeit ab. Dringender Handlungsbedarf sei für die BAF-Klassen nötig. Zudem mache sich ein „Akademisierungswahn“ breit: Erstmals hätten in diesem Herbst mehr junge Menschen ein Studium aufgenommen, als einen Ausbildungsvertrag unterschrieben.

Der Landesvorsitzende des VLB, Jürgen Wunderlich, forderte eine unbürokratische Unterstützung, um BAF-Schüler auf eine Ausbildung im dualen System vorzubereiten und sie auf ihrem Weg durch die Berufsausbildung zu begleiten. Wir brauchen mehr Lehrer, Sozialpädagogen und Schulpsychologen für die jungen Menschen, damit sie sich integrieren können, denn sie seien in der Regel hoch motiviert und lernwillig. Und: Wir müssen die Attraktivität der dualen Ausbildung steigern, gegebenenfalls gezielte Marketingmaßnahmen ergreifen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Bildung in der Region stärken

Die Jugend ist die Zukunft, so der CSU-Abgeordnete Tobias Reiß, die Bildung in der Region müsse unbedingt gestärkt werden. Der studierte Jurist stammt aus



Moderiert von Manfred Greubel (VLB) diskutieren (von links) Maximilian Pangerl (KM), Jürgen Wunderlich (VLB), Tobias Reiß (MdB, CSU) und Dr. Günter Prechtl (VBW) die Frage, ob die Berufsschulen Reparaturwerkstatt oder Talentschmiede sind.

einer Handwerkerfamilie und will die berufliche Bildung betreuen. Bei der jüngsten Klausurtagung zur Bildung hätten sich die Diskussionen zu 90 Prozent um die Probleme an den Gymnasien gedreht, dabei kämen inzwischen fast ebensoviele Studenten über die berufliche Bildung an die Hochschulen. Für die beruflichen Schulen müssten mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Talente heben

Es gelte, Talente zu heben, so Dr. Christof Prechtl von der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft – mit guter Betreuung, beispielsweise durch eine sozialpädagogische Begleitung, könnten auch die zunächst leistungsschwächer erscheinenden Schüler zu guten Facharbeitern ausgebildet werden, dieses Potential müsse unbedingt genutzt werden. Auch Asylbe-



Aufmerksame Zuhörer im vollbesetzten Plenum verfolgten die Diskussion mit regem Interesse, was auch einige Zwischenfragen belegten.

Wie viel Akademisierung braucht das Land?

Jetzt ist sie also angekommen, die Akademisierung unseres deutschen Landes. Mehr junge Menschen haben sich für ein Studium an Fachhochschulen oder Universitäten entschieden als für eine Ausbildung im dualen System.

Und die Bildung in Bayern lässt sich der Freistaat was kosten. Kein Abschluss ohne Anschluss – so heißt es da. Gymnasien und Fachoberschulen werben um junge Menschen mit einem Mittleren Schulabschluss. Die Studiengebühren wurden wieder abgeschafft.

Wenn man den Referenten Glauben schenken mag, bricht 1/5 aller Auszubildenden die Lehre noch während der Probezeit ab. Es gilt, die Gründe zu analysieren: Die Kammern und die Betriebe sind hier besonders gefordert. Talente wollen gefunden, gehoben und begleitet werden.

Dass ein knappes Drittel der Studenten das Studium abbricht und nichts vorzuweisen hat, als eine Hochschulreife, ist ebenfalls bedenkenswert. Einige von ihnen entdecken plötzlich eine berufliche Lebensperspektive im dualen System, erfahren eine Berufung, sehen Sinn in ihrem Tun.

Wir, als Lehrer an Berufsschulen können Talente dahin heben, wo sie sich auch wohl fühlen, ihre Berufung leben können. In den Kindergärten gibt es begeisterte Plätzchenbäcker. Eine Bäckerreibeinsichtigung steht auf der Hitliste der ganz Kleinen ganz oben. Doch warum will später kaum ein junger Mensch Bäcker werden? Liegt es am Einkommen? Oder an den Arbeitszeiten? Liegt es etwa an der mangelnden gesellschaftlichen Anerkennung des traditionellen Handwerksberufes? Hier hat das Bäckerhand-

werk eine erfolversprechende Imagekampagne gestartet: „Wir kriegen es gebacken“ – heißt es da – und „Back dir deine Zukunft“.

So mancher Handwerker oder Facharbeiter hat heutzutage ein höheres Einkommen als ein gleichaltriger, geisteswissenschaftlich studierter Akademiker. Mit Beginn seiner Ausbildung verfügt er über ein eigenes Einkommen, er ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Zudem hat er die Möglichkeit, sich zum Meister weiter zu qualifizieren.

Wir müssen verstärkt kommunizieren, dass einem Meister oder einem Fachschulabsolventen die Türen für ein akademisches Studium offen stehen, die er – ausgestattet mit einem umfassenden beruflichen Erfahrungsschatz und angereichert mit einer großen Portion persönlicher Reife – selbstbewusst durchschreiten kann.

Wir bieten mit den beruflichen Schulen wohl eine Alternative, sind aber keine zweite Wahl und auch kein zweiter Bildungsweg.

Warum werben wir nicht verstärkt für unsere beruflichen Schulen und stellen die berufliche Bildung damit gleichberechtigt neben das Gymnasium? In den Köpfen muss etwas passieren. Wir müssen da anfangen, die Vielfalt der beruflichen Bildungswege zu kommunizieren, wo Lebensweichen gestellt werden – in der Grundschule. Überzeugungsarbeit gegenüber den Eltern und den Politikern ist hier gefragt. *Margit Schwandt*

werber seien Talente, die unterstützt und v. a. sprachlich gefördert werden müssten. Der ehemalige Lehrer verwies darauf, dass 30 Prozent der Studenten ihr Studium abbrechen würden, um dann eine duale Ausbildung anzustreben. Oft verdiene ein beruflich qualifizierter Facharbeiter erheblich mehr, als ein Geisteswissenschaftler nach Absolvierung seines Studiums, dies gelte es, zu kommunizieren.

Vielfältige Herausforderungen

Gemeinsam sind wir die „Treuhand der Zukunft“, so Maximilian Pangerl vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 1,2 Milliarden Euro würden in die berufliche Bildung investiert. Auch der Beschulung von Flüchtlingen und Asylanten nehme man sich an, um diese individuell zu fördern, seien jedoch differenzierte Untersuchungen nötig. Im Rahmen der Inklusion plane man, Förderberufsschüler für die Regelberufsschule weiter zu qualifizieren.

An Ministerialrat Pangerl gerichtet wollte eine junge Kollegin wissen, wie viel der Freistaat für die Bildung insgesamt ausbe. Immerhin – es sind insgesamt 17 Milliarden Euro. Leider erhalten die Berufsschulen davon nur magere 7 Prozent.

Konkrete Forderungen

Mehr Handlungsspielraum für die Schulleiter, v. a. bei der Klassenteilung, forderte Helmut Mundel, Schulleiter der Dr.-Georg-Schäfer Schule in Schweinfurt. Und: Ich brauche Fachleute für die Metall- und Elektrotechnikerklassen, keine Sozialpädagogen.

Große Klassen mit Minderklassen aufzurechnen, sei ein fataler Fehler, so Wunderlich, jeder Schüler habe das Recht auf eine optimale Ausbildungsbegleitung.

Herbert Watzl von der Berufsschule Roth schließlich forderte konkrete Zusagen des Ministeriums – es wird viel geredet und es passiert zu wenig, gerade auch im Hinblick auf die neuen Herausforderungen, beispielsweise durch die BAF-Klassen. Gerne hätten noch einige der Lehrer Fragen an die Referenten des Forums gerichtet, die aus Zeitgründen leider keinen Platz mehr fanden. Wenn den vielfältigen Impulsen und Ideen jetzt unbürokratisch Taten folgen, können Talente „gehoben“ und „geschmiedet“ werden.

Forum Dienstrecht:

Von wegen Tacheles ...

DR. SIEGFRIED HUMMELSBERGER

Tacheles – also offen und unverblümt seine Meinung äußern („Klartext reden“) wie Wikipedia definiert – war das traditionelle Forum zum Dienstrecht auf dem Berufsbildungskongress über-schrieben. Unter der umsichtigen Moderation von Pankraz Männlein saßen Wolfgang Lambl, MdL Tobias Reiß von der CSU und Ministerialrat Maximilian Pangerl aus der Abteilung 6 des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst auf dem Podium, um aktuelle Fragen rund ums Dienstrecht zu klären. Offensichtlich ein wichtiges Thema, denn die Aula der Wirtschaftsschule im Röthelheim-park war bis auf die letzten Plätze gut gefüllt.

Getrieben wurden die meisten Besucher sicherlich sowohl von den zahlreichen „offenen Baustellen“ im Dienstrecht als auch von der Aussicht von den durchweg kompetenten Podiumsmitgliedern konkret über neue und notwendige Entwicklungen informiert zu werden. Wolfgang Lambl und seine Funktion im HPR und als stellvertretenden Landesvorsitzenden des VLB braucht man hier wohl nicht mehr vorzustellen; MdL Tobias Reiß ist Mitglied im Arbeitskreis für Fragen des Öffentlichen Dienstes sowie im Arbeitskreis Bildung und Kultus, MR Maximilian Pangerl schließlich ist von Amts wegen im Bereich der beruflichen Schulen u. a. für Haushalt, Personal und Schulrecht im Ministerium zuständig. Die Erwartungen waren also hoch an diesem Samstagvormittag ...

FOS/BOS: „Ein Reservekanister, der bereits bei Fahrtbeginn im Tank ist, verfehlt seinen Zweck!“

(Pankraz Männlein)

An dieser Stelle könnte der Ihnen vorliegende Artikel nun fast schon zu Ende sein, denn wesentliche neue Erkenntnisse – Fehlanzeige. Tacheles redete letztlich



Das Publikum in der vollbesetzten Aula der Wirtschaftsschule hätte sich gewünscht, dass nach den ‚Einwürfen‘ von Moderator Pankraz Männlein (VLB) auf dem Podium nicht nur VLB-Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl „Tacheles“ geredet hätte. Auch von Maximilian Pangerl (KM) und MdL Tobias Reiss wären klare Positionierungen und Aussagen wünschenswert gewesen.

Zusätzliche Aufgaben verlangen zusätzliche Mittel

Nicht ohne Grund gibt es das sogenannte Konnexitätsprinzip, das – in aller Kürze – besagt, dass das Land den Kommunen zusätzliche Aufgaben nur dann zuweisen darf, wenn auch die entsprechenden Mittel zugewiesen werden. Im Art. 83 Abs. 3 Bayer. Verfassung heißt es: „Überträgt der Staat den Gemeinden Aufgaben [...], hat er gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu stellen. Führt die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.“

Überträgt man diese auch im Grundgesetz fixierte Logik auf den Schulbereich käme man zu folgendem Grundsatz: Werden den Schulen neue Aufgaben übertragen, so sind entsprechende zusätzliche Mittel zuzuweisen.

Nach den Grundsätzen des Haushaltsrechts ist schließlich davon auszugehen, dass sowohl die Arbeitskraft der einzelnen Lehrkraft als auch das Deputat des gesamten Kollegiums bereits voll ausgenutzt ist. Alles andere wäre ja haushaltsrechtlich gar nicht zulässig. Eine Art bezahlter „stiller Reserve“ ist im gesamten öffentlichen Dienst nicht vorstellbar. Zwangsläufig wird also eine Aufgabenerhöhung nicht mit Arbeitszeit hinterlegt sein, wenn nicht zusätzliche Mittel zugewiesen werden. Dabei kann es nicht genügen, wenn neue Aufgaben aus bereits bestehenden und anderweitig genutzten Töpfen bedient werden sollen. Bestes und aktuelles Beispiel: der Datenschutz-Beauftragte, der aus dem vorhandenen Anrechnungsbudget bedient werden soll – Umverteilung statt Mittelmehrung also.

Jede Kommune würde zurecht und mit Erfolg vor das Verwaltungsgericht ziehen, würde man ihr Pflichtaufgaben

zuweisen und sie zwingen, zur Finanzierung dessen andere Pflichtaufgaben zu vernachlässigen.

Datenschutz, Arbeitssicherheit, Mädchen- und Jungenarbeit, Beratung, Betriebspraktika, vermehrte Verwaltungsaufgaben – das sind nur einige der in den letzten Jahren zusätzlich an die beruflichen Schulen dekretierten Aufgabenerhöhungen. Kaum etwas davon wurde ausreichend mit zusätzlichen Ressourcen hinterlegt. Ja, selbst die Grundversorgung an Personal ist nicht sichergestellt, denn Pflichtunterricht fällt in erheblichem Umfang jedes Jahr wieder aus. Als zynischer Gipfel wird letztlich mit dem Zirkelschluss argumentiert, dass zusätzliche Lehrerstellen nicht ausgewiesen würden, weil ja ohnehin schon nicht alle Stellen besetzt werden könnten.

Es ist überfällig darüber nachzudenken: ob a) eine ständige Aufgabenerhöhung und b) eine systematische Unterversorgung mit Personalressourcen und daraus folgend c) eine permanente Arbeitsüberlastung in eklatanter Weise nicht nur der Logik der Konnexität widersprechen, sondern auch gegen den Rechtsgrundsatz des Fürsorgeprinzips und des Angemessenheits- bzw. Verhältnismäßigkeitsprinzips verstoßen. Die Privatwirtschaft wird verpflichtet, für bestimmte, gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben (z. B. Arbeitsschutz) Mitarbeiter freizustellen. Im Bereich der Schulen kommt der Staat seinen eigenen Verpflichtungen nur höchst ungenügend nach.

Wer die Musiker bestellt, muss sie auch bezahlen, sagt der Volksmund. Was der Bund den Ländern, das Land den Kommunen zuweist, muss mit Mitteln hinterlegt sein, sagt die Verfassung. Was sagt denn unser Dienstherr?

Siegfried Hummelsberger

nur einer auf dem Podium: Wolfgang Lambl, gelegentlich unterstützt durch Pankraz Männlein, den aber seine Moderatorenrolle zu einer gewissen Neutralität verpflichtete. Gemeinsam rissen die beiden in ihren Statements zahlreiche aktuelle und chronische Problemfelder an, darunter insbesondere:

- > mangelnde Lehrkräfteversorgung und hoher Unterrichtsausfall,
- > ständige Aufgabenerhöhung (z. B. Betriebspraktikum und ganz aktuell Datenschutz-Beauftragte),
- > Umsetzungslücken beim Abbau Arbeitszeitkonto,
- > beschämende und nicht konkurrenzfähige Referendatsbesoldung,
- > komplett fehlende (Berufsschule) oder bereits zu Schuljahresbeginn vollständig verplante Lehrerreserven (FOS-BOS),
- > Flüchtlingsbeschulung,
- > hohe Unzufriedenheit mit der Beurteilungspraxis.

Um es kurz zu machen: Einige wenige klare Antworten und Aussagen betrafen Maßnahmen, die nichts kosten (Werbung für das Lehramt berufliche Schulen machen – regional umschichten), für die man nicht zuständig ist und nichts machen kann (EU-weite Regelung zur Altersdiskriminierung bei Beurteilungen) sowie vage Zukunftsplanungen (Verteilung der demographischen Rendite).

„Konkrete Aussagen sind mir als Juristen wesensfremd.“

(Maximilian Pangerl)

„Beste Bildung für Bayern“, so lautet das Motto in Erlangen – unzweifelhaft gehörten dazu auch die notwendigen Ressourcen und optimale Strukturen. Gerade in diesen Bereichen aber waren die Aussagen mehr als enttäuschend:

- > Lehrer-Reserve und Sondermaßnahmen: Fehlanzeige
- > Stellensituation FOS/BOS: Wer weiß schon, ob der Trend anhält?
- > Entlastung für zusätzliche Aufgaben und steigenden Fortbildungsdruck: begrenzte Ressourcen
- > bessere Referendatsbesoldung: Der öffentliche Dienst ist ein attraktiver Arbeitgeber, das zeigen die hohen

Studierendenzahlen für das (gymnasiale) Lehramt.

- > Flüchtlingsbeschulung: Die Entwicklung war nicht absehbar.

Beurteilung: „Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen empfinden das als Vertrauensbruch!“

(Wolfgang Lambl)

Ähnlich enttäuscht dürfte auch das Publikum gewesen sein, aus dem heraus Fragen an das Podium gestellt wurden, insbesondere zu den Themen Beurteilung der älteren Kolleginnen und Kollegen nach der neuen Rechtslage. Leider blieben hier auch einige Fragen aus Zeitmangel unbeantwortet.

Was bleibt als Fazit: Ministerialrat Pangerl sagte dem VLB fest zu, nach der nächsten Beurteilungsrunde das neue Verfahren zu evaluieren, Feedback nach einer Art „Probendurchlauf“ einzuholen und dann in einen konstruktiven Dialog einzutreten und nachzusteuern wo möglich und nötig. Ebenso bot er dem HPR ein Gespräch über eine mögliche Dienstvereinbarung zum Thema „Rückführung des Arbeitszeitkontos“ an, um damit z. B. eine Streckung des „Rückgabezeitrahmens“ zu ermöglichen.

Anrechnungsstunden: „Ungerechtigkeiten zwischen den Schularten müssen politisch gelöst werden.“

(MdL Tobias Reiß)

MdL Tobias Reiß zeigte sich überrascht, wie stark die Budgets an Anrechnungsstunden zwischen den einzelnen Schularten zum Nachteil der beruflichen Schulen differieren und versprach, sich in die Thematik einzuarbeiten.

Kein Tacheles wie angekündigt also und wenig genug an Ergebnissen, wie Wolfgang Lambl betonte: „Jetzt müssen wir mit fast leeren Händen nach Hause fahren.“ Viel zu wenig sicherlich, um „für Bildung zu begeistern“ (Zitat aus dem Wahlkampf-Video von Tobias Reiß). Zu dieser Einschätzung kam offensichtlich auch der Moderator Pankraz Männlein, der die Veranstaltung mit dem berühmten Brecht-Zitat schloss: „Wir sehen betroffen / den Vorhang zu / und alle Fragen offen.“ ■

Arbeitskreise

Bearbeitet von Martin Ruf

AK Agrarwirtschaft

Fachexkursion ins Knoblauchsland

Es ist ein guter Brauch, dass an Berufsbildungskongressen des VLB auch die Fachgruppen aktiv sind.

Für die Fachgruppe Agrarwirtschaft organisierte Horst Lochner, der verantwortliche Fachgruppenleiter, die Besichtigung eines Gemüsebaubetriebs im Knoblauchsland. 13 Kolleginnen und Kollegen nahmen dieses Angebot an, fuhren in Fahrgemeinschaften zum Betrieb und waren rundherum zufrieden.



Michael Brückner bewirtschaftet zusammen mit seinem Bruder den etwa 15 ha großen Gemüsebaubetrieb im Norden von Nürnberg. Außerdem ist der Landwirt auch politisch aktiv und sitzt seit dieser Legislaturperiode als Stimmkreisabgeordneter für Nürnberg Nord für die CSU im bayerischen Landtag. Dort ist er im Ausschuss für Verbraucher- und Umweltschutz tätig.

Um die Flächenproduktivität zu erhöhen haben die Brüder in den letzten Jahren die Gewächshausfläche deutlich erweitert und bewirtschaften nun etwa 50.000 m² Hochglasfläche. Die Intensität und Produktivität einer Hochglasfläche liegt etwa um den Faktor 10 höher als bei einer Freilandfläche. Da eine Flächenausweitung im engen Umkreis um Nürnberg herum nicht möglich ist, bietet sich durch die Produktion im Gewächshaus die Möglichkeit, auch mit kleineren Flächen ein ausreichendes Familieneinkommen zu erwirtschaften. Überhaupt machte uns Michael Brückner durch viele Beispiele aus dem Knoblauchsland deutlich, dass nicht die Flächenausstattung allein, sondern im größeren Anteil das Geschick des Betriebsleiters im Bereich Produktion, dem Finden einer passenden Nische und der Vermarktung für den Betriebserfolg ausschlaggebend ist.

Der Betrieb setzt bei der Vermarktung neben einem Hofladen vorwiegend auf den Großhandel und hat sich durch den Münchner Großmarkt auch neue Kunden erschlossen. Nach dem Abernten und Räumen der Hauptkultur Gurken wird in den Gewächshäusern zur besseren Auslastung im November und Dezember Feldsalat angebaut. Vor-

teilhaft ist hier auch der geringe Anspruch an die Temperatur. Feldsalat hat sich vom Salat der armen Leute in der Nachkriegszeit zu einer lukrativen Spezialität entwickelt. Bei den Spezialkulturen im Gemüsebau ist auch das Entwickeln der passenden Technik für Bestellung, Ernte, Sortierung und Verpackung eine ständige Herausforderung. Der Betrieb Brückner hat durchgängig etwa 10 Fremdarbeitskräfte angestellt und erhöht diese Zahl in der Spitzenzeit durch Saisonarbeitskräfte auf bis zu 30 Beschäftigte.

Im Bereich Energie ist Brückner neue Wege gegangen und hat eine Kooperation mit dem Energieversorger N-ergie gegründet. Dieser betreibt auf dem Betriebsgelände zwei große Blockheizkraftwerke mit jeweils 180 KW Leistung. Dort wird Biogas verfeuert und über Motoren und Generatoren Strom erzeugt. Die entstehende Abwärme reicht für die Heizung der Gewächshäuser. Der als Sicherheit installierte Öl-Heizkessel musste bisher nicht in Betrieb genommen werden.

Nochmals herzlichen Dank an Michael Brückner, der uns am Samstag-Nachmittag einige seiner wenigen freien Stunden geopfert hat und auch an alle Kollegen und Kolleginnen, die mit viel Interesse und Sachwissen die Führung lebendig gestaltet haben. *Horst Lochner*

AK Beratungsfachkräfte

Jugendliche mit Förderbedarf in dualen Ausbildungsberufen der Regelberufsschule

Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder dauernder Behinderung besuchen Fachklassen der Regelberufsschulen. Die Beratungsfachkräfte sind Ansprechpartner für Eltern, Schüler, Kollegen und Schulleitung.



Die Referenten stellten fallbezogene Möglichkeiten vor, wie Schüler mit Inklusionsbedarf gefördert werden können. Grundlage für die Umsetzung der Fördermaßnahmen bzw. eines Nachteilsausgleichs liefert die KMBek zum Nachteilsausgleich aufgrund dauernder Behinderung in der Berufsausbildung von 2011. Als Anregung für die eigene Arbeit erhielten die Teilnehmer Materialien zur systematischen Erfassung der Schüler mit dauernder Behinderung bei der Anmeldung zur Berufsschule und eine Checkliste, die Aufgaben und Verantwortlichkeiten bei der Gewährung und Umsetzung eines Nachteilsausgleichs aufzeigt. Beide Materialien sind an oberfränkischen Berufsschulen im Einsatz.

Einen großen Raum nahm die Diskussion der Kollegen über Möglichkeiten und Grenzen der Inklusion an der Regelberufsschule ein. Die

Teilnehmer sehen bildungspolitischen Handlungsbedarf, um die Inklusion in der Regelberufsschule umzusetzen. Nachfolgende Punkte wurden als Ergebnis des Arbeitskreises festgehalten:

1. An der Schule muss es einen Inklusionsbeauftragten mit zeitlichen Ressourcen geben, der die Fälle managt und analysiert, die Beteiligten berät und Experte für die Kooperation mit den vielfältigen außerschulischen Unterstützungssystemen ist.
2. Die Förderberufsschule und ihre Kompetenzen werden von Eltern, Betrieben und Schülern zu wenig wahrgenommen. Hier ist Öffentlichkeitsarbeit notwendig.
3. In einem Flächenland wie Bayern kann nicht jeder Ausbildungsberuf wohnortnah an einer Förderberufsschule angeboten werden. Daher ist an den Regelberufsschulen sonderpädagogisches Know-how aufzubauen. Hiervon würden auch die leistungsschwächeren Schüler profitieren. Denkbar wäre eine Zusatzqualifizierung für Lehrkräfte der Regelberufsschule, Lehrbücher mit differenzierten Aufgabenstellungen oder die Teilabordnung eines MSD mit festen Sprechzeiten an die Regelberufsschule. Zumindest sollte ein MSD im Förderschwerpunkt L für jede Berufsschule zuständig sein, den die Kollegen niedrigschwellig bei Schülern mit Förderbedarf oder gravierenden Leistungsschwächen konsultieren können. Dieser muss bekannt und unkompliziert erreichbar sein.
4. Schüler mit Förderbedarf L oder E der Regelberufsschule können das Ausbildungsziel erreichen, wenn sie sowohl durch Förderunterricht und als auch durch engagierte Lehrkräfte unterstützt werden. Die Schulleitung muss kurzfristig finanzielle Ressourcen für fachbezogenen Förderunterricht beantragen können. Die AbH reicht hier oft nicht aus.
5. Auch die Klassengröße ist für eine individuelle Förderung und innere Differenzierung ausschlaggebend. Daher sollte die Teilungsgrenze in Klassen mit mehr als 3 Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder nichtdeutscher Muttersprache herabgesetzt werden.
6. Im Sinne der Ressourcenschonung ist die Gestaltung der Übergänge zwischen den Schulen sinnvoll. Der sonderpädagogische Förderbedarf, d. h. nicht nur die Förderschule als zuletzt besuchte Schule, muss bei der Anmeldung zur Berufsschule erfasst werden und dem Klassenlehrer bekannt sein. Nur so kann können die Schüler von Anfang an angemessen gefördert werden und evtl. bei der Klassenbildung auf sie Rücksicht genommen werden. Mit dem Schülerbogen sollten Gutachten zum sonderpädagogischen Förderbedarf usw. an eine berufliche Schule weitergereicht werden. Zudem sollten die ehemaligen Klassenlehrer der abgebenden Schule von ihrer Schweigepflicht entbunden werden, um bei schwerwiegenden Fällen zeitnah von den Erfahrungen der Vorgängerschule profitieren zu können.

Mario Benedetti/Dr. Andrea Brömmner

AK Büroberufe

Auf dem Prüfstand - der neue Büroberuf „Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement

Dem gut besuchten Arbeitskreis Büroberufe standen beim Erfahrungsaustausch zum neu gestarteten Ausbildungsberuf die zwei kompetenten Lehrplankommissionsmitglieder Jutta Bremhorst vom ISB und Alois Gillitzer von der Europa-Berufsschule Weiden als Diskussionspartner zur Verfügung. Wie aus erster Hand zu erfahren war, musste die bay-



erische Lehrplanrichtlinie in kurzer Zeit zum Schuljahresbeginn fertig gestellt werden, ohne auf Besonderheiten Rücksicht nehmen zu können. Wichtige Lerninhalte wurden in die 10. Jahrgangsstufe gepackt, um auch den verkürzten Ausbildungsverträgen Rechnung zu tragen und zweitens auch um den ersten Teil der Abschlussprüfung nach 1 ½ Jahren bewältigen zu können.

Der Blickwinkel war bei der Lehrplankonzeption zwar auch auf den zweitweisen handlungsorientierten Unterricht gerichtet, die Realisierung ist zurzeit jedoch nicht überschaubar. Die Kürzung der Lernfelder 2 und 5 um jeweils 20 Jahresstunden, zugunsten von einer Stunde wöchentlichen Englischunterricht, ist eine weitere Schwierigkeit, mit der die Lehrkräfte konfrontiert werden. Denkt man auch an die lernschwachen Schüler, so stellt man fest, die Hürden werden im 10. und 11. Jahrgang sehr hoch angelegt.

In den auslaufenden Büroberufen Bürokaufmann/-kauffrau und Kaufmann/-kauffrau für Bürokommunikation wurden im 11. Jahrgang 17 Wochenstunden angeboten. Im neuen Beruf werden im 10. Jahrgang nur 15 Wochenstunden (1 ½ Tage) vorgegeben. Der Unterricht endet am zweiten Tag ca. um 12:45 Uhr, so dass die Berufsschülerinnen und Berufsschüler in den Landkreisen einen teilweise langen Weg in den Ausbildungsbetrieb zurücklegen müssen und vielleicht um 15 Uhr oder später dort ankommen. Der bisherige zweitägige Berufsschultag in der 11. Jahrgangsstufe sollte auch Pflicht in der neuen 10. Jahrgangsstufe werden, auch aus den bereits oben genannten Gründen. Die anwesenden Arbeitskreisteilnehmerinnen und -teilnehmer stellen deshalb folgende Forderung an das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst:

- 2 mal 8 Stunden pro Woche Unterricht in der 10. Jahrgangsstufe und
- je 9 Stunden wie bisher geplant in der 11. und 12. Jahrgangsstufe.

Die Gesamtstundenzahl würde sich damit auf insgesamt 34 Unterrichtsstunden erhöhen und damit die Stundenzahl der auslaufenden Berufe erreichen, allerdings unter Abzug von einer Stunde Sportunterricht in den alten Büroberufen (35 – 1 Stunde Sport = 34). Der ausfallende Sportunterricht im neuen Büroberuf wird allgemein sehr bedauert, da hier eigentlich ein großer Handlungsbedarf bei den jungen Leuten besteht. Diese eine Stunde Unterricht mehr pro Woche in der 10. Jahrgangsstufe würde den Handlungsspielraum der Lehrkräfte elementar verbessern und den Unterrichtserfolg mit Sicherheit positiv beeinflussen.

Mehr Handlungsspielraum eröffnet sich auch, wenn bestimmte Lernziele und Lerninhalte aus den Fächern Deutsch und Sozialkunde



mit den verschiedenen Lernfeldern nach Möglichkeit kombiniert werden. Das würde bedeuten, dass die Lehrkräfte bei der Stundenplangestaltung organisatorisch gezielt darauf angesetzt werden müssen.

Ein weiterer Kritikpunkt war der Unterricht im Lernfeld 6 der 10. Jahrgangsstufe, der schwerpunktmäßig Buchführungsinhalte vorsieht, die im 11. und 12. Jahrgang in dieser Form nicht mehr vorkommen, aber in der Abschlussprüfung gefordert werden. Wie man das Problem löst, ist momentan nicht zu beantworten und bleibt dem Fingerspitzengefühl der Wirtschaftspädagogen vorbehalten.

Neue Lehrpläne sind immer kritisch, solange man keine endgültigen Erfahrungen gesammelt hat. So ist es auch mit den Kenntnissen in Word und Excel. Bis zum 1. Teil der Abschlussprüfung sollen die Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer fit sein, um Geschäftsbriefe zu gestalten und zu formulieren und Tabellen anfertigen können. An verschiedenen Berufsschulen unterrichten Wirtschaftspädagogen auch Word und Excel, im Verbund mit den verschiedenen Lernfeldern. Es müssen an bestimmten Berufsschulen allerdings auch Fachlehrerinnen und Fachlehrer für Schreibtechnik und Informationsverarbeitung mit in den Unterricht eingebunden werden.

So könnte man beispielsweise aus den Lernfeldern 3 und 4 des fachlichen Unterrichts (Geschäftsprozesse und Kommunikation) von den 5 Unterrichtsstunden eine Stunde für die Fachlehrkräfte abzwiegen, allerdings mit Einschränkungen in den zur Verfügung stehenden Unterrichtsstunden in den Lernfeldern.

Auf eine zusätzliche Möglichkeit eines Wahlunterrichts in Word und Excel wurde hingewiesen, mit einem Hinweis auf ein KMS vom 14.3.2014. Danach ist es möglich, im 10. Jahrgang pro Woche eine Unterrichtsstunde Word und Excel anzubieten und im 11. Jahrgang eine halbe Unterrichtsstunde pro Woche. Nach aktueller Auskunft des Bayerischen Kultusministeriums können diese Wahlunterrichtsstunden nur im Rahmen der genehmigten Teilungsstunden realisiert werden. Ein zusätzlicher Wahlunterricht zu den Pflichtstunden ist nach dieser Vorgabe nicht möglich. Im KMS wird von Fachlehrerinnen und Fachlehrern als Lehrkräfte gesprochen, aber hier wären wohl auch Wirtschaftspädagogen jederzeit einsetzbar, so das KM.

Die motivierten und engagierten Arbeitskreismitglieder aus der VLB-Fachgruppe Büroberufe fordern hiermit den VLB-Vorstand auf, alle verantwortlichen Gremien anzusprechen, um Änderungen zu überdenken und zu beschließen, damit der Slogan des vergangenen VLB-Berufsbildungskongresses in Erlangen („Beste Bildung für Bayern“) auch Früchte tragen kann.

Paul Beetz (VLB-Arbeitskreisleiter)

Eine ergänzende Sichtweise zur Sitzung des VLB-Arbeitskreises Büroberufe: Ernüchterung über die bayerische Lehrplanarbeit

Nach einleitenden Worten von Paul Beetz erläuterten die beiden anwesenden Mitglieder der Lehrplankommission, Jutta Bremhorst vom ISB in München und Alois Gillitzer von der Europa-Berufsschule in Weiden, das Zustandekommen der Lehrplanrichtlinie.

Das überraschende dabei war, dass die Lehrplanrichtlinie so aussieht wie sie aussieht, weil von Seiten des Kultusministeriums folgendes verlangt wurde: „Verschieben Sie Inhalte so, dass durchgängige Fächer über alle 3 Ausbildungsjahre gebildet werden. Sie haben einen Arbeitstag Zeit“.

So ist es nicht verwunderlich, dass 3 Praktiker und 3 Theoretiker weniger das Konzept der vollständigen Handlung im Fokus hatten, sondern sich eher auf die Realisierbarkeit vor Ort konzentrierten. Und je nachdem, ob Verkürzer, Lernschwache und Inklusionsschüler oder wie in dieser Kommission der Umschüler im Blickfeld der Überlegungen stand, resultierte eine entsprechende Schwerpunktsetzung. Entgegen dem bundesweiten Vorgehen wurde in Bayern, weil die Umschüler im Focus standen, der Hauptteil der Lerninhalte in die 10. Jgst. gepackt.

Das nun für die 10. Jgst. erforderliche Stundenmaß wurde entgegen der bundesweiten Empfehlung um 1 Jahreswochenstunde (2 x 20 Std.) zu Gunsten des Faches Englisch gekürzt.

Pädagogische Weitsicht hätte statt einer Stundenkürzung zumindest einen Erhalt der bisherigen Stundenzahl bedeutet.

Der bundesweit gültige Rahmenlehrplan empfiehlt, den Hauptteil der fachlichen Ausbildung in der 11. Jgst. zu vermitteln, weil in der 10. Jgst. die Berufserfahrung der Auszubildenden noch zu gering ist, um eigenverantwortlich und selbständig die vielen fachlich anspruchsvollen Unterrichtsinhalte erfassen zu können.

Hätte die bayerische Lehrplankommission ihr Hauptaugenmerk nicht auf die Umschüler gelegt (wie hoch ist deren Anteil eigentlich?), sondern sich mit den zurzeit vorherrschenden pädagogischen Hauptthemen, der Differenzierung nach dem Vorwissen und der Inklusion beschäftigt, wäre eine andere Lehrplanrichtlinie entstanden. Dass es auch in Bayern schwache Berufseinsteiger gibt und auch an bayerischen Berufsschulen die Inklusion erstgenommen werden sollte, wurde anscheinend übersehen.

Anders kann die Stundenkürzung nicht zustande gekommen sein. Denn der lernschwache Azubi, der eine langsame und lange Anlaufzeit benötigt, um im Unterricht mit den neuen Inhalten und Lernmethoden zurechtzukommen, wird durch eine Stundenkürzung benachteiligt.

Es wäre auch eine andere Lehrplanrichtlinie entstanden, wenn die Lehrplankommission ernsthaft eine Abkehr vom traditionellen Unterricht hätte erreichen wollen.

Folgt man den Ausführungen der beiden anwesenden Mitglieder der Lehrplankommission haben diese Überlegungen nur eine geringe Rolle gespielt. Exemplarisch soll hier ein Diskussionspunkt herausgegriffen werden: Als kritisiert wurde, dass in Bayern die Buchführung nur in der 10. Jgst. unterrichtet wird, obwohl sie Gegenstand der Abschlussprüfung nach der 12. Jgst. sein wird, skizzierten die Lehrplanautoren als Lösungsansatz: Man kann die Buchführung doch in der 11. und 12. Klasse üben und vertiefen. In der 11. Klasse bieten sich die Gehaltsbuchungen an und in der 12. Klasse, im Zusammenspiel mit der Kostenrechnung, die Buchungen der Stoffaufwendungen.

Wie kommen die Lehrplanmacher dazu, ergänzende Unterrichtsinhalte zu empfehlen, die doch bewusst von der bundesweiten Kommission nicht in den Rahmenlehrplan aufgenommen wurden, um im Unterricht den Schülern für deren Selbsttätigkeit im Rahmen der vollständigen Handlung die erforderliche Unterrichtszeit zur Verfügung zu stellen?

Beide Lehrplanmacher sind der Meinung, dass diese zusätzlichen Unterrichtsinhalte dennoch in Bayern gut vermittelt werden können, da man den Unterricht nicht zu stark mit Lernsituationen überfrachten sollte.

Wenn dann von den Lehrplanmachern noch aufgefordert wird: Sucht euch die Freiräume, damit ihr eure Schüler vernünftig auf die Prüfung vorbereiten könnt, dann heißt das im Klartext auch, macht was ihr wollt, Hauptsache die Prüfungsnoten stimmen.

Ist das auch die Empfehlung des bayerischen Kultusministeriums?

Da wir die lernschwachen Schüler auch in Bayern fördern und motivieren wollen, sollten wir gerade in der 10. Jgst. den Schülern Zeit geben, sich mit den neuen Lerninhalten auseinanderzusetzen, vor allem deshalb, weil die methodischen Kompetenzgrundlagen in den Allgemeinbildenden Schulen bisher kaum vermittelt wurden.

Um hierfür die erforderliche Unterrichtszeit zu erhalten, wurde im Arbeitskreis einstimmig der Antrag beschlossen, den Vorstand des VLB zu beauftragen, das Kultusministerium aufzufordern, die Kürzung der Lernfelder 2 und 5 um jeweils 20 Std. zurückzunehmen und die 10. Jahrgangstufe um 1 Jahreswochenstunde von 15 auf 16 Unterrichtsstunden aufzustocken.

Mit dieser Anhebung könnte vor Ort auf die Bedürfnisse der Auszubildenden reagiert werden. Förderunterricht oder Wahlunterricht könnte gut untergebracht werden. Die jetzige, an vielen Standorten praktizierte Unterrichtsorganisation mit 2 Schultagen zu je 9 Unterrichtsstunden (wobei der 2. Unterrichtstag jede 3. Woche entfällt), lässt keinen Spielraum für zusätzlichen Förderunterricht.

Förderunterricht als 10. Stunde anzubieten, ist i. d. R. pädagogisch nicht sinnvoll.

Mit einer Stunde mehr könnte die reguläre Unterrichtstafel auf 2 Schultage mit je 8 Unterrichtsstunden oder mit 9 + 7 Std. verteilt werden, so dass trotz Förderunterricht der Rahmen von 9 Unterrichtsstunden pro Tag nicht gesprengt werden würde.

*Johannes Wartensleben, Norbert Sierl, Helmut Lang
Klara-Oppenheimer-Schule Würzburg*

Arbeitskreis Dienstrecht

„Elternzeit - Lehrer werden Eltern!“

Als Referent konnte Christian Baumann von der BS Fürstenfeldbruck gewonnen werden. Er beleuchtete das Thema immer aus Sicht von angestellten Lehrkräften. Die Ausführungen im folgenden Artikel gelten in der Regel für Beamte. Die Regelungen für Arbeitnehmer können davon abweichen.

Die Rechtsgrundlage bildet § 15 des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG) in Verbindung mit § 12 der Verordnung über den Urlaub der bayerischen Beamten und Richter (Urlaubsverordnung – UrIV).



Lehrkräfte haben Anspruch auf Elternzeit, wenn sie mit ihrem Kind in einem Haushalt leben und dieses Kind selbst betreuen und erziehen. Er besteht nicht pro Kind, sondern pro Elternteil. D. h. jeder Elternteil hat Anspruch auf Elternzeit bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres des Kindes. Die Elternzeit kann auch gemeinsam genommen werden. Sie beginnt mit der Geburt.



Der berechnete Personenkreis umfasst die Eltern, aber auch Pflegeeltern, Adoptiveltern, Ehepartner und eingetragene Lebenspartner eines Elternteils.

Die Höchstdauer der Elternzeit beträgt bis zu drei Jahren. Stichtag ist der Tag der Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes. Es ist aber möglich einen Anteil von 12 Monaten dieser Zeit über den 3. Geburtstag des Kindes hinaus zu schieben, muss dann aber bis zur Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes genommen werden. Bei Pflege- oder Adoptiveltern besteht ein Anspruch auf Elternzeit im Umfang von drei Jahren ab der Aufnahme des Kindes, ebenfalls bis zur Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes.

Elternzeit wird unabhängig vom Elterngeld gewährt. Elterngeld muss separat beim „Zentrum Bayern Familie und Soziales“ beantragt werden. (<http://www.zbfs.bayern.de/familie/elterngeld/>)

Dort erhält man auch aktuelle Informationen zum Thema „Elterngeld plus“.

Während der Elternzeit besteht unter bestimmten Voraussetzungen ein eigenständiger Anspruch auf Krankenfürsorgeleistungen. Der Umfang der Leistungen richtet sich ebenfalls nach der Bayerischen Beihilfeverordnung. Den Anspruch sollte man sich schriftlich von der Beihilfestelle bescheinigen lassen.

Die Elternzeit ist eine Freistellung ohne Dienst- oder Anwärterbezüge beziehungsweise ohne Entgelt. Dadurch zählt sie nicht zur ruhegehaltfähigen Dienstzeit. Es wird stattdessen ein Kindererziehungszuschlag zur Versorgung gewährt.

Wichtig! Nur auf Antrag kann eine bestehende Elternzeit bei erneuter Schwangerschaft mit Beginn der neuen Mutterschutzfrist unterbrochen werden. In der Regel erhält man dann während der Mutterschutz-

frist die volle Besoldung! Der formlose Antrag ist vor Beginn des Mutterschutzes einzureichen.

Informationen für Arbeitnehmer und Beamte findet man unter: http://www.stmf.bayern.de/oeffentlicher_dienst/info_beschaeftigte/

Rudi Keil

AK Digitale Medien

Einsatz neuer digitaler Medien im Unterricht – Praxisseminar

Wie spare ich als Lehrkraft Zeit bei der Recherche und Unterrichtsvorbereitung? Auf welche Weise lassen sich digitale Medien didaktisch sinnvoll einsetzen? Wie motiviere ich meine Klasse durch den Einsatz von „Apps“? Und wie erleichtern mir die neuen Medien meinen Schulalltag?

Diesen Fragen stellten sich 16 interessierte Kolleginnen und Kollegen und erhielten beim aktiven Ausprobieren verschiedener Software und neuer Medien Antworten von Medienexperten. Im Teamteaching zeigten die beiden Referenten Alexander Schmieden und Markus Dormann im Praxis-Workshop „Digitale Medien“ nutzbringende Ansätze für Lehrkräfte, die neuen digitalen Medien effektiv in den eigenen Unterricht zu integrieren. Themen die dabei aufgegriffen wurden, waren beispielsweise interaktives simultanes Arbeiten, Individualfeedback sowie neue digitale Präsentationsmethoden. Gleichzeitig konnten während des 120-minütigen Workshops die Vorteile von Tablets in Klassen und sinnvolle Anwendungen für sämtliche Unterrichtsphasen unmittelbar erlebt werden. Wesentlich zeigte sich der Meta-Charakter des Workshops. Hierdurch fanden Lehrkräfte mit unterschiedlichstem Medienwissen und aus den verschiedensten Fachgebieten neue Ansätze.



Der Workshop war dabei ein „best of“ aus einer vierstündigen Fortbildungsveranstaltung von just ask!. Wie viel Spaß dabei das praktische Anwenden macht, sah man daran, dass zahlreiche Fragen noch weit nach Workshopende besprochen wurden.

Das Resümee: Unsere Kollegen verfolgten das aktuelle Thema mit großem Interesse, probierten gewinnbringende Ansätze selbst aus und fanden bei der kurzweiligen Veranstaltung Anwendungsmöglichkeiten, die sie bald in ihren Klassen nutzen können. Neue Medien im Unterricht sind motivierend und effizient: Hands on Tablets!

Markus Dormann

AK Ernährung und Versorgung

Quo vadis Berufsausbildung

Angekündigt war ein Erfahrungsaustausch zur Neuordnung der Berufsausbildung und ein Fachreferat durch Ministerialrätin Gisela Miethaner zu aktuellen Themen im Berufsfeld. Herausgekommen sind ein sehr gut besuchter Arbeitskreis, rege Gespräche und ausgesprochen interessante Vorträge über die Möglichkeiten durch die neu gestaltete Ausbildung.

Den Auftakt machte Bettina Merz. Sie unterrichtet am BSZ Neusäß das Wahlpflichtfach „Projektorientiertes Arbeiten“, in dessen Rahmen ein erfolgreiches Schülercafé betrieben wird. Die Schülerinnen planen die Menüs und führen das Projekt bis zur Kostenabrechnung durch.

Gundi Meier berichtete anschließend von ihren Erfahrungen mit dem Angebot von „Wahlpflichtfächern“ an der Berufsschule in Vilshofen. Da dieses Angebot für Berufsschülerinnen freiwillig ist, werden diese als Wahlfächer ausgeschrieben. Überrascht hat deshalb das rege Interesse der Auszubildenden an diesen zusätzlichen Qualifikationen.



Schüler- und Lehreraustausch im Rahmen verschiedener europäischer Förderprogramme sind inzwischen für viele Berufsschulen eine neue und wertvolle Erfahrung. Sabine Siedentop vom BSZ Regensburg-Land ist zusammen mit ihren Kolleginnen diesen Schritt mit Schülerinnen der Berufsfachschule für Ernährung und Versorgung sowie mit der Berufsfachschule für Kinderpflege gegangen. Sie fand Partner in Irland und Norwegen. Leidenschaftlich konnte sie die Anwesenden davon überzeugen, wie wertvoll dieses Angebot für die Entwicklung der Schülerinnen ist.

Berufsbildung Hauswirtschaft

Zum Thema „Berufsbildung Hauswirtschaft“ referierte Ministerialrätin Gisela Miethaner vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Sie spannte einen weiten Bogen von den Problemen, die der demographische Wandel mit sich bringt über die Situation in der Hauswirtschaft und die Berufsausbildung in Bayern.

Nach wie vor werden Fachkräfte händierend gesucht und die Situation wird sich in den nächsten Jahren sogar verschärfen. Gastronomie, Heime und Privathaushalte haben die hohe Qualität der Ausbildung erkannt. Als problematisch erweisen sich jedoch die Tatsachen, dass in diesem Bereich die „Schwarzarbeit“ blüht und die Leistungen nicht angemessen bezahlt werden können. Zudem wird die Selbststän-

digkeit durch die fehlende Anerkennung durch die Deutsche Rentenversicherung erschwert. Inzwischen werden Fachhauswirtschafterinnen dringend gesucht. Ihre Arbeit ist ein wichtiger Faktor für die Sicherung von Lebensqualität in den Altenheimen.

Festzustellen ist, dass die Schülerzahlen an den Berufsfachschulen stark zurückgegangen sind, während die duale Ausbildung das Niveau der abgeschlossenen Lehrverträge halten konnte.

Es kann gesagt werden, dass die neue Berufsbezeichnung „Assistentin für Ernährung und Versorgung“ ein wichtiger Schritt war, den Beruf attraktiver in der Öffentlichkeit wahrnehmbar zu machen. Dennoch, und vielleicht auch deshalb, wird auf Bundesebene nach einer vergleichbaren Lösung gesucht.

Am Ende ihrer Ausführungen betonte MRin Miethaner, dass bei den Anforderungen in der Berufsabschlussprüfung kein Absenken des Niveaus in Betracht komme. Dies wäre eindeutig der falsche Weg.

Gisela Miethaner gab ebenfalls bekannt, dass die Verordnung über die Berufsausbildung zum Dienstleistungshelfer Hauswirtschaft geändert wird. In diesem Rahmen wird auch die neue Berufsbezeichnung „Fachpraktikerin Hauswirtschaft“ eingeführt werden. *Christa Piendl*

AK Fachlehrer

Qualifizierungsmaßnahmen und Unterrichtseinsatz

Mit nahezu 30 Personen war der Arbeitskreis Fachlehrer an der Berufsschule in Erlangen sehr gut besucht. Die Tagesordnungspunkte orientierten sich naturgemäß an den bisherigen Arbeitsthemen und aktuellen Entwicklungen, wie sie sich auch in der Vollversammlung darstellten.

Qualifizierungsmaßnahmen

Nicht nachzuvollziehen für die betroffenen Kollegen/innen ist die Tatsache, dass gerade die Fachlehrer/innen der Wirtschaftsschule von der Möglichkeit der Weiterqualifizierung im Fach Ethik ausgenommen sind. Es handelt sich um eine Fortbildung, die nicht mit der Durchstiegsqualifizierung verwechselt werden darf.

Ziel ist es, Fachlehrern innerhalb ihrer bisherigen Qualifikationsebene (QE 3 vormals gehobener Dienst) ein weiteres Standbein an ihrer Stammschule zu ermöglichen. Ein Grund hierfür ist natürlich auch die unterschiedliche Entwicklung bei den Schülerzahlen in den einzelnen Berufsfeldern. Deshalb sind derzeit auch die Fachlehrer/innen aus den Fachbereichen Metall- und Elektrotechnik von dieser Weiterqualifizierung ausgenommen.

Der Hinweis von MR Pangerl, dass es keine Denkverbote in Richtung Ausweitung auf die Wirtschaftsschule bei Weiterqualifizierungen gibt, konnte die Betroffenen nicht wirklich zufrieden stellen. Gerade an den privaten Wirtschaftsschulen geht die Angst um, dass Qualifizierungsmaßnahmen schlichtweg zu spät für einzelne Kolleginnen und Kollegen auf den Weg gebracht werden und dadurch die Weiterbeschäftigung auf dem Spiel steht.

Unterrichtseinsatz

Ein ebenso heißes Eisen ist die Diskussion um wissenschaftlichen bzw. nicht-wissenschaftlichen Unterricht im Zusammenhang mit der Reduzierung der Unterrichtspflichtzeit (UPZ) für Fachlehrer/innen. Maximilian Pangerl erläuterte hierzu, dass die Formulierung „bei Einsatz zur Vermittlung fachtheoretischer Lerninhalte“ sich nicht auf die Defini-



tion von wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Unterricht bezieht. Diese Begrifflichkeit regelt grundsätzlich das Stundenmaß für den höheren Dienst (QE4). Die Fächer Musik, Kunst und Sport sind als nicht wissenschaftlicher Unterricht definiert und führen daher zu einer Erhöhung der UPZ in der vierten Qualifikationsebene.

Im Bereich der Fachlehrer/innen ist dies nicht Ziel führend, weshalb hier der Sprachgebrauch von fachtheoretischen und fachpraktischen Lerninhalten durchaus weiterhin seine Berechtigung findet. Diese Unterscheidung ist besser geeignet, um den reellen Einsatz von Fachlehrern/innen in ihrem Lernfeld zu beurteilen und entsprechend die Reduzierung von UPZ zu gewähren. Hilfreich ist, dass in vielen Lernfeldern die Anzahl der Stunden für fachpraktische Lerninhalte (fpL) explizit ausgewiesen ist.

Durchstiegsqualifizierung

Die derzeit laufende Durchstiegsqualifizierung wurde, nach den Vorgaben des Landespersonalausschusses, in Form einer zusätzlichen Lehrprobe für theoretischen Unterricht im angestammten Fachbereich nachjustiert. Um klar zu machen, dass es sich um eine dauerhafte Personalentwicklungsmaßnahme im Bereich der beruflichen Schulen handelt, ist es an der Zeit, die nächste Ausbildungsgruppe auf den Weg zu bringen. MR Pangerl sah hierbei das Schuljahr 2015/16 als durchaus realistisch an.

Die Durchstiegsqualifizierung stellt jedoch nur einen Aspekt in der Personalentwicklung für Fachlehrer/innen dar. Vor einem Jahr sind die überarbeiteten Richtlinien für Funktionen von Lehrkräften an staatlichen beruflichen Schulen (FubSCH) in Kraft getreten. Hier sind Schulleitung und Personalrat gleichermaßen gefordert diese Neuerungen, entsprechend der Lehrerstruktur und den Gegebenheiten an der jeweiligen Schule, in Form bedarfsgerechter Funktionsstellen umzusetzen.

Robert Kölbl

AK Finanzberufe

Unterrichten in Bankfachklassen

Prüfungsfächer

Im Arbeitskreis standen – schon beinahe als Dauerthema bei den Banklehrkräften – die Prüfungsfächer auf der Tagesordnung in Erlangen. Im Zentrum der Betrachtungen der Fachsitzung war die WiSo-Prüfung der letzten Termine. Hierzu wurde kritisch und konstruktiv festgestellt, dass

es für die Zukunft wünschenswert wäre, dass Themen wie Kaufvertragsstörungen durch Themen die eher dem Berufsbild des Bankkaufmanns entsprechen ersetzt werden sollten. Zumal die bundeseinheitliche Prüfung seit Winter 2013/14 (Zuständigkeit liegt bei der AkA Nürnberg) ein Fenster (ca. 1/3 der Aufgaben) für bankspezifische Fragen vorsieht. Die Mitglieder machten dazu Vorschläge aus dem Bereich der EZB, sowie Themen aus der Volkswirtschaftslehre. Der Arbeitskreis wird in der Zukunft speziell bei diesem Thema, nochmals das Gespräch mit den beteiligten Stellen suchen.

In der Nachbetrachtung des Prüfungsfaches Rechnungswesen wurde von den Mitgliedern festgehalten, dass die Bearbeitungszeit und die Aufgabenstruktur in diesem Fach immer noch eine wichtige Rolle spielt, was wiederum für schwache Schüler in der Vergangenheit von Bedeutung war. Bei den anderen Prüfungsfächern wurde die zeitliche Überalterung mancher Themen besprochen, zumal der letzte Prüfungskatalog (gültig ab So 2010) angepasst werden sollte.

Fortbildungen

Bezüglich der Fortbildungen an der ALP in Dillingen teilte der Arbeitskreisvorsitzende den Banklehrkräften mit, dass dort Dr. Oliver Laqua für Dezember 2015 (07.12. – 09.12.2015) wieder eine 3tägige Veranstaltung für die Lehrkräfte plant. Der Programmablauf sieht in groben Zügen wie folgt aus: Am ersten Tag wird ein Erfahrungsaustausch sowie die Vorstellung und Besprechung von durchgeführten Unterrichtsprojekten vorgenommen. Der zweite Tag widmet sich dem EU-Zahlungsverkehr und den Erfahrungen mit dem Umgang von SEPA durch den Referenten Michael Buschkühl. Der letzte Fortbildungstag sollte den aktuellen Bankthemen gewidmet werden. Ferner wird der Fortbildungsrhythmus in Dillingen weiterhin zweijährig sein. Außerdem wiesen verschiedene Lehrkräfte darauf hin, dass die Deutsche Bundesbank am 21.01.2015 und am 08.10.2015 am PI in München Fortbildungen zum Thema „Stand der Schuldenkrise, Geldpolitische Maßnahmen etc.“ anbietet.

Resümee

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Arbeit des Arbeitskreises Finanzen in Erlangen ein interessanter Erfahrungsaustausch an Informationen und Erkenntnissen war. Interessant bleibt es auch, wie es in der Zukunft mit dem Ausbildungsberuf Bankkaufmann/-frau und speziell mit dem Prüfungswesen sowie mit dem Lehrplan in diesem Beruf weitergehen wird. Die zukünftigen Treffen der Mitglieder des Arbeitskreises Finanzberufe werden dies zeigen.

Werner Winter

AK FOS/BOS

Erfolgsmodell Seminarfach

Seit sechs Jahren nimmt die Fachoberschule und Berufsoberschule Freising am Schulversuch „Seminarfach an der Beruflichen Oberschule“ teil. Beim 12. VLB-Bildungskongress in Erlangen stellten Jörg Matthes und Harald Werchan das Freisinger Konzept vor.

Die Vorarbeit beginnt im Januar des vorhergehenden Schuljahres, um neue Lehrkräfte und Themen für die Seminare zu finden. Die angebotenen Rahmenthemen sollen dabei fachübergreifend und mit lokalem Bezug gestaltet sein. Welche Fachbereiche angeboten werden, wird auf Basis einer vorab in den 12. Klassen durchgeführten Umfrage entschieden, um sicherzustellen, dass die Angebote den Schülerinteressen entsprechen. Die Themen werden dann Anfang Mai den Schülern vorgestellt, wobei die Möglichkeit zu Fragen an die Seminarlehrkräfte besteht. Die Einteilung der Schüler erfolgt über ein Bewerbungsschreiben, in dem die Schüler ihre Wahl begründen und ihre Erwartungen an das Thema erläutern. Zudem ist ein Ersatzwunsch anzugeben. Im vergangenen Schuljahr musste kein Schüler ein Seminar belegen, das seinen Wünschen nicht entsprach.



Das Seminarfach beginnt in Freising am Ende der 12. Klasse, gleich nach den Fachabiturprüfungen, mit der 1. Phase, in der die Schüler sich in das Rahmenthema einarbeiten. Die Arbeit ist projektorientiert, die Lehrer fungieren als Betreuer. Das individuelle Thema der Seminararbeit soll in dieser Zeit festgelegt werden, damit die Schüler in den Sommerferien einen Großteil der Recherche-Arbeit erledigen können. Neben der Erarbeitung des Themas finden Schulungen in Word, Power Point und zu den wissenschaftlichen Arbeitstechniken statt.

In der 2. Phase, die im September beginnt und bis Januar dauert, erstellen die Schüler ihre Seminararbeit und treffen sich regelmäßig zu Besprechungen mit dem Lehrer und der Seminargruppe. Die letzte Phase des Seminarfachs findet dann nach der Abgabe im Februar bzw. März statt, nach einer umfangreichen Präsentationsschulung stellen die Schüler gegenseitig die Ergebnisse ihrer Arbeit vor.

Anfangs gab es im Freisinger Kollegium auch Skepsis gegen das neue Seminarfach, doch die von der Schulleitung vorgegebene Voraussetzung für die Teilnahme am Schulversuch, genügend freiwillige Lehrkräfte dafür zu finden, konnte erfüllt werden. Mittlerweile möchten mehr Lehrkräfte ein Seminarfach anbieten, als Bedarf besteht, da die Vorteile erkannt wurden. In der Gruppe von 10 Seminarlehrern können einheit-

liche Bewertungsmaßstäbe eher gewährleistet werden, als wenn, wie in der früheren Seminarphase, jeder Lehrer des Kollegiums mit ein bis zwei zu betreuenden Seminaristen beteiligt wäre. Das Seminarfach wird zudem mit zwei Wochenstunden auf das Unterrichtsdeputat angerechnet. Auch die Schüler profitieren, da sie sich über inhaltliche und arbeitstechnische Schwierigkeiten austauschen können. Sie erlernen durch die gemeinsame Arbeit an einem Rahmenthema eine wichtige Schlüsselkompetenz für das spätere Studium, die Teamfähigkeit. Einige Rahmenthemen und Themen von Seminararbeiten bieten die Möglichkeit zur Kooperation mit externen Partnern, wie z. B. mit dem Flughafen München oder der Hochschule für angewandte Wissenschaften. Das Seminarfach soll daher in Freising weiter geführt werden und wird seinen Platz in der neuen Stundentafel im Rahmen des Wahlpflichtbereichs der 13. Klassen finden.

Martin Langenberg

AK Gesundheitsberufe

Masterstudiengang Gesundheits- und Pflegewissenschaft / Aktuelles aus den Schulen des Gesundheitswesens

Die Fachgruppe Gesundheitsberufe befasst sich schon seit Jahren mit der Lehrerbildung für die Pädagogen im Gesundheitswesen. Seit dem Schuljahr 2014/15 sind die Gesundheits- und Pflegeberufe auch im Fachlehrerinstitut in Ansbach zugelassen. Damit ist die erforderliche Palette der Lehrerbildung auch für den Gesundheitsbereich komplettiert worden.

Neben dieser Fachlehrerausbildung besteht bereits seit dem WS 1999/2000 an der TU München der Studiengang für das Lehramt Gesundheits- und Pflegewissenschaft. Nun wird seit geraumer Zeit auch ein Masterstudiengang angeboten. Das war Grund für die Fachgruppe, die lange Zeit mit dieser Aufgabe betraute, bisherige Leiterin der Fachdidaktik in diesem Studiengang, Dipl.-Pflegepädagogin Bettina Glunde, einzuladen, die diesen vorstellte. In sehr ausführlicher Weise präsentierte sie Ziele, Inhalte und Perspektiven des Masterstudiengangs. Breiten Raum nahm dabei auch ein Blick in die Portfolioarbeit ein. Die Präsentation animierte die 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Erlangen zu einer regen Diskussion mit der Referentin.

Traditionsgemäß war MR'in Christine Hefer vom Kultusministerium Gast in der Fachgruppe, um aktuelle Informationen mit den Teilnehmer/innen zu diskutieren. Christine Hefer, die direkt aus Berlin nach Erlangen kam, wo sie mit anderen Ländervertretern an der Ausarbeitung des Referentenentwurfs für das neue Pflegeberufegesetz mitarbeitet. Der Entwurf des Gesundheitsministeriums soll 2015 in das Gesetzgebungsverfahren einfließen. Ziel des Gesetzes ist es, die bisherigen drei Berufe in der Pflege zu einem zusammen zu fassen, also eine so genannte generalistische Ausbildung zu ermöglichen. Nach den derzeitigen Plänen soll das Gesetz 2016 in Kraft treten. Die neue Rechtsvorschrift stellt Alten- und Krankenpflegeschulen vor nicht unwesentliche Herausforderungen. Nicht nur der demografische Wandel (abnehmende Bewerberzahlen, hoher Bedarf an Pflegebedürftigen), sondern auch der Paradigmenwechsel in der Pflegeausbildung müssen bewältigt werden. Besondere Schwierigkeiten auf dem Weg zur Generalistik stellen auch die unterschiedlichen Finanzierungssysteme der bisherigen Alten- und Krankenpflegeschulen dar. Dies wird für die politisch Verantwortlichen noch hohe Anstrengungen erfordern.

Immer wieder steht auch die Frage im Raum, ob und in welcher Form die Pflege- und Gesundheitsberufe akademisch ausgebildet wer-



den. Eine erste Grundsatzentscheidung ist eine EU-Richtlinie, die für den Zugang zur Hebammenausbildung ab 2019 eine 12jährige Allgemeinbildung fordert. Dies wird sicher, mit Übergangsfristen, dazu führen, an oder in Kooperation mit Hochschulen auszubilden. Da die meisten Hebammenschülerinnen heute schon Fach- oder allgemeines Abitur besitzen, wird dies die Bildungswelt im Gesundheitswesen nicht wesentlich verändern. Die anderen Berufe, vor allem die Pflegeberufe, werden, auch bei teilweiser Akademisierung, auf die Interessenten mit mittleren Schulabschlüssen nicht verzichten können. Angesichts des zunehmenden Mangels an Pflegepersonen kann sich die Gesellschaft diese Einschränkungen nicht leisten. MR'in Hefer betonte ausdrücklich, dass, egal in welcher Form, die praktische Ausbildung auch weiterhin einen sehr hohen Stellenwert besitzen wird. Ein Erfolgsfaktor der beruflichen Bildung.

Wolfgang Lamprecht

AK Handel

Formulierung von sprachsensiblen Aufgaben in der Berufsbildung

Der Arbeitskreis Handel beschäftigte sich in Erlangen mit der „Formulierung von sprachsensiblen Aufgaben in der Berufsbildung“. Andrea Radspieler, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg, beleuchtete in Ihrem Vortrag unter anderem mögliche Schwierigkeiten bei Aufgabenstellungen und wie Lehr-



kräfte diese Schwierigkeiten überwinden können. Die Präsentation, anhand derer die Referentin eine sehr lebhaft Diskussion über die Notwendigkeit des Einsatzes von sprachsensiblen Aufgaben anstieß, können Sie per E-Mail von chris.traub@posteo.de anfordern.

Das nächste Treffen des Arbeitskreises Handel findet am 15. Mai 2015 um 14.00 Uhr an der Berufsschule 4 in Nürnberg statt. Auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit und mit kollegialen Grüßen

Christian Traub

AK Informationsverarbeitung

Soziale Netzwerke verantwortungsbewusst nutzen

Ab diesem Schuljahr gilt der neue Lehrplanplus für die 7. Jahrgangsstufe an der Wirtschaftsschule. Unter anderem ist ein neuer Lernbereich für unsere Schüler das Thema „Soziale Netzwerke verantwortungsbewusst nutzen“.

Tobias Markl, Polizeioberrmeister und Jugendpräventionsbeamter zeigte zahlreiche Gefahren auf, die sich in der Nutzung sozialer Netzwerke ergeben können. Auch sprach er das Chatten, die verschiedenen Virenschutzprogramme und das Cybermobbing mit Wort und Bild an. Am Ende seiner Ausführungen berichtete er aus seinem reichen und aktuellen Erfahrungsschatz.



Der Arbeitskreis für Informationsverarbeitung traf sich zum Erfahrungsaustausch über den neuen Lehrplanplus für die Wirtschaftsschule. Unter anderem stand die Neuwahl der Vorstandschaft an.

Neuer Vorsitzender ist jetzt Alexander Schmidt aus Augsburg von der Privaten Wirtschaftsschule Frenzel. Seine beiden Stellvertreterinnen sind wie bisher Jutta Heindl, Private Wirtschaftsschule Immenstadt und Christine Bengel, Wirtschaftsschule Ansbach. Wir wünschen dem neuen Team viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Karin Müller

AK Lehrerbildung

Neue Entwicklungen in der Lehrerbildung

Erfreulicherweise haben sich ca. 30 Interessierte zu diesem Arbeitskreis eingefunden. Die Teilnehmer kamen aus den verschiedenen Bereichen des Beruflichen Schulwesens. So waren Studenten, Studienreferendare, Seminarlehrer, Seminarvorstand, Schulleiter und interessierte Kolle-



ginnen und Kollegen anwesend. Dankenswerterweise hatte sich Ministerialrat Claus Pommer aus der Abteilung VI des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst als Referent zur Verfügung gestellt. Er ist für die Lehrerbildung und das Personal an beruflichen Schulen zuständig und konnte somit über die neuen Entwicklungen aktuell berichten und die vielen Fragen der Teilnehmer kompetent und ausgiebig beantworten.

MR Pommer thematisierte zunächst die bereits durchgeführten Maßnahmen bei der Strukturreform der Lehrerbildung. Die vielen Nachfragen der Teilnehmer zeigten das besondere Interesse an dieser Thematik. Unter anderem ging er auf die Bestellung neuer Seminarlehrer ein.

So werden die Seminarlehrerstellen auch künftig wie andere Funktionsstellen ausgeschrieben. Die Bestimmungen für die Ausschreibung und Bestellung orientieren sich an den Regularien, die bei den anderen Funktionsstellen Anwendung finden. Abweichend davon werden (gemäß FubSch) Seminarlehrkräfte aber grundsätzlich befristet für fünf Jahre bestellt; eine wiederholte Übertragung der Funktion ist nach Genehmigung durch das Staatsministerium möglich.

Sollte aus formalen Gründen (z. B. bei StR/in) eine Bestellung noch nicht möglich sein, ist eine Beauftragung mit der Tätigkeit vorgesehen, die dann später – beim Vorliegen der formalen Voraussetzungen – in eine Bestellung mündet. Daneben gibt es in Ausnahmefällen noch die Möglichkeit einer befristeten Betrauung i. d. R. für die Zeitdauer eines Jahres. Diese Regelung ermögliche ein flexibles Reagieren auf unterschiedliche Bedarfe, die von den jeweiligen Anmeldezahlen abhängen. Bei Fragen der Seminarlehrerbestellung oder einer möglichen Verlängerung werden auch künftig die Seminarvorstände stark miteingebunden sein – sie sollen diesbezüglich vermehrt auch Personalentwicklungsaufgaben übernehmen.

Im Studienseminar sollen die Prozessabläufe, wie z. B. eine möglichst frühe Notenbekanntgabe, weiter optimiert werden. Ausgehend von der Frage aus den Reihen der Studienreferendare nach der Transparenz der Referendars-Beurteilung erläuterte MR Pommer das neu eingeführte Qualitätsmanagement bei der Lehrerbildung (QmL). Hier sollen u. a. über das Schuljahr verteilte strukturierte Feed-Back-Gespräche dem Studienreferendar aber auch dem Seminarlehrer qualitativ hochwertige Rückmeldungen geben und so die Ausbildung der Studienreferendare verbessern und transparenter machen. Eine Bekanntgabe des Beurteilungsvorschlags der Seminarlehrer am Ende des ersten Ausbildungsjahres ist aus rechtlichen Gründen auch weiterhin nicht möglich.

Im Anschluss daran ging MR Pommer auf das Universitätsschulkonzept ein, das eine enge Verzahnung zwischen Universität, Schule und Studienseminar gewährleistet. Ziel dieses Konzeptes ist es einerseits, mehr Praxisbezug in der ersten Phase der Lehrerbildung (Studium an der Universität) sicherzustellen und andererseits aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse der Universitäten zeitnah und praxisnah in die Arbeit mit den Schulen einfließen zu lassen. Zu dem Thema Universitätsschule fand am 06./07. November 2014 ein Kongress in Wildbad Kreuth statt, bei dem insgesamt ein positives Fazit gezogen wurde. Weiterhin beschloss man das Universitätsschulkonzept auch für die kommenden Jahre weiterzuführen, zu entwickeln und auszubauen.

Anschließend stellte MR Pommer kurz die derzeit in der Erprobung befindliche Möglichkeit des Qualifizierungsaufstiegs für Fachlehrer dar, die nach einer Erweiterungsprüfung gemäß LPO I (z. B. für das Zweitfach Sozialkunde) und einer Qualifizierungsphase an den Schulen von der dritten Qualifikationsebene in die vierte Qualifikationsebene aufsteigen können.

Anknüpfend an eine Frage aus dem Teilnehmerkreis nach der Einstellungssituation zum Februartermin erläuterte der Ministerialrat, dass seit 2014 das Direktbewerbungsverfahren auch zum Schulhalbjahr eingeführt worden sei und ging in diesem Zusammenhang auf das 3-stufige Versetzungsverfahren ein.

Er betonte die weiterhin bestehende Mangelsituation an Lehrkräften für Metall- und Elektrotechnik. Für diese Fachrichtungen denke man darüber nach, Studenten der Ingenieurwissenschaft bereits an der Schnittstelle vom Bachelor zum Master für das Lehramt für berufliche Schulen zu gewinnen.

Die in den letzten Jahren durchgeführten Sondermaßnahmen zur Gewinnung von Ingenieuren (Master) für das Lehramt an beruflichen Schulen werden weiter geführt, eine Weiterführung der Sondermaßnahmen für bereits fertig ausgebildete Gymnasiallehrkräfte und Realschullehrkräfte wird im Ministerium derzeit diskutiert. In diesem Zusammenhang wurde ausdrücklich betont, dass den grundständig Studierenden durch die Sondermaßnahmen keine Nachteile entstehen sollen.

Gegen Ende der Veranstaltung wurde aus dem Teilnehmerkreis nachgefragt, ob die zeitliche Beschränkung der Seminarlehrerkräfte auch für ältere Seminarlehrer gelte, die das Amt schon viele Jahre ausüben. MR Pommer bestätigte, dass die zeitliche Beschränkung auch für diesen Kreis der Seminarlehrer gelte und erläuterte die Absicht des Kultusministeriums, Seminarlehrer zunehmend für eine Tätigkeit in der Schulleitung zu gewinnen. Absicht sei, das Know-how der Seminarlehrer in Sachen Unterrichtsqualität und Personalführung verstärkt auch in der Schulleitung nutzbar zu machen. Bei der sich hierüber anschließenden offenen und sachlichen Diskussion wurden einzelne Aspekte vertieft. Aus den Ausführungen von Claus Pommer war herauszuhören, dass bei der zeitlichen Befristung der Seminarlehrer individuell und auf den Einzelfall bezogen vorgegangen werden soll.

Insgesamt gesehen war es eine intensive und kurzweilige Veranstaltung. Die vielen Fragen aus dem Teilnehmerkreis wurden alle ausführlich beantwortet. Das offene Gesprächsklima führte zu einem regen Gedankenaustausch, der für alle Seiten gewinnbringend war.

Max-Peter Neumann

AK Personalvertretung und Schulleitung/Direktoren

„Alle Menschen in einer Schule sind gleich wertvoll!“

Mit der provokanten These „Jeder Chef verdient die Mitarbeiter, die er hat!“ lud die Fachgruppe Personalvertretung zusammen mit der Fachgruppe der Schulleitungen/Direktoren zu ihrem Arbeitskreis ein. Zu dem diskussionswürdigen Thema hielt Abteilungsleiter Gustav Eirich, der Bereichsleiter der Abteilung Schulen von der Regierung von Unterfranken sein Impulsreferat.

In einer Rollenspiel ähnlichen Anmoderation schilderte Wolfgang Lambl seine Erfahrungen als HPR-Vorsitzender, indem er Auszüge aus Briefen von Lehrkräften zitierte, die ihm ihre negativen Erfahrungen mit unfreundlichen, verständnislosen und z. T. brüllenden Vorgesetzten und ihre damit einhergehenden Ängste und Frustrationen offenbarten. Bettina Scheckel, die Sprecherin der FG Schulleiter entgegnete mit „personellen Altlasten“, die man übernommen habe und mit Lehrkräften, die ihre privaten Veranstaltungen dem gemeinsamen Schulleben – wie etwa der von Kollegen organisierten Weihnachtsfeier – stets vorziehen würden und die immer wieder an die Einhaltung der LDO erinnert werden müssten. Damit waren die gut 50 Teilnehmer/innen des Arbeitskreises emotional eingestimmt, um den Ausführungen von Abteilungsleiter Gustav Eirich um die Frage „Warum brauchen wir eine menschen- und werteorientierte Führung in der Schule?“ aufmerksam zu folgen.

Der Referent, der selbst auf eine Jahrzehnte lange Vorgesetztenfunktion zurückblicken kann, zeigte immer wieder an anschaulichen Beispielen aus dem Schul-, aber auch dem privaten Leben auf, wie sehr Menschlichkeit den Führungsstil fördert. Wichtig sei es, den Mitarbeitern und Mitmenschen zu helfen, erfolgreich zu sein. Eirich stütze sich dabei nicht nur auf eigene Erlebnisse, sondern bediente sich in seinen Darstellungen verschiedener Studien, z. B. von Wolf/Rosanna, Mickler/Staudinger und Prof. Dr. Dieter Frey. Es wurde dabei deutlich, dass Erfahrung allein nicht klüger macht, es viel mehr der Reflexion und des Feedbacks bedarf, zumal sich jeder selbst der Unbekannteste ist. Nachdem man sich fragt, ob man die richtigen Dinge macht, sei es auch wichtig, sich zu überlegen, ob man die Dinge richtig mache. Aufrichtigkeit, Durchhaltevermögen und Gelassenheit seien neben dem Sich-Zeit-nehmen für die Mitarbeiter die entscheidenden Aspekte einer Führungskraft, betonte Eirich. Man müsse beobachten, ob die Lehrkräfte sich aktiv einbringen, ob sie Vorschläge machen oder sogar den Schulleiter korrigieren und ihn bei Problemen unterstützen. Oft sei es ratsam, einfach einmal den gesunden Menschenverstand walten zu lassen. Klare Ziele, Standards und Erwartungen vereint mit einem fairen Miteinander im täglichen Umgang bildeten die idealen Rahmenbedingungen in unserer Schul- und Führungskultur. Mitarbeiter – aber auch Schulleiter/innen –, die selbstständig agieren dürften und sich somit verantwortlich fühlten, würden ihre intrinsische Motivation erhöhen und dadurch Flow-Erlebnisse erzeugen. Ganz entscheidend sei allerdings dabei, dass das Gefühl für die Sinnhaftigkeit, für das, was man mache, gegeben sein müsse.

Resümee

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Je erfolgreicher seine Lehrkräfte unterrichten und die Schule mitgestalten, desto höher ist die Leistung des „Chefs“ einzuschätzen! Die absolute Priorität des Schulleiters muss deshalb seinem Personal gelten. Ob Mitarbeitergespräch, Personal-



gespräch oder zufällig entstehende Einzelgespräche im Tagesablauf, diese Aktivitäten dürfen keinem Schulleiter zu viel werden. Vielmehr muss er sich diese Zeit für seine Mitarbeiter nehmen!

Mit applaudierender Zustimmung wurde dem Referenten für den aufmunternden und durchaus Augen öffnenden und sensibilisierenden Vortrag gedankt.

Bettina Scheckel/Wolfgang Lambl

Stichpunkte/Kernaussagen von AD Gustav Eirich:

- > Die Erwartungshaltung und das Menschenbild des Schulleiters entscheiden darüber, inwieweit er eine menschenorientierte Führung umsetzen kann.
- > Ziele und Erwartungen des Schulleiters müssen allen Beteiligten bekannt sein!
- > Schulleiter müssen berechenbar und verlässlich sein!
- > Ein Schulleiter sollte konsequent in der Sache und verbindlich im Umgang sein!
- > Der Mensch steht immer über der Sache. Menschen kann man nicht managen wie Sachen!
- > Leistung und Persönlichkeit zählen, nicht die Hierarchiestufe!
- > Die Kommunikation zwischen Schulleiter und Kollegium muss hierarchiefrei erfolgen!
- > Alle Menschen in einer Schule sind gleich wertvoll!
- > Menschen wollen wertgeschätzt werden!
- > Fehler werden von Schulleiter und Lehrer gemeinsam getragen. Der Vorgesetzte übernimmt die Verantwortung! (Problemlösungs- statt Fehlerkultur)
- > Reflexion und Feedback sind für den Erfolg eines Schulleiters unverzichtbar!

Intensiv haben sich die nachfolgend aufgeführten Autoren mit der Thematik „Menschen- und werteorientierte Führung in der Schule“ auseinandergesetzt:

Prof. Dieter Frey, LMU München
 Prof. Oswald Neuberger, Universität Augsburg (emeritiert)
 Prof. Claudia Peus, TU München
 Enrica Rosanna, Schwester im Vatikan
 Prof. Michael Schramm, Universität Hohenheim
 Prof. Ursula Staudinger, Columbia Universität
 Prof. Rudolf Steiger, Schweizer Militärakademie
 Prof. Markus Vogt, LMU München
 Prof. Dietrich von der Oelsnitz, TU Braunschweig
 Prof. Jürgen Weibler, Hochschule der Polizei
 Notker Wolf, Altprimas der Benediktiner

AK Religion

Thema Multikulti im Klassenzimmer – Vielfalt als Chance?

Unter dem Schlagwort der multikulturellen Gesellschaft werden in Deutschland heftige politische Debatten geführt. Während die einen Multikulti für „grandios gescheitert“ erklären, halten sie die anderen für einen Tatbestand. Unabhängig davon, ob mit dem Begriff die Vision einer bestimmten Gesellschaft verbindet, leben in unserem Land Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, Sprachen, Religionen und Kulturen.

Herwig Emmert vom Institut für Pädagogik und Schulpsychologie in Nürnberg versuchte diese Debatte zu versachlichen, indem er mithilfe der Daten des Mikrozensus die Vielfalt in nüchternen Zahlen beschrieb: In Deutschland leben

- > 6,2 Mio. Ausländer/innen
- > 11 Mio. Migranten/Migrantinnen
- > 16 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund
- > Von den 16 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund sind 9 Mio. Deutsche
- > 96 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund leben in den alten Bundesländern

Diese Vielfalt spiegelt sich auch in unseren Schulen. Immer häufiger sitzen dort Schüler verschiedener Kulturen in einem Klassenzimmer. Mit der Vielfalt verändert sich der Blick auf die Klassenzimmer – weg vom Problem hin zur Chance. Dabei bezieht sich Vielfalt aber nicht nur auf die kulturellen Hintergründe der Kinder, sondern auch auf ihre Religion, ihre soziale Herkunft oder ihre geistigen Fähigkeiten

An den Schulen gewinnt deshalb das Thema interkulturelle Bildung an Bedeutung. Allerdings fühlen sich viele Lehrer auf diese Vielfalt nur unzureichend vorbereitet. Lehrer unterrichten in diesen Klassen dann erfolgreich, wenn sie auf die unterschiedlichsten kulturellen oder sozialen Hintergründe der Schüler eingehen.

Hauptanliegen des Referenten war es deshalb, Impulse für ein von mehr Verständigung geprägtes Miteinander zu vermitteln. Seiner Meinung nach eröffnet die Vielfalt der Lebenswelten die Chance, zu einem konstruktiven Umgang mit gesellschaftlichen Unterschieden anzuregen.

Für diesen konstruktiven Umgang hält Emmert das Konzept der Transkulturalität für besonders geeignet. Es differenziert Migranten-Milieus weniger nach ethnischer Herkunft und sozialer Lage als nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben. Kulturen sind nicht homogene, klar voneinander abgrenzbare Einheiten, son-



dern vielfältig vernetzt und vermischt. Transkulturalität steht für diesen Aspekt der Entwicklung von klar abgrenzbaren Einzelkulturen zu einer bunt-pluralen Globalkultur.

Daraus ergeben sich für den Bildungsbereich neue Herausforderungen. Die Differenzierungserfordernisse werden komplexer, weil der integrative Charakter des Konzeptes von Transkulturalität auf die gleichzeitige Anerkennung verschiedener Formen von Identität zielt. Dabei entsteht eine neue Pluralität, bei der die Unterschiede nicht mehr durch das Nebeneinander klar abgegrenzter Kulturen zu Stande kommen, sondern durch die Durchdringung und Interaktion unterschiedlicher Lebensstile, Lebensformen und Herkünfte.

Ausgiebig haben die Workshop-Teilnehmer die Möglichkeit genutzt, die alltäglichen Fragen und Konflikte, die sich in einer pluralistischen Gesellschaft zwangsläufig ergeben, gemeinsam mit dem Referenten zu diskutieren. Allerdings bemängelten sie auch das Fehlen von Rahmenbedingungen, unter denen Interkulturalität gelebt werden kann.

Hans Preißl

AK Senioren

Aktuelles nicht nur für Senioren

Unser Landesseniorenvertreter Berthold Schulter lädt gerne fachkundige Gäste ein. Das Interesse für den neuen Gast und die Themen waren so groß, dass in dem überfühlten Raum zusätzliche Stühle erforderlich waren. Diesmal war Wilhelm Renner, Vorsitzender der Seniorenkommission des Bayerischen Beamtenbundes und Stellvertretender Vorsitzender des BBB unser Gast.

Er ging auf die Gründung einer eigenen Seniorenvertretung im Beamtenbund ein. Eine Ursache sei der Anstieg der Pensionisten. Die Seniorenvertretungen sind also zukünftig in den Satzungen zu verankern.

Folgende Probleme, die dies auch rechtfertigen, sind die differenzierten Altersversorgungssysteme in den verschiedenen Bundesländern. Ausführlich wurde die Mütterrente und die notwendige Beantragung besprochen, ebenso die Beihilfe und Pflege für Versorgungsempfänger u. a. m. In der Öffentlichkeit wird oft abwertend von einer Rentnerrepublik gesprochen, doch es sei nicht zu leugnen, dass die aktivsten Wähler im Alter über 60 plus sind.

Bei der Frage, ob unsere Altersversorgung gesichert ist, wurde auf das Grundgesetz verwiesen, da dort in Art.33, Abs.5 das Berufsbeamten-



tum verankert ist. Bei Besoldungserhöhungen ist für die Versorgungsempfänger eine angemessene Teilnahme am Wirtschaftswachstum sicher gestellt. Trotzdem kann der Gesetzgeber in den Ländern die Versorgung variabel gestalten. Sonderzahlungen sind freiwillig. Z. B. wird beim sogenannten Weihnachtsgeld die Höhe in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt. Anders als bei den Beamten bekommen Rentner kein Weihnachtsgeld, aber dies wurde nach der Berechnungsgrundlage schon auf den monatlichen Rentenbezug verteilt. (Auch bei den Abgeordneten sind die Sonderzahlungen auf die 12 Monate verteilt worden.)

Wichtige Absicherungen

Auf drei wichtige unabdingbare schriftliche Absicherungen, die rechtzeitig abzuschließen sind, wurde von Wilhelm Renner ausdrücklich hingewiesen:

Vorsorgevollmacht

In der Vorsorgevollmacht legt der Unterzeichnete fest, wer für ihn, wenn er aus Gesundheitsgründen nicht mehr handlungsfähig ist, in seinem Sinne seine notwendigen Rechtsgeschäfte wirksam ausüben darf. Dies wird er einer persönlich vertrauten Person übertragen. Zum Beispiel kann eine Bankvollmacht für Abhebungen trotz rechtlicher Relevanz oft nicht anerkannt werden.

Betreuungsverfügung

Eine Betreuungsvollmacht verhindert, dass von Amts wegen ein Betreuer eingesetzt wird, der unter Umständen nicht im Sinne der Hinterbliebenen handelt.

Patientenverfügung

Bei der Patientenverfügung wird im Voraus festgelegt, wie im Falle einer notwendigen ärztlichen Behandlung sein Wille sein wird, ob z. B. die künstliche Ernährung abgebrochen wird. Falls auch Immobilien betroffen sind, ist eine notarielle Beurkundung erforderlich.

Lehrer als Beamte?

Bei dem Diskussionspunkt, ob Lehrer Beamte sind oder sein müssen und ob die Lehrtätigkeit eine hoheitliche Aufgabe ist, wurde festgestellt, insbesondere durch die Begründungen des Bundesverwaltungsgerichtsurteils über das Streikrecht, dass der Gesetzgeber durch Mehrheitsbeschluss das Beamtengesetz entsprechend ändern kann. Auch dies sei ein weiterer Grund für eine starke Seniorenvertretung.

Die Teilnehmer haben durch ihren Applaus diese Veranstaltung begrüßt und sind mehrheitlich bis zum überzogenen Ende anwesend gewesen.

Armin Ulbrich

AK Sozialkunde

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess in Saal 600 – eine Zeitreise

„Was braucht man um einen großen Prozess zu führen?“ Mit dieser Problemstellung begrüßte Vizepräsident Ewald Behrschmidt die Teilnehmer des Arbeitskreises Sozialkunde im Oberlandesgericht Nürnberg – zielgruppengerecht. Richtig! Für einen Prozess braucht man ein Gerichtsgebäude, ein Gefängnis, Angeklagte, Verteidiger, Richter, Ankläger – und eine Rechtsgrundlage. 1945 waren dies die Problempunkte des Kriegsverbrechertribunals der Alliierten, in welchem die Nationalsozialisten zur Verantwortung gezogen werden sollten.

Warum Nürnberg? Stadt der Reichsparteitage, der Rassengesetze? Dort, wo alles begann, sollte es auch enden. Außerdem besaß Nürnberg mit dem nahezu unzerstörten Justizpalast einen großen Gerichtsbaus, dem zusätzlich ein Gefängnisstrakt für 1200 Häftlinge angegliedert war. Raum genug also für Gericht, Inhaftierte, Zuschauer und Berichtserstatter.

Wer sollte vor Gericht gestellt werden? Bis auf vier der großen NS-Verbrecher waren die einflussreichsten Nazigrößen inhaftiert. Es herrschte Konsens, Vertreter aus dem Oberkommando der Wehrmacht, der Kriegsmarine, des Reichskabinetts, der nationalsozialistischen Führung, der Kriegswirtschaft, der NS-Propaganda, der Verwaltung besetzter Gebiete und dem führenden Parteikorps zur Rechenschaft zu ziehen. Auf der Anklagebank saßen 21 prominente Nazis. Hinsichtlich der Verteidigung ließ die Prozessordnung Wahlfreiheit zu. Die Richter und ihre Stellvertreter wurden jeweils von den Siegermächten nominiert. Abgesehen davon, dass die Sowjets einen Schauprozess nach stalinistischer Art wünschten, die USA einen Prozess nach den Grundlagen amerikanischen Rechts, gab es keinen größeren Dissens hinsichtlich des Verfahrens unter den Siegermächten.

Chefankläger, auch darüber bestand Einigkeit, sollte der Amerikaner Robert H. Jackson sein, auf den maßgebliche Strukturen der Prozessordnung zurückgehen.

Auf welcher Rechtsgrundlage sollte Recht gesprochen werden? Dies war in der Tat das größte Problem, denn die Naziverbrechen waren von einer derartigen Ungeheuerlichkeit, dass es für die Rechtsprechung weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene eine adäquate Strafrechtsbasis gab. Das Prinzip „nulla poena, sine lege“ – keine Strafe ohne Gesetz – konnte somit nicht zur Anwendung kommen. Es war Jackson, der die Rechtsgrundlagen ausformulierte. Kodifiziert wurden sie



mit dem Londoner Viernächteabkommen vom 8. August 1945 im Statut für den internationalen Militärgerichtshof. Danach stand unter Strafe: die Verschwörung zu einem Angriffskrieg, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Legitimiert wurde diese Rechtssetzung durch die Macht der alliierten Sieger. Und mit jener Macht setzten sie dieses Recht durch.

Der Hauptprozess begann am 20. November 1945 und dauerte bis zum 30. September 1946. Allein das Protokoll füllte 16.000 Aktenseiten. Auf ebenso vielen Seiten ist die Beweislage dokumentiert. Am 30. September und am 1. Oktober 1946 wurden die Urteile gefällt: zwölf Todesurteile, sieben teils lebenslange Freiheitsstrafen und zwei Freisprüche – in eben jenem legendären Saal 600. Er dient heute noch als Gerichtssaal. Die Verfahren sind allerdings – weit unspektakulärer als vor 69 Jahren – meist Zivilverfahren.

Man hat die Nürnberger Prozesse wegen ihrer Rechtsbasis häufig kritisch betrachtet. Aber gerade diese Rechtsgrundlage, nach der Völkermord und Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit abgeurteilt werden können, ist heute ein wichtiger Bestandteil nationalen sowie vor allem internationalen Rechts. Und dies ist auch ein Verdienst des damaligen Generalanklägers Jackson.

Peter Lindacher

AK Sozialpädagogik h. D. und gh. D.

Externenprüfung, Inklusion und ...

Nachdem sich Hanna Schöffmann als neue Fachgruppenleiterin der Sozialpädagogen h.D. den ca. 25 Interessierten vorgestellt hatte, begrüßte sie Christine Hefer vom Referat VII des Kultusministeriums. Die beiden Fachgruppen Sozialpädagogik des gehobenen Dienstes und Sozialpädagogik des höheren Dienstes wurden kurzerhand zu einem Arbeitskreis zusammengelegt. Zum einen haben die beiden Fachgruppen viele Gemeinsamkeiten, zum anderen verbindet sie ihr Interesse für die News aus dem Referat VII.

Im Gespräch mit MRin Hefer

MRin Hefer nahm sich auch in diesem Jahr wieder Zeit, um den Sozialpädagogen Rede und Antwort zu stehen. An vorderster Stelle standen in ihrem Vortrag zum wiederholten Male die Externenprüfungen in der Kinderpflege. Nun soll es laut Kultusministerium in Zukunft eine Entlastung für die kommunalen und staatlichen Kinderpflegesschulen geben. Die Neufassung der BFSOHwKiSo sieht vor, dass die Prüfungen unter den öffentlichen und staatlich anerkannten Berufsfachschulen für Kinderpflege aufgeteilt werden. Das Auswählen der Prüflinge obliegt, wie bisher, den Schulen selbst. Um Geduld bat die Referentin bei der Begleichung der Aufwendungen für die Prüfungen. Die Erstattung hänge von der Bearbeitung an den Agenturen für Arbeit ab.

Ein neues Ausbildungsmodell sieht das Kultusministerium bei der Ausbildung der Erzieher vor. Ziel ist es hier, andere Personengruppen, v.a. Männer für den Beruf zu gewinnen.

Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung war das Thema „Inklusion“. Inklusion heiße nicht, dass Schüler mit Behinderung an die/den Schulen aufgenommen werden müssen. Die Zugangskriterien müssen objektiv sein, es bestünde bei Aufnahme an die Schule kein Notenschutz, die Bewerber müssten nach wie vor für den jeweiligen Beruf geeignet sein.



Zur Fehlzeitenregelung meinte die Ministerialrätin, dass die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen bei den Schulen bleiben sollte. Würde die Schulordnung Grenzen festlegen, wäre kein Spielraum in Ausnahmefällen mehr vorhanden.

Hanna Schöffmann

AK Sport

Dreißig Jahre Sportlehrplan – ein Fest ohne Gäste

Eigentlich hätte es eine kleine „Party“ werden können. Aber man stelle sich vor, es gäbe ein Fest und keiner geht hin – so geschehen beim Arbeitskreis Sport auf dem Berufsbildungskongress in Erlangen: Obwohl unser bayerischer Sportlehrplan für die Berufsschule in diesem Jahr sein dreißigjähriges Jubiläum feiert und im Arbeitskreis Sport höchste Be- oder Missachtung finden sollte.

Ist der Sportunterricht an der Berufsschule tatsächlich schon jetzt am Ende jeglichen Interesses angekommen? Steht die gesunde Lebensführung unserer jungen anvertrauten Schüler tatsächlich schon außerhalb jeglicher Be(tr)achtung? Stellt die vorübergehende Sperrung von Schulsporthallen zu Gunsten der Unterbringung von Flüchtlingen ein bedenkliches Beispiel hierfür dar? Wird hier nicht sogar der Bildungsauftrag eines Unterrichtsfaches außer Kraft gesetzt?

Abweisend gegenüber der bundesweit einmalig vorliegenden curricularen Tradition und bezüglich d(ies)es politischen Signals orientiert sich ein innovativer und weiterhin motivierter Sportpädagoge längst nicht mehr an dieser Antiquität bayerischer Sportpädagogik. Versus wird Sportunterricht in modernen Lehrplänen anderer Bundesländer und anderer Schularten themenorientiert strukturiert, soll er schließlich dem Anspruch der Vermittlung einer Vielzahl von Kompetenzen genügen. Themen ergeben sich aus der Verknüpfung von pädagogischen Perspektiven mit Inhalten aus so genannten Bewegungsfeldern. Ebenso steht empirische Schulsportforschung – nur für die Berufsschule – weiterhin gänzlich ungeachtet im Abseits für die Schul- und Ausbildungsbehörden. Gleichwohl haben sich durch berufsschulspezifische Forschungen vielfältige sportpädagogische Landschaften gebildet.

Hierzu wäre ein berufsschulisches Konzept für den Sommer- und Wintersport auf alternativen Sportplätzen vorgestellt worden:

Action and fun – in water and sun, Action and fun – in snow and sun. „Es war angerichtet!“

Dr. Thomas Oschmann



AK Wirtschaftsschule

Strukturelle Weiterentwicklung der Wirtschaftsschule

Der Referent für Wirtschaftsschulen Randolph John ging kurz auf die in der Delegiertenversammlung thematisierte Entschließung und behandelten Anträge zur Wirtschaftsschule ein.

In diesem Kontext war das Votum der Delegierten für ein künftiges Bildungsangebot ab der 6. Jahrgangsstufe an der Wirtschaftsschule ein herausragender Beschluss dieses 12. Berufsbildungskongresses.

Aus Sicht des VLB erfordern die Veränderungen in der Bildungslandschaft (R6, Mittelschulaausbau, Modellversuch 6. Jahrgangsstufe an der Wirtschaftsschule, Einführung der kompetenzorientierten Lehrpläne) und die Anpassung an bildungspolitische Leitziele (Erhöhung der Durchlässigkeit, Etablierung von Bildungsregionen) sowie die alarmierenden Schülerrückgänge an den Wirtschaftsschulen auch eine strukturelle Weiterentwicklung der Wirtschaftsschule. Damit war die Überleitung zum Schwerpunktthema dieses Arbeitskreises – Modellversuch Wirtschaftsschule ab der 6. Jahrgangsstufe – vorgegeben.

Johann Riedl, Schulleiter der Wirtschaftsschule Deggendorf, beleuchtete in seinem abwechslungsreichen Vortrag die zahlreichen pädagogischen und politischen (Hintergrund-) Erfahrungen, die in dem an seiner Schule laufenden Modellversuch gemacht wurden. Seinen insgesamt positiven Ausführungen folgte ein kurzes Statement von Peter Schmidt, Mitarbeiter am ISB, zu den Evaluationsschritten zum Modellversuch. Danach liegen bis dato unterschiedliche Daten der Modellversuchsschulen vor, deren Auswertung bzw. Deutung noch nicht möglich sei. Offen ist auch, ob es vor Ablauf des Modellversuchs (2017/18) eine Veröffentlichung von Zwischenergebnissen gibt.

Deutlich wurde in dem anschließenden Gedankenaustausch, dass die Teilnehmer des Arbeitskreises die schmale Basis des Modellversuchs von lediglich 5 Modellversuchsschulen bedauern. Der Arbeitskreis gab dem Referenten für Wirtschaftsschulen die Botschaft mit, sich für eine Ausweitung des Versuchs einzusetzen. Mehrere Schulleiter signalisierten ihre Bereitschaft, sofort als Modellversuchsschule parat zu stehen. Zahlreiche Stimmen äußerten ihre Enttäuschung, dass die bayerische Wirtschaftsschule zugunsten der politisch vorangetriebenen Rettung der Mittelschule geopfert werde. Nichtsdestotrotz setzten sich die Teilnehmer vehement für Verbesserungen ihrer Schulart ein und plädierten z. B. für gebundene Ganztageskonzepte, gezielte Kooperationen mit den Betrieben und Schulen vor Ort. Der Arbeitskreis endete mit einem Appell an den Referenten, weiterhin für die Wirtschaftsschule zu kämpfen.

Randolf John

Entschlüsse

Entschlüsse 1 Dienstrecht

Gleichstellung der Berufsschulen mit den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II

Lehrkräfte an Berufsschulen haben eine Unterrichtspflichtzeit von 24 Wochenstunden. Für die vielfältigen außerunterrichtlichen dienstlichen Aufgaben, die Lehrkräfte erfüllen, werden auf die Unterrichtspflichtzeit anrechenbare Anrechnungsstunden gewährt.

Beides, die Höhe der Unterrichtspflichtzeit und der Umfang der Anrechnungsstunden, stehen in einem krassen Missverhältnis zu den unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Anforderungen, die an Lehrkräfte an Berufsschulen gestellt werden.

Unverständlich ist in diesem Zusammenhang, dass an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II die einschlägigen Regelungen zu einer deutlich besseren Situation führen. Lehrkräfte am Gymnasium haben eine Unterrichtspflichtzeit von 23 Stunden, egal, ob sie in der Unter-, Mittel- oder Oberstufe unterrichten. Lehrkräfte an Berufsschulen unterrichten ausschließlich in der Oberstufe und haben eine Unterrichtspflichtzeit von 24 Wochenstunden. Gymnasien erhalten mehr Anrechnungsstunden als Berufsschulen.

Die Lehrkräfte an Berufsschulen sind seit Jahrzehnten in engem Kontakt mit der Wirtschaft. Sie bereiten im Dualen System ihre Schüler auf die Prüfungen der Kammern vor und nehmen diese mit ab – sie verstehen sich als Partner der Betriebe und Kammern. Das Arbeiten im Dualen System erfordert nicht nur eine ständige Zusammenarbeit mit den Eltern, sondern zusätzlich sehr intensiv mit den Betrieben und Kammern. Der Arbeitsaufwand der Lehrer an Berufsschulen für die Betreuung der Schüler ist dadurch deutlich größer als an anderen Schularten.

Lehrer an Berufsschulen unterrichten täglich bis zu neun Unterrichtsstunden – Berufsschulen haben bereits Ganztages-

unterricht, ohne dass dies mit entsprechenden Sach- und Personalressourcen gestützt wird. Der Unterricht an Berufsschulen führt durch die Blockbeschulung zu enormen Spitzenbelastungen der Lehrkräfte. Die Belastung der Lehrer an Berufsschulen ist durch die unregelmäßige Unterrichtsverteilung deutlich größer als an anderen Schularten.

Lehrer an beruflichen Schulen unterrichten innovativ, handlungsorientiert, flexibel und in permanenter Anpassung an die Erfordernisse einer immer mehr global agierenden Wirtschaft. Das erfordert häufig die Neuordnung von Berufen, Lehrplanänderungen und in der Folge eine ständige Fortbildung. Dabei unterrichten Lehrkräfte an Berufsschulen in der Regel in mehreren Berufsfeldern, müssen sich also in großem Umfang auf Neuerungen umstellen. Zur Sicherung und Erweiterung des Praxisbezugs absolvieren Lehrer an Berufsschulen alle vier Jahre ein Betriebspraktikum, in der Regel in den Ferien. Die Belastung der Lehrer an Berufsschulen ist durch die unmittelbare Orientierung an der Praxis und am technischen Fortschritt deutlich größer als an anderen Schularten.

Die Heterogenität der Schülerschaft an den Berufsschulen ist einzigartig. Die Lehrkräfte sind deswegen nicht nur fachlich, sondern im Besonderen auch pädagogisch gefordert. Sie unterrichten den Absolventen der Förderschule ebenso wie den Absolventen des Gymnasiums, den Jugendlichen ohne Auszubildendenverhältnis ebenso wie den Studienabbrecher und dies nicht selten in einer Klasse. Erschwerend kommen zu den divergierenden Lernvoraussetzungen große Altersunterschiede und Verschiedenheiten in der sozialen und ethnischen Herkunft hinzu. Dies alles erfordert nicht nur hohe fachliche Kompetenz, sondern täglich zusätzlich methodische und didaktische Spitzenleistung. Die Belastung der Lehrer an Berufsschulen ist durch die Heterogenität der Schülerschaft deutlich größer als an anderen Schularten.

Lehrkräfte an Berufsschulen sind oftmals die letzte Instanz, die den Jugendlichen entscheidende Schlüsselkompetenzen vermitteln und die Heranwachsenden ihren Platz in unserer Gesellschaft finden lassen. Ziel ist es, dass die jungen

Menschen einmal selbst für ihre Lebensunterhalte sorgen können. Die Kolleginnen und Kollegen an Berufsschulen erfüllen damit einen nicht zu unterschätzenden gesellschaftlichen Auftrag, der von der Gesellschaft zu wenig anerkannt und von der Politik zu wenig goutiert wird. Das muss sich ändern!

Die Anforderungen an die Lehrkräfte an beruflichen Schulen sind enorm hoch.

Deshalb müssen Unterrichtspflichtzeit und Anrechnungsstunden auf ein Maß herangeführt werden, das die Erfüllung der Aufgaben durch die Lehrkräfte qualitativ anspruchsvoll ermöglicht.

Nutzen wir die demographische Rendite der kommenden Jahre, um die Kolleginnen und Kollegen an der Berufsschule zu entlasten, die Qualität zu steigern und so die berufliche Bildung attraktiver und noch besser zu gestalten!

Der VLB fordert:

1. Die Unterrichtspflichtzeit der Lehrkräfte an Berufsschulen ist auf 23 Wochenstunden zu reduzieren.
2. Die Berufsschulen sind mit einer höheren Anzahl von Anrechnungsstunden auszustatten. Dabei sind die Budgets für Anrechnungsstunden der allgemeinbildenden Schulen in der Sekundarstufe II mindestens zu erreichen.
3. Tätigkeiten, die für Zwischen- und Abschlussprüfungen sowie Zertifikatsprüfungen verwendet werden, sind auf die Unterrichtspflichtzeit entsprechend der zeitlichen Beanspruchung anzurechnen.

Entschließung 2 Dienstrecht

Die periodische dienstliche Beurteilung

Grundsätzlich steht der VLB hinter der periodischen dienstlichen Beurteilung. Sie ist der Garant für einen leistungsstarken öffentlichen Dienst.

Im neuen Dienstrecht von 2011 wurde vom Gesetzgeber festgelegt, dass alle Beamtinnen und Beamten bis zum Erreichen der Altersgrenze periodisch

dienstlich beurteilt werden müssen.

Unser Verband hat dies immer schon abgelehnt!

Der Grund dafür liegt in den für die Beurteilung verpflichtend vorgeschriebenen Unterrichtsbesuchen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Unterrichtsbesuche zum Zwecke der dienstlichen Beurteilung bis zum Erreichen der Altersgrenze nicht erforderlich sind.

Der VLB fordert:

Die Unterrichtsbesuche zum Zwecke der dienstlichen Beurteilung nach fünf Beurteilungsperioden nicht mehr verpflichtend vorzuschreiben!

Entschließung 3 Dienstrecht

Engagement in Betriebspraktika an allen beruflichen Schulen honorieren

Berufliche Schulen leisten ihre erfolgreiche pädagogische Arbeit an der Schnittstelle zwischen Bildungssystem und Wirtschaftssystem. Aus diesem Grunde sind sie - wie keine andere Schulart - einem kontinuierlichen Wandel unterworfen, sowohl was fachliche Inhalte als auch die Fortentwicklung betrieblicher sowie gesellschaftlicher Prozesse betrifft.

Dieser permanenten Herausforderung stellen sich die Kolleginnen und Kollegen unter anderem durch die Absolvierung mehrtägiger/mehrwöchiger Betriebspraktika in der unterrichtsfreien Zeit. Das ist einer von vielen Gründen, warum die Lehrkräfte an beruflichen Schulen bei Auszubildenden und Ausbildungsfirmen hohe Wertschätzung genießen, wie repräsentative Befragungen zeigen.

An Berufsschulen wird dieses Engagement richtigerweise durch den Dienstherrn wertgeschätzt und honoriert, in dem nach bestimmten Vorgaben eine unterrichtliche Entlastung gewährt wird. Diese Regelung gilt für andere berufliche Schularten bisher nicht.

Die stetige Auseinandersetzung mit der betrieblichen Realität ist aber für die Lehrkräfte an allen beruflichen Schularten unabdingbar. Betriebliche Prozesse und deren Entwicklung können nur in

der betrieblichen Realität reflektiert werden, um sie in eine zukunftsorientierte Unterrichtsgestaltung einfließen zu lassen.

Der VLB fordert:

Anrechnungstunden bei Engagement in Betriebspraktika für alle Lehrkräfte an beruflichen Schulen - entsprechend der bewährten Regelung an Berufsschulen.

Entschließung 4 Dienstrecht

Zusätzliche Freistellung für Datenschutzbeauftragte an beruflichen Schulen

Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 25 Bayerisches Datenschutzgesetz) hat das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst die Schulleitungen angewiesen, mit Wirkung vom 1. August 2014 an den beruflichen Schulen behördliche Datenschutzbeauftragte zu bestellen.

Die mit der Aufgabe betrauten Kolleginnen /Kollegen erhalten ab Zeitpunkt ihrer Bestellung jeweils eine oder zwei Anrechnungstunden, was von der Organisationsstruktur der jeweiligen Schule abhängig ist. Diese Stunden müssen nach Vorgabe des Ministeriums die Schulen „selbst finanzieren“, weil sie dem „normalen Schul - Topf für Anrechnungstunden“ anzurechnen sind.

Der VLB anerkennt die Notwendigkeit der Bestellung von Datenschutzbeauftragten, weil Datenschutz an Schulen als wichtige Aufgabe gesehen wird. Allerdings wehren wir uns vehement dagegen, die Anrechnungstunden „aus dem eigenen Fleisch schneiden zu müssen“. Der Topf für Anrechnungstunden ist an beruflichen Schulen insgesamt bereits bisher viel zu knapp bemessen.

Der VLB fordert:

Die gesetzlich vorgeschriebene Bestellung eines Datenschutzbeauftragten muss mit eigenen finanziellen Mitteln hinterlegt werden.

Deshalb: Für diese zusätzliche Aufgabe keine Anrechnungstunden aus dem Schul-Topf verwenden, sondern zusätzli-

che zeitliche Ressourcen für die Freistellung der Datenschutzbeauftragten an beruflichen Schulen bereitstellen.

Entschließung 5 FOS/BOS

Planstellen statt Aushilfsverträgen

Trotz amtlicher Prognosen, in denen steigende Schülerzahlen eindeutig nachgewiesen werden und die sich in der Realität auch eindrucksvoll bestätigt haben, wurde immer nur „Flickwerk“ geschaffen, indem Finanzmittel zur kurzfristigen Beschäftigung bereitgestellt wurden. Personelle Stabilität kann nur durch Ausbringung von Planstellen in erforderlichem Umfang erreicht werden. Nur dadurch wird den allgemein anerkannten Zielsetzungen nachhaltiger Schulentwicklung und Sicherung hoher Qualitätsstandards entsprochen. Zudem können qualifizierte Lehrkräfte stabile Beschäftigungsverhältnisse erwarten.

Der VLB fordert:

Die seit vielen Jahren andauernde personelle Unterversorgung ins besonders der FOS/BOS und der Berufsschule muss endlich beseitigt werden. Dies kann nur durch Ausbringung von Planstellen und Entfristung bestehender temporärer Beschäftigungsverhältnisse geschehen.

Entschließung 6 Wirtschaftsschule

Faire Wettbewerbschancen für die bayerische Wirtschaftsschule!

Die Wirtschaftsschule ist eine hochqualifizierte berufsvorbereitende Schule.

Der VLB bekennt sich zur Wirtschaftsschule als berufliche Schulart. Dieses Bekenntnis findet nach Auffassung des VLB seine bildungs-, wirtschafts- und nicht zuletzt gesellschaftspolitische Verankerung; Die Wirtschaftsschule liefert ein bewährtes begabungsgerechtes und passgenaues Bildungsangebot, welches Schülern der Mittel-, Realschulen und Gymnasien eine hochwertige Grundlage für ihre

schulische und berufliche Zukunft verschafft.

Die regionale und lokale Wirtschaft ist auf ein gut ausgebildetes und kaufmännisch vorbereitetes Ausbildungspersonal angewiesen, um im nationalen und globalen Wettbewerb zu bestehen. In diesem Kontext war und ist die Wirtschaftsschule ein bewährter Partner unserer bayerischen Betriebe, denn sie garantiert mit ihren beruflichen Lehrkräften ein hohes qualitatives Niveau im kaufmännischen Profilbereich. Ca. 75 Prozent ihrer Absolventen wählen nach ihrem Wirtschaftsschulabschluss den Weg in die duale Ausbildung und bilden damit den so dringend benötigten Nachwuchs im knapper werdenden Fachkräfte-Segment. Auf diese qualifizierten Wirtschaftsschulabsolventen, die sich in zunehmendem Maße auch aus erfolgreichen, ausländischen Jugendlichen zusammensetzen, sollte der Freistaat Bayern - gerade auch unter dem Aspekt künftig weiter wachsenden Konkurrenzdrucks auf den (inter-)nationalen Märkten - nicht leichtfertig verzichten!

Dramatischer Schülerrückgang – trotz eines guten Bildungsangebots und curricularer Neuausrichtung (neuer Lehrplan ab 2014/15)

Bildungspolitische Entscheidungen des letzten Jahrzehnts beschneiden jedoch nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsschule.

Die Einführung der sechsstufigen Realschule und der dadurch verursachte Umbau der Haupt- zur Mittelschule führen nämlich dazu, dass die Wirtschaftsschule von den Schülerströmen, die sich nach der 4. Jahrgangsstufe auf die weiterführenden Schulen verteilen, abgeschnitten wird. Darüber hinaus erschweren zusätzliche Benachteiligungen bzw. jüngere Entwicklungen (z. B. die gezielte Nichtberücksichtigung der Wirtschaftsschulen bei Übertrittsveranstaltungen oder der Ausbau von 9+2-Mittelschulangeboten) den Zugang zur Wirtschaftsschule. Damit können für die Wirtschaftsschule die geforderte Durchlässigkeit zwischen den Schularten sowie die Wahlfreiheit der Schüler/Eltern nicht mehr zur Geltung kommen.

Weiterentwicklung der Wirtschaftsschule

Der VLB hat das Ziel, die bayerischen Schüler in ihrer persönlichen Entwicklung durch ein bewährtes und weiter zu entwickelndes Bildungsangebot der Wirtschaftsschule zu fördern und damit zur Sicherung ihrer beruflichen Zukunft beizutragen.

Der VLB fordert:

1. Die Erprobung und Realisierung innovativer, kooperativer Wege im bildungspolitischen Bereich, die auch den strukturellen Ausbau der bayerischen Wirtschaftsschule vorsehen.
2. Die Weitergabe der demografischen Rendite an die Wirtschaftsschule, d. h. die für die Klassenbildung maßgebliche Richtzahl von 32 muss sich nach unten bewegen.
3. Die Sicherung der Lehrerversorgung, insbesondere in ihrem beruflichen Markenkern durch eine bedarfsgerechte Ausbildung in den Masterstudiengängen der Wirtschaftspädagogik
4. Den Erhalt und ggf. Ausbau von Seminarstandorten an Wirtschaftsschulen.
5. Die faire Berücksichtigung der Beratungslehrkräfte von Wirtschaftsschulen im Rahmen der Übertrittsberatungen.
6. Den Aufbau bzw. die Verbesserung des Übergangsmangements zwischen der Wirtschaftsschule und ihren Abnehmerschulen (Berufsschule, FOS/BOS), um die Durchlässigkeit und den Schulerfolg zu erhöhen.

Entschließung 7 Bildungspolitik

Die hohe Qualität der Berufsschulen erhalten und weiter ausbauen

Die Berufsschulen sind leistungsstark und international anerkannt

Die Bedeutung leistungsstarker Berufsschulen, die eine hohe berufliche Handlungskompetenz vermitteln, wird von den Akteuren innerhalb der Berufsbildungssysteme immer bewusster wahrgenommen. So erkennt bereits 2011 die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) in ihrem Leitbild für die

Berufsschule der Zukunft an, dass es viele leistungsstarke Berufsschulen mit sehr engagierten Lehrkräften gibt. Es ist auch wahrzunehmen, dass bedingt durch den drohenden Fachkräftemangel sich das Interesse der Unternehmen an der dualen Ausbildung deutlich gesteigert hat. Fachkräfte werden langfristig vor allem im mittleren Qualifikationssegment und in bestimmten Branchen fehlen. Bei den Akademikern wird es eher zu einem Überhang kommen. Aus diesem Grund besteht im Bereich Facharbeiter Handlungsbedarf. So attestieren in einer Umfrage der Industrie- und Handelskammer Schwaben vom September 2014 ein Drittel der Unternehmen eine Zunahme der Bedeutung der dualen Berufsausbildung in den letzten Jahren. Bei den Industriebetrieben sind es sogar 43%. Weiterhin hat mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen ihre Aktivitäten bei der Akquise von Auszubildenden verstärkt.

Das duale Ausbildungssystem, das hohe berufliche Handlungskompetenz vermittelt, stößt international auf großes Interesse. Dies zeigt sich insbesondere am Bildungsverbund mit den EU-Ländern Spanien, Griechenland, Portugal, Italien, Slowakei und Lettland. Aber auch bei Ländern außerhalb der EU z. B. Indien, China, Russland, Vietnam und Kanada herrscht rege Nachfrage nach dem Dualen System. Dieses Interesse wurde geweckt durch die positive Entwicklung volkswirtschaftlich und sozialpolitisch wichtiger Indikatoren wie dem Bruttoinlandsprodukt, der Exportquote, der Jugendarbeitslosigkeit, der Zahl der Jugendlichen im Übergangsbereich und der Zahl unversorgte Bewerber um einen Ausbildungsplatz. Ein nicht unerheblicher Anteil daran wird dem dualen System zugeschrieben. Bei den letzten drei Indikatoren ist im Zeitraum zwischen 2005 und 2013 ein Rückgang um ca. 50 % zu verzeichnen.

Die Berufsschulen fördern Talente

Die Berufsschule kann auch das Prädikat „Talentschmiede“ für sich beanspruchen. Es sind vor allem die hochqualifizierten Facharbeiter, welche die Garanten für Qualität, Innovation und Zuverlässigkeit bei der Leistungserstellung

sind. Ihnen wird in der Berufsschule das theoretische Wissen und die erforderliche Sozialkompetenz vermittelt, um diese im Betrieb zu hervorragenden Fähigkeiten und Fertigkeiten zu transformieren. Wie dieses gelingen kann, zeigen z. B. die herausragenden Erfolge bei internationalen Berufswettkämpfen wie EuroSkills und WordSkills. Damit diese heißen Eisen weiter geschmiedet werden können, muss das Feuer - die Motivation der Lehrkräfte - weiter brennen. Dazu genügt es nicht, nur auf die intrinsische Motivation der Lehrkräfte zu vertrauen, sondern es muss zusätzlich extrinsisch motiviert werden. Hier gilt es Modelle zu entwickeln und mit den erforderlichen Ressourcen auszustatten, in die alle unmittelbar betroffenen Akteure (Lehrkräfte, Ausbilder und Schüler) eingebunden sind und zu Höchstleistungen angespornt werden. Diese Modelle müssen durch Politik, Administration, Unternehmen und Verbände gefördert werden. Bereits bestehende Modelle wie Plus-Programm, Berufsschule Plus, duales Studium (mit Berufsschule), Wahlkurse zur Studienvorbereitung sowie die Vergabe von Fremdsprachenzertifikaten und Auslandsaufenthalte können Ansatzpunkte sein, die jedoch weiter auszubauen und um weitere Maßnahmen zu ergänzen sind. Dies könnte ein Ansatz für ein Gegensteuern zu der stark angestiegenen Studierneigung sein. Im Jahre 2013 lag die Quote der Studienanfänger (53%) erstmals höher als die Quote derjenigen Jugendlichen, die in das duale System eingestiegen sind. Hierfür gibt es mehrere Gründe.

Ein wesentlicher Grund dafür liegt im mangelnden Kenntnisstand der Eltern und Jugendlichen. Es ist ihnen nicht bewusst, welche Chancen ein nichtakademisch eingeschlagener Bildungsweg bietet und dass eine akademische Bildung nicht automatisch mit einem hohen Einkommen im Wunschberuf verbunden ist. Die in den Köpfen verankerte Botschaft, dass man ohne Studium nur ein halbwertiger Mensch sei, ist umgehend durch das Aussenden positiver Signale zu ersetzen. Damit dies gelingt und die Attraktivität der dualen Ausbildung erhöht werden kann, müssen alle relevanten Akteure an einem Strang ziehen.

Die Berufsschulen gleichen Defizite aus

Trotz dieser erfreulichen Zahlen sind Entwicklungen zu erkennen, die das System vor Herausforderungen stellt. Zu nennen sind z. B. der für viele Jugendliche schwierige Einstieg in das duale System sowie die hohe Lösungsquote bei den Ausbildungsverhältnissen. Die Lösungsquote betrug im Jahr 2012 bundesweit 24,6%. In Bayern lag sie bei 21,7%. Die höchste Lösungsquote besteht sowohl bundesweit als auch in Bayern im Handwerk. Die Gründe für diese hohen Quoten liegen vor allem in den betrieblich oder persönlich bedingten Passungsproblemen. Häufig fehlt es den Jugendlichen an Qualifikationen (unzureichende Bildungsvoraussetzungen sowie mangelnde Sozialkompetenz) für den Erhalt eines Ausbildungsplatzes oder um in dem System bestehen zu können. In beiden Fällen ist die Berufsschule als „Reparaturwerkstatt“ gefordert. Sei es durch die Mitwirkung im Übergangsmanagement, der Beschulung in JoA-Klassen oder dem Angebot von innerer Differenzierung oder von Förderunterricht.

Ein weiteres Betätigungsfeld für die Berufsschulen wäre die Nachqualifizierung junger Erwachsener ohne Ausbildungsabschluss oder die Eingliederung von Studienabbrechern. Um dies leisten zu können, sind die erforderlichen Ressourcen ins Bildungssystem einzusteuern. Es muss gelingen, die fachlichen, sozialen und psychischen Defizite durch intensive methodische und didaktische Anstrengungen zu reduzieren. So wären kleinere Klassen, Gruppenteilungen sowie eine integrierte Lehrerreserve dringend erforderlich. Flankierend ist der Einsatz von Schulsozialpädagogen und Schulpsychologen dringend notwendig.

Den Stellenwert der Berufsschulen sichern

Die Berufsschulen sind ein zuverlässiger Garant für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und ein vertrauenswürdiger Partner für die Unternehmen in der Region. Dies ist zu sichern und weiter zu entwickeln.

Der VLB fordert:

1. Die Berufsschulen sind mit den er-

forderlichen Ressourcen (Aufbau einer integrierten Lehrerreserve, Ausbau der Teilungsmöglichkeiten, Herabsetzung der Klassenobergrenzen, Erhöhung der Mittel für Fortbildungen, Modernisierung der Sachausstattung) zu versorgen.

2. Die Berufsschulen sind in ihrer Bedeutung und in ihrer Leistungsfähigkeit in der Öffentlichkeit stärker zu würdigen.
3. Die Werthaltigkeit der dualen Ausbildung muss aus dem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) und im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) zu entnehmen sein. Es ist deshalb eine Verortung auf der Stufe 5 des jeweiligen Qualitätsrahmens für die hochqualifizierten Ausbildungsberufe erforderlich.
4. Die Berufsschulen müssen durch Schulsozialpädagogen und Schulpsychologen intensiver unterstützt werden.

Entschließung 8 Bildungspolitik

Beschulung von berufsschulpflichtigen Asylbewerbern und Flüchtlingen an bayerischen Berufsschulen

Die Zahl der berufsschulpflichtigen Asylbewerber und Flüchtlinge nimmt dramatisch zu. Um berufsschulpflichtigen Asylbewerbern und Flüchtlingen eine Perspektive hin zu einer beruflichen Ausbildung zu ermöglichen, sind im Rahmen einer ein- bis zweijährigen Berufsvorbereitungsphase besondere Konzepte an den Berufsschulen erforderlich. Diese berücksichtigen in adäquater Weise die Besonderheiten dieser Schülergruppe, die spezifischen rechtlichen Rahmenbedingungen und die unterrichtlichen Bedürfnisse von berufsschulpflichtigen Asylbewerbern und Flüchtlingen, gerade im Bereich der Sprachförderung.

Damit könnte ein Beitrag zur Reduzierung des Fachkräftemangels geleistet werden.

Die Beschulung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge stellt eine neue und anspruchsvolle Herausforderung für die bayerischen Berufsschu-

len und deren Lehrkräfte dar. Asylbewerber und Flüchtlinge sind eine sehr heterogene Schülergruppe, die besondere Bedürfnisse hat.

Der VLB fordert:

1. Zur Sicherung des Ausbildungserfolgs sind sogenannte „Kümmerer“ (Ausbildungsbegleiter; z.B. SchlaU-zubi bei SchlaU München) dringend notwendig, die während der Ausbildung mit sozialpädagogischer Begleitung und im Bedarfsfalle durch Stützunterricht einen möglichen Ausbildungsabbruch verhindern können.
2. Durch die bayernweite Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) in Einrichtungen der Jugendhilfe steigt der Druck auf die Schulleitungen, Klassen zu eröffnen. Daher sind 100 zusätzliche Klassen noch im laufenden Schuljahr (z.B. zum Halbjahr) zu bilden und eine ausreichende Lehrerversorgung bereit zu stellen.
3. Die Fortbildungsangebote müssen entsprechend ausgeweitet werden. Es sind vor allem Mittel für schulinterne Lehrerfortbildungen bzw. regionale Lehrerfortbildungen notwendig, um die Kolleginnen und Kollegen für die neue Aufgabe zu rüsten.
4. Notwendige Änderungen/Anpassungen bei Schulrecht (z.B. Note DaZ), Ausbildungsrecht (z.B. Nachteilsausgleich), sowie Aufenthalts- und Arbeitsrecht sind vorzunehmen. ■

Erlangen entdecken:

Die Senioren auf den Spuren der Hugenotten

ARMIN ULBRICH

Am 22. November 2014 besichtigten die Seniorinnen und Senioren die Hugenottenstadt Erlangen. Vom Röthelheimpark ging es ins Zentrum Erlangens bis zum Hugenottenplatz.

Die Hugenotten und die Erlanger Hugenottenkirche

Die Hugenottenkirche diente als Vortragsraum und als Beispiel für die Architektur der reformierten Kirchen. Kahl, einfach, leer, nur die Orgel barock und das Wappen des Marktgrafen Christian Ernst an der Brüstung zur Empore! Die französischen Protestanten bezeichnete man als Hugenotten. Der Begriff kommt wahrscheinlich von den Eidgenossen, da ihr Glaube auf den Schweizer Reformator Calvin zurückgeht. Der Legende nach kann es auch ein Spottnamen sein, denn der französische König Hugo Capet soll nachts als Geist durch die Straßen von Tours ziehen. Da sich die Protestanten nachts trafen, wurden sie als „huguegnots – kleine Hugos“ verspottet. Nach dem Widerruf des Edikts von Nantes durch den König Ludwig XIV. setzte eine Verfolgung der Hugenotten ein. Viele flüchteten in das protestantische Europa. Erlangen war durch den 30-jährigen Krieg wirtschaftlich ruiniert. Marktgraf Chris-

tian Ernst von Brandenburg-Bayreuth warb diese Flüchtigen für seine merkantilen Wirtschaftspläne an, und siedelte sie nach 1686 neben Alt-Erlangen, in Neu-Erlangen an. Nur die Besten wurden auf Grund ihrer Leistung und Fähigkeiten angeworben. Für diese 1500 Neubürger baute er im Geiste des Rationalismus eine rechteckige Planstadt, in der Mitte der „Grand Place“ mit Schloss und quadratischen Wohnbezirken.

Manufakturen in „Erlen am Anger“

Wir besichtigten den Marktplatz vor dem Schloss, jetzt in Vorbereitung des Weihnachtsmarktes, und gingen in Richtung Alt-Erlangen an dem alten Karzer vorbei. An sich ist Erlangen urkundlich schon 1002 erwähnt worden. Der Name Erlangen kommt wahrscheinlich von „Erlen am Anger“. Hier besichtigten wir den Innenhof eines zweistöckigen Hauses und erfuhren, welche Wirtschaftszweige angesiedelt wurden. Strumpfwirker, Handschuhfertiger und Hutmacher, die in der Betriebsform einer Manufaktur oder eines Verlagswesens wirtschafteten und mengenmäßig für den Export arbeiteten. Die Stadt lag an der Kreuzung der Handels- und Fernstraßen. Dieser Wirtschaftsaufschwung ist für uns heute ein Beispiel für eine erfolgreiche Migration der neuen Handwerker. Das mittelalter-

liche Alt-Erlangen kann nicht besichtigt werden, denn es ist 1706 einem großen Brand zum Opfer gefallen, dafür aber im Geiste des Rationalismus schachbrettartig mit zweistöckigen Häusern wieder aufgebaut worden.

Vom Markgrafentheater zur Universität

Wir gehen jetzt am Markgrafentheater vorbei in Richtung Schlosspark und Orangerie und erfahren, dass in Erlangen Marktgraf Christian Ernst um 1700 ein marktgräfliches Schloss erbauen ließ und Erlangen zur Residenzstadt wurde. Die Orangerie mit dem Hugenottenbrunnen gehört heute zur Universität, die ebenfalls 1647 zur Förderung der Wissenschaft gegründet wurde. Erlangen wird auch als Siemensstadt bezeichnet, deren Anfänge auf die Werkstatt Erwin Moritz Reiniger für optisch und feinmechanische Geräte und die Herstellung von Röntgengeräten zurückgeht. Sein Haus konnten wir beim Rückweg am Schlossplatz besichtigen.

Nach dem Mittagstisch konnten die Senioren an der Arbeit der Fachgruppen teilnehmen.

Es war zweifellos ein lohnenswerter Fortbildungstag über eine Stadt mit einem historisch interessanten Flüchtlingshintergrund. ■



Auf den Spuren der Hugenotten – viel Interessantes konnten die „Stadtbummler“ in der Hugenottenkirche von der Stadtführerin erfahren.

Der 12. VLB-Berufsbildungskongress in der Presse

VLB-Pressemeldung vom 20. Nov. 2014

„Allen Schülerinnen und Schülern gerecht werden“

100 zusätzliche Klassen für junge Flüchtlinge und Asylbewerber notwendig

Jürgen Wunderlich, Landesvorsitzender des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) im Vorfeld des Berufsbildungskongresses in Erlangen

MÜNCHEN/ERLANGEN. „Das Schulsystem muss allen Schülerinnen und Schülern gerecht werden“, fordert der Landesvorsitzende des Verbandes der Lehrer an Beruflichen Schulen in Bayern (VLB) Jürgen Wunderlich im Vorfeld des 12. Berufsbildungskongresses am heutigen Donnerstag in Erlangen. „Bis zum Februar 2015 müssen an den Berufsschulen in Bayern 100 zusätzliche Klassen für junge Flüchtlinge und Asylbewerber eingerichtet werden“, so der Landesvorsitzende mit Blick auf die umfangreichen neuen Herausforderungen, die regelmäßig auf die beruflichen Schulen zukommen. „Unsere Lehrerinnen und Lehrer stellen sich den Aufgaben mit einem außerordentlich hohen Engagement und viel Herzblut“, ergänzte Wunderlich. Bayern sei das einzige Bundesland, das systematisch aufgebaute Bildungsgänge für Flüchtlinge und Asylbewerber bis zum 21. Lebensjahr entwickelt habe. Dafür wünscht sich der Landesvorsitzende ausreichende Mittel für Lehrerfortbildungen ebenso wie so genannte Kümmerer, die die jungen Menschen mit sozialpädagogischer Betreuung und Förderunterricht den Ausbildungserfolg sicherstellen können. Die Integration von

Asylbewerbern, Flüchtlingen und Migranten sei ein gesellschaftlich wichtiger Bildungsauftrag, der entscheidend zur Bekämpfung des Fachkräftemangels wie auch zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes beitrage.

Ressourcenausstattung verbessern

Um den zahlreichen Herausforderungen an den beruflichen Schulen gerecht zu werden, müsse nach den Worten Wunderlichs die Ausstattung der beruflichen Schulen mit finanziellen und personellen Ressourcen deutlich verbessert werden. Die so genannte demographische Rendite muss gerecht auf die Schularten verteilt werden. „Die beruflichen Schulen dürfen bei der Ausstattung mit Lehrpersonal gegenüber anderen Schularten wie etwa den Mittelschulen oder den Gymnasien nicht benachteiligt werden“, forderte Wunderlich. Aufgrund der dünnen Personaldecke könne nach wie vor an einigen beruflichen Schulen der Unterricht nicht in vollem Umfang erteilt werden. Konkret forderte der Landesvorsitzende eine flächendeckende mobile Lehrerreserve an den beruflichen Schulen.

Berufliche Bildung anerkennen

„Unsere Schülerinnen und Schüler haben auf ihrem beruflichen Lebensweg bessere Rahmenbedingungen verdient“, so der Landesvorsitzende. Der berufliche Bildungsweg müsse als eigenständiger Weg in eine berufliche

Existenz anerkannt werden, der ebenso zur Hochschule führen könne, wie der Weg über das Gymnasium. Nach den Worten Wunderlichs leisten die beruflichen Schulen damit einen „entscheidenden Beitrag für die Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems“. Auch deswegen dürfe bei der Ausstattung der Schulen mit Personal und Sachmitteln zwischen den Schularten nicht weiterhin mit „unterschiedlichen Maßstäben“ gemessen werden.

Leistungen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen würdigen

Es sei „nicht nachvollziehbar“, dass die Lehrkräfte der beruflichen Schulen ein höheres Wochenstundenmaß als etwa die Lehrkräfte am Gymnasium haben. In fast 40% aller Berufsschulklassen seien gleichzeitig Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss, mit Mittlerer Reife und mit einer Hochschulzugangsberechtigung. Die Lehrkräfte unterrichteten Förderschüler ebenso wie Abiturienten, Jugendliche ohne Auszubildungsverhältnisse neben Studienabbrechern. „Die Heterogenität der Schülerschaft an den beruflichen Schulen wird wie an keiner anderen Schulart drastisch zunehmen“, so der Landesvorsitzende. „Um allen Schülern gerecht zu werden brauchen wir vor allem mehr Lehrkräfte, kleinere Lerngruppen, höhere Kontingente von so genannten Anrechnungsstunden für Lehrkräfte mit besonderen pädagogischen Aufgaben und zusätzlichen Förderunterricht.“

Inklusion umsetzen

Die beruflichen Schulen seien bereit, die Herausforderung „Inklusion“ anzunehmen. Demnach haben Schülerinnen und Schüler mit Benachteiligungen das Recht, an einer Regel-

Aufmerksamkeit um jeden Preis?

Neben der Kommunikation berufsbildungspolitischer Themen innerhalb des VLB muss es stets auch Ziel eines Kongresses sein, die hervorragende Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen nach außen zu kommunizieren und in einer breiten Öffentlichkeit darzustellen.

Immer wieder beklagen wir, dass die berufliche Bildung in den Medien kaum vorkommt und andere Schularten wie etwa das Gymnasium oder die Mittelschule wesentlich häufiger in den Medien präsent sind. Dies durften wir in der Kongresswoche in Erlangen, die in der Medienlandschaft von der scheinbar unendlich lange dauernden Debatte um das achtjährige Gymnasium überlagert war, wieder einmal eindrucksvoll erleben.

Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Tatsache, dass die Blätter in der Metropolregion Erlangen/Nürnberg/Fürth auf ihren Seiten einen nur sehr begrenzten Platz zur Verfügung haben, dürfen wir mit dem Medienecho zum 12. Berufsbildungskongress durchaus zufrieden sein. Höhepunkt war sicherlich der Beitrag im Bayerischen Fernsehen über das Leitthema Flüchtlinge und Asylbewerber an der Berufsschule. Dennoch stellen wir uns immer wieder die Frage, wie es gelingen kann, unsere Präsenz in den Medien zu verbessern.

Es lohnt sich der Blick auf die Nachrichtenfaktoren, die in den Redaktionen ein wesentliches Kriterium bei der Auswahl von berichtenswerten Themen sind. Insbesondere bei Bildungsthemen werden Negativbotschaften gerne aufgegriffen. So wundert es nicht, dass

Lehrerverbände, die ihre Forderungen mit einer Art Untergangsszenario für ihre Schülerinnen und Schüler untermauern, besonders häufig in den Medien vertreten sind. Eine Strategie der Öffentlichkeitsarbeit, die vom Nachrichtenfaktor „Negativismus“ geprägt wäre, entspräche sicherlich nicht dem Stil unseres VLB.

Mit Pragmatismus und Optimismus arbeiten unsere Kolleginnen und Kollegen an den Schulen äußerst erfolgreich zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler. Wir dürfen davon ausgehen, dass gerade die beruflichen Schulen in der Öffentlichkeit ein äußerst hohes Ansehen genießen. Das sollten wir nicht aufs Spiel setzen. Die Frage nach der Aufmerksamkeit um jeden Preis müssen wir sicherlich mit einem klaren „Nein“ beantworten. Wenn Medien dauerhaft und überregional in negativem Stil berichten, kann dies das Image einer Schulart nachhaltig beschädigen.

„Tue Gutes und rede darüber“ und „Wer Gutes tut, dem wird gutes widerfahren“ sind die Wahlsprüche mit denen wir hartnäckig und wirkungsvoll auf unsere Anliegen aufmerksam machen können. Packen wir's an! In Gesprächen mit politischen Mandatsträgern, Eltern und Schülerinnen und Schülern, in der Pressearbeit überregional und an den Schulen vor Ort, auf unseren Schulinternetseiten, in sozialen Netzwerken, in Jahresberichten und Schülerzeitungen und in vlb-akzente!

Günther Schuster

schule unterrichtet zu werden. Allerdings sei hierfür zusätzliches sonderpädagogisch qualifiziertes Lehrpersonal an den beruflichen Schulen notwendig. Sonst könne dieser Rechtsanspruch nicht eingelöst werden, konstatierte Wunderlich.

Weiterentwicklungen diskutieren

Der Lehrkräfte der beruflichen Schulen in Bayern beschäftigen sich am 12. Berufsbildungskongress auch mit künftigen berufsbildungspolitischen Herausforderungen. Im Einzelnen setzt sich der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen für eine Weiterentwicklung der beruflichen Bildung in folgenden Bereichen ein:

- Mit Blick auf den hervorragenden Ruf der bayerischen Wirtschaftsschulen muss es ein klares bildungspolitisches Bekenntnis geben, die Wirtschaftsschulen zu stärken. Dazu gehöre etwa, die maximale Klassengröße von 32 Schülerinnen und Schüler zu reduzieren und anderen Schularten anzugleichen. Es müssen innovative und kooperative Bildungswege erprobt werden, die den strukturellen Ausbau der Wirtschaftsschulen einbeziehen. Die Schulaufsicht sei gefordert, für einen fairen Wettbewerb zwischen den Schularten zu sorgen.
- Die Ausbildung der Lehrkräfte an beruflichen Schulen muss weiterentwickelt werden, ohne dass deren Qualität verschlechtert wird. Dabei müsse die schulartspezifische Lehrerbildung erhalten werden.
- Um die Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems weiter zu verbessern, müsse es an allen Fachoberschulen ein ausreichendes Angebot an so genannten Vorklassen für Wirtschaftsschüler und Mittelschüler geben, die den Schülerinnen und Schülern einen besseren Übergang an die FOS ermöglichen.

Pressemitteilung des Bayerischen Kultusministeriums vom 21. Nov. 2014:

Duale Bildung als Rückgrat der Gewinnung von Fachkräften – Enormes Engagement der Berufsschulen für junge Flüchtlinge

Bildungsminister Spaenle beim Berufsbildungskongress des Verbandes der Lehrer an Beruflichen Schulen in Bayern in Erlangen

ERLANGEN/MÜNCHEN. Als „Rückgrat der Gewinnung von Fachkräften für Bayern und Deutschland“ bezeichnete heute Bayerns Bildungsminister Dr. Ludwig Spaenle die duale Bildung im Besonderen und darüber hinaus die berufliche Bildung insgesamt beim Berufsbildungskongress des Verbandes der Lehrer an Beruflichen Schulen in Bayern. Die duale Bildung mit ihren vielfältigen Anknüpfungsmöglichkeiten sei ebenso ein wichtiger Baustein der Chancengerechtigkeit. Für ihn sind die beruflichen Schulen Lern- und Lebensorte mit enormer Innovationsfähigkeit, die sich aktuellen Entwicklungen mit größtem Engagement stellen.

Ausdrücklich sprach Minister Spaenle die herausragende Arbeit von Lehrkräften an den Berufsschulen an, die sich ebenso wie ihre Kolleginnen und Kollegen vor allem an Grund- und Mittelschulen dem Unterricht von jungen Flüchtlingen zuwenden. Über 60 Berufsschulen unterbreiten jungen Flüchtlingen und Asylbewerbern ein bundesweit einzigartiges zweijähriges Angebot, in dem diese in zwei Jahren die deutsche Sprache erlernen und einen vertieften Einblick in die Arbeitswelt erhalten. Diese wolle Bayern angesichts der Entwicklung weiter ausbauen. „Wir wollen den jungen Menschen, die häufig in großen Notlagen zu uns gekommen sind, gerecht werden. Wir können damit aber auch die

Grundlagen legen, dass diese später ihre Fähigkeiten in Arbeitswelt und Gesellschaft mit einbringen“, so der Minister.

Neben der dualen Ausbildung, in der Unternehmen und berufliche Schulen Hand in Hand den jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung vermitteln und zugleich den Nachwuchs an qualifizierten Fachkräften für Handwerk, Industrie und Handel sicherstellen, spielen auch die Fachschulen für Minister Spaenle bei der Ausbildung von Fachkräften eine wichtige Rolle. „Bayern hat seit dem Schuljahr 2012/2013 an 18 Standorten Fachschulen eingerichtet. So können wir dem Fachkräftemangel zeitnah und nachhaltig begegnen – gerade im ländlichen Raum“, betonte der Minister. „Die Berufliche Oberschule verknüpft in innovativer Weise eine breite und fundierte Allgemeinbildung, mit berufsbezogener Fachtheorie und Fachpraxis“, so der Minister. Die Schülerinnen und Schüler schätzen diese pädagogische Leistung, die Schülerzahlen entwickeln sich entsprechend. Mittlerweile werden rund 43 Prozent der Hochschulzugangsberechtigungen über den beruflichen Bildungsweg erworben, die große Mehrzahl davon über die Berufliche Oberschule. Minister Spaenle sprach zudem die Reform der Wirtschaftsschule an, die mit ihrem bundesweit einzigartigen Angebot einen festen Platz in der Schullandschaft habe. Mit dem neuen Lehrplan und der neuen Stundentafel könne die pädagogische Arbeit an den Wirtschaftsschulen weiter gestärkt werden. *Dr. Ludwig Unger*

Neue Klassen für Flüchtlinge?

Berufsschullehrer fordern mehr staatliche Unterstützung

ERLANGEN – Im Vorfeld des heutigen Berufsbildungskongresses in Erlangen hat der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) gefordert, dass im Freistaat 100 zusätzliche Klassen für junge Flüchtlinge und Asylbewerber eingerichtet werden.

Das Problem ist drängend. Vor vier Jahren noch gab es in Bayern sechs Klassen für Flüchtlinge und Asylbewerber, inzwischen sind es 188. Da die Flüchtlingszahlen weiter zunehmen, müsse an den Berufsschulen reagiert werden, sagte der VLB-Vorsitzende Jürgen Wunderlich gestern bei einem Pressegespräch an der Erlanger Wirtschaftsschule. Bayern sei bereits vorbildhaft, als einziges Bundesland habe es systematisch aufgebaute Bildungsgänge für Flüchtlinge und Asylbewerber bis zum 21. Lebensjahr entwickelt. Eine Ausweitung der Klassen ist von Seiten der Regierung geplant.

„Wir sehen uns mit der Wirtschaft in einem Boot“, fügte Wunderlich hinzu. Mit der Ausbildung junger Flüchtlinge könne man dem Ausbildungsmangel entgegenwirken. Doch klar sei: „Man muss Geld für Lehrerstellen in die Hand nehmen.“ Wichtig sei auch, dass die Lehrer auf die neuen Herausforderungen mit Fortbildungen vorbereitet werden.

Ob in Erlangen und im Landkreis eigene Klassen aufgemacht werden – und zu welchem Zeitpunkt –, werde die Regierung in den nächsten Wochen bekannt geben, sagte der Leiter der Berufsschule Erlangen, Roland Topinka gegenüber den *EN*. In den Berufsschulen in Erlangen und im Landkreis Erlangen-Höchstadt gibt es derzeit noch keine eigenen Klassen für Asylbewerber. Junge Flüchtlinge, die kein oder wenig Deutsch sprechen, besuchen die Berufsschule in Fürth. An der Berufsschule in Erlangen sind sechs Asylbewerber in den bestehenden Klassen integriert.

Doch auch ohne diese zusätzliche Aufgabe, die verstärkt auf die Berufsschulen zukommt, sieht der VLB Handlungsbedarf. „Die berufliche Bildung rangiert nicht an der Stelle, wo sie hingehört“, so Wunderlich. An den Berufsschulen und Berufsoberschulen fehlen dem Verband zufolge knapp 600 Lehrkräfte. (weiterer Bericht im Regionalteil) **EVA KETTLER**

Quelle: NN/ERL/LOKAL/LOKAL3 – Fr. 21.11.2014 – Stadt Erlangen

Jamil und Jeskala wollen endlich zur Schule:

Nicht alle jungen Flüchtlinge finden im Unterricht Platz – Berufsschullehrer fordern 100 zusätzliche Klassen

VON ELKE GRASSER-REITZNER

Sie sind wissbegierig, wollen lernen und einen Abschluss machen. Doch immer mehr junge Flüchtlinge und Asylbewerber finden hier keinen Schulplatz mehr. Die speziellen Übergangsklassen sind zum Bersten voll, der Markt an Lehrern, die Deutsch vermitteln können, ist leergefegt. Dabei wird der Nachwuchs dringend gebraucht.

FÜRTH – Jürgen Wunderlich hat ein schönes Beispiel parat. Im schwäbischen Höchstädt an der Donau suchte ein Bäckermeister händeringend nach Lehrlingen und Gesellen, und weil er keine fand, sah er seinen Betrieb in Gefahr. Erlösung kam aus den Reihen der Asylbewerber. „Er hat die syrischen Schüler gerne aufgenommen“, sagt Wunderlich, Landesvorsitzender des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen. Die jungen Syrer erwiesen sich als geschickt im Umgang mit dem täglichen Brot und hatten kein Problem mit der unbeliebten nächtlichen Arbeitszeit.

Der Nachwuchs mit ausländischen Wurzeln ist also durchaus willkommen. Nur: Es gibt nicht genügend Plätze in den Schulen, um die Jugendlichen aus Nahost, Afrika oder Osteuropa zu qualifizieren und sie mit der deutschen Kultur vertraut zu machen. Vor vier Jahren existierten an den bayerischen Berufsschulen sechs solcher Übergangsklassen, heute sind es 188 – und sie reichen längst nicht.

Der Zustrom an Asylbewerbern hält an, auch immer mehr Familien mit Kindern bitten hier um Aufnahme. Mindestens 100 zusätzliche Klassen müssten rasch an den Berufsschulen entstehen, sagt Vorsitzender Wunderlich, „und wir brauchen auch die personelle Ausstattung dazu“. Nicht nur Lehrer sind damit gemeint. Von „Kümme-

ren“ spricht der Verband, die etwa Kinder aus Afghanistan, Eritrea oder Somalia mit unseren Lebensbedingungen vertraut machen.

Elke Grede-Pawlak, stellvertretende Leiterin der staatlichen Berufsschule in Fürth, an der vier solcher Übergangsklassen eingerichtet sind, berichtet von einem Jungen aus Afrika, der auf dem Weg zur Schule im Zug erwischt wurde: Er war mit seiner Mobicard für bestimmte Fahrtzeiten fünf Minuten zu früh unterwegs gewesen.

Jetzt schreibt die Schulleitung einen Bittbrief an die Bahn, ihm die Strafe doch zu erlassen – und versucht gleichzeitig, dem Jungen klar zu machen, was er hier denn überhaupt falsch gemacht hat.

Die 17-jährige Jeskala und ihr 16-jähriger Bruder Jamil haben gar nichts falsch gemacht, und obwohl sie als anerkannte syrische Flüchtlinge mit ihrer Mutter und ihren beiden kleinen Geschwistern jetzt im Landkreis Fürth eine Wohnung gefunden haben, dürfen sie trotzdem nicht in Fürth in die Berufsschule gehen.

„Kein Platz“, lautet die Auskunft. Jeskala kocht gern und möchte Ärztin werden, ihr Bruder will vielleicht auch Medizin studieren – oder Frisör werden. Doch derzeit stehen die Chancen dafür schlecht. Statt Deutsch zu lernen, wie der kleine Bruder in der ersten Grundschulklasse oder die vierjährige Schwester im Kindergarten, müssen sie zu Hause die Zeit totschlagen. „Es zerreißt uns das Herz, aber wir müssen sie wegschicken“, sagt Pädagogin Grede-Pawlak.

„Geschenk“ vom Minister?

Die Klassen, in denen zunächst Deutsch vermittelt, und dann an einen Beruf oder eine weitere schulische Laufbahn herangeführt wird, seien bereits „überbucht“, überall mehr Jugendliche aufgenommen als vorge-

schrieben. Zudem: Die Fürther müssen nicht nur Flüchtlinge aus der Stadt und dem Landkreis beschulen, sondern auch aus der Stadt Erlangen, dem Landkreis Erlangen-Höchstadt und dem östlichen Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim.

Bei der Regierung von Mittelfranken kennt man das Problem, das nicht nur die Berufsschulen trifft. Allein 15.000 Kinder mit Migrationshintergrund besuchen in diesen Tagen mittelfränkische Grundschulen. Dort funktioniert die Eingliederung vergleichsweise rasch. Doch auch hier fehlt inzwischen geschultes Personal.

An den hiesigen Mittelschulen gibt es derzeit 50 Übergangsklassen mit über 800 solcher Schüler. „Die Notwendigkeit der Bildung weiterer Übergangsklassen ist absehbar“, teilt Regierungssprecherin Ruth Kronau-Neef mit. Das weiß auch Kultusminister Ludwig Spaenle, der heute den Bildungskongress der Berufsschullehrer in Erlangen besucht. Für Jürgen Wunderlich und seine Kollegen hat er ein Geschenk im Gepäck, so munkelt man: Auch an der Erlanger Berufsschule sollen Übergangsklassen installiert werden. Dann hätten vielleicht auch Jeskala und Jamil eine Chance, endlich unterrichtet zu werden.

Schule hat keinen Platz:

Junge Syrer sind Opfer des großen Flüchtlingsstroms

VON ELKE GRASSER-REITZNER

In die Schule zu müssen, ist für so manchen Heranwachsenden eine unangenehme und lästige Sache. Doch nicht in die Schule zu dürfen, kann eine menschliche Katastrophe auslösen. Eine Familie aus Syrien, die sich gerade hier integrieren möchte und in Siegelsdorf eine Wohnung gefunden hat, kämpft um einen Unterrichtsplatz für zwei Kinder.

VEITSBRONN – Das Haus in der Krependorfer Straße ist neu, die gelbe Farbe macht einen freundlichen Eindruck. Ein geeignetes Ambiente also für einen Neustart nach furchtbaren Jahren in einem Camp in Damaskus, den dauernden Bombenangriffen dort, schließlich der Flucht nach Deutschland und der zermürbenden Zeit in den Unterkünften in Zirndorf und Nürnberg, bis ihr Asylantrag bewilligt wurde. Shadow Rookah und ihren vier Kindern fällt das Lachen immer noch schwer.

Jetzt, wo sie es fast geschafft haben und das Leben in Sicherheit beginnen kann, tun sich neuen Hürden auf. Während die 40-jährige Shadow nach Weihnachten an einem Deutschkurs teilnehmen darf, um mit den erworbenen Kenntnissen später auf Job-Suche zu gehen, bleibt ihren beiden ältesten Kindern das verwehrt.

Jesckala, die in ein paar Tagen 18 Jahre alt wird, und ihr 16-jähriger Bruder Jamil haben einen Traum: Sie möchten Ärzte werden. Um studieren zu können, brauchen sie einen ordentlichen Schulabschluss. Doch den können sie derzeit nirgends absolvieren. Wegen des großen Flüchtlingsstroms platzen die sogenannten Übergangsklassen, in denen Kinder und Jugendliche mit ausländischen Wurzeln fit für eine Ausbildung oder eine weitere schulische Laufbahn gemacht

werden, in ganz Bayern aus allen Nähten. (Einen weiteren Bericht dazu finden Sie im FN-Regionalteil, Seite 16)

Im September, als die syrische Familie noch in einer Gemeinschaftsunterkunft in Nürnberg auf ihre Anerkennung gewartet hatte, konnten Jesckala und Jamil die Berufsschule 5 in der Deumentenstraße besuchen. Jetzt, mit der Aufenthaltserlaubnis in der Tasche, mussten sie sich eine eigene Wohnung suchen — und haben sie in Veitsbronn-Siegelsdorf gefunden. Mit dem Umzug in den Landkreis Fürth mussten die Jugendlichen die Nürnberger Schule wieder verlassen.

„Es zerreißt uns das Herz“

In Fürth aber, wo an der staatlichen Berufsschule derzeit vier solcher Übergangsklassen eingerichtet sind, kommen Jesckala und Jamil nicht zum Zug. „Es zerreißt uns das Herz, dass wir sie abweisen mussten, sie sind nicht die einzigen“, berichtet die stellvertretende Schulleiterin Elke Grede-Pawlak. Die Berufsschule ist für solche Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren zwar zuständig, doch kann sie längst nicht mehr alle aufnehmen.

Denn der Fürther Sprengel umfasst nicht nur die schulpflichtigen Migranten- und Flüchtlingskinder in Stadt und Landkreis Fürth, sondern auch die in Erlangen, im Landkreis Erlangen-Höchstadt und im östlichen Landkreis Neustadt/Bad Windsheim.

Die Alphabetisierungsklasse zum Beispiel, in der Heranwachsende aus Afghanistan, Somalia oder Eritrea Lesen und Schreiben lernen, ist längst „überbucht“; maximal 20 Jungen und Mädchen dürfen dort aufgenommen werden. Auch die drei anderen Klassen liegen über der Soll-Stärke.

Bei der Regierung in Ansbach kennt man das Problem. Die Notwendigkeit, weitere Übergangsklassen zu bilden, „sei absehbar“, heißt es dort. Auch

Kultusminister Ludwig Spaenle, der heute zum Berufsbildungskongress des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen nach Erlangen kommt, hat bereits Hilfe signalisiert. Studienleiterin Grede-Pawlak indes mahnt, der Markt an kompetenten Lehrern, die Deutsch als Zweitsprache vermitteln können, sei längst leergefegt. Auch hier müsse Abhilfe geschaffen werden.

Jesckala und Jamil hoffen nun, dass sich bald etwas tut und sie sich die öde Langeweile durch Unterricht vertreiben können. Im Gegensatz zu ihnen sprechen ihre Geschwister bereits recht ordentlich Deutsch. Denn der siebenjährige Mohammad geht jetzt in die erste Klasse der Veitsbronner Grundschule. Und für die vierjährige Joud ist ein Kindergartenplatz vorhanden. Die beiden Kleinen haben Freunde gefunden, doch ihre ernst dreinblickenden großen Geschwister sitzen schweigend zu Hause auf der vom Vermieter geschenkten Couch.

Sie haben keine Ahnung, wie ihre Zukunft aussehen wird.

Impressionen vom 12. VLB-Berufsbildungskongress





Impressionen vom 12. VLB-Berufsbildungskongress





Der VLB im Gespräch:

Gedankenaustausch mit MdL Tobias Reiß

PANKRAZ MÄNNLEIN

Zu einem Gedankenaustausch mit MdL Tobias Reiß trafen sich der VLB-Landesvorsitzende Jürgen Wunderlich, stellvertretender Landesvorsitzender Pankraz Männlein sowie der Referent für Fach- und Berufsoberschulen Hans Dietrich im Bayerischen Landtag.

Die VLB-Vertreter nutzten die Gelegenheit, um den CSU-Bildungsexperten über die aktuellen Probleme (Beschulung von berufsschulpflichtigen Asylbewerbern und Flüchtlingen, Inklusion, Anrechnungsstunden für die Datenschutzbeauftragten, freiwilliges Arbeitszeitkonto, ...) und Anliegen (Stellenwert der beruflichen Schulen, Verteilung der demografischen Rendite, zusätzliche Stellen für FOS/BOS, ...) unserer beruflichen Schulen zu informieren sowie Besonderheiten des differenzierten beruflichen Schulwesens zu erläutern.

Selbstredend diente das Treffen auch dazu, Tobias Reiß auf den bevorstehenden VLB-Berufsbildungskongress einzustimmen. Für die Bereitschaft, sich in Erlangen sowohl den bildungspolitischen als auch dienstrechtlichen Fragen unserer Kolleginnen und Kollegen zu stellen, bedankte sich Jürgen Wunderlich vorab beim Vertreter der Regierungspartei.

Gut informiert, offen für die Belange der beruflichen Schulen und sehr interessiert präsentierte sich der Landtagsabgeordnete in dem rund zweistündigen Gespräch mit den VLB-Vertretern. Das lässt hoffen, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn zu Recht wird unser duales Ausbildungssystem im Einklang mit den berufsbildenden Schulen als das Rückgrat unserer Wirtschaft bezeichnet.

Die zuständigen politischen Gremien und Entscheidungsträger müssen aber auch dafür sorgen, dass unsere beruflichen Schulen mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden, um



Von links: Hans Dietrich, Tobias Reiß, Jürgen Wunderlich, Pankraz Männlein.

die Funktionsfähigkeit dieser tragenden Säule im Bildungssystem zu erhalten und auszubauen.

Die derzeit geführten Debatten um G8/G9 und Hochschulstudium dürfen nicht länger den „Akademisierungswahn“ begünstigen und so die dringend erforderliche Unterstützung und Stär-

kung des beruflichen Schulwesens behindern. Auf solche Fehlentwicklungen hinzuweisen, ist unsere Aufgabe, diese zu verhindern, gehört nach unserem Verständnis zu den Aufgaben der politischen Entscheidungsträger, die wir dabei gerne kritisch-konstruktiv unterstützen. ■

Dienstrecht aktuell:

Arbeitsbefreiung nach § 29 TV-L zur Pflege eines schwer erkrankten Kindes – Dienstbefreiung nach § 16 UrIV

WOLFGANG LAMBL

Das Bundesarbeitsgericht hat mit Urteil vom 5. August 2104–9 AZR 878/12 – festgestellt, dass § 29 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e) Doppelbuchst. bb) TVöD (inhaltsgleich mit § 29 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e) Doppelbuchst. bb) TV-L) den Anspruch nicht gesetzlich krankenversicherter Beschäftigter auf bezahlte Freistellung bei schwerer Erkrankung mehrerer Kinder unter zwölf Jahren im selben Kalenderjahr nicht auf höchstens vier Arbeitstage begrenze.

Bezahlte Freistellung bei schwerer Erkrankung der Kinder

Es gelte die Gesamtbelastungsobergrenze von fünf Arbeitstagen im Kalenderjahr gemäß § 29 Abs. 1 Satz 3 TVöD. Zur Begründung wurde im Wesentlichen ausgeführt, dass § 29 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e) Doppelbuchst. bb) TVöD als nachrangige Regelung den Zweck verfolge, einen Anspruch auf bezahlte Arbeitsbefreiung in den Fällen zu gewähren, in denen der Arbeitnehmer nicht finanziell durch die Vorschriften des SGB V abgesichert ist, etwa weil er privat versichert ist.

Insoweit wolle die Norm eine Lücke schließen. Dies werde zuletzt daran deutlich, dass die sonstigen Voraussetzungen des § 29 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e) Doppelbuchst. bb) TVöD den in § 45 SGB V genannten Voraussetzungen weitestgehend entsprechen. § 29 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e) Doppelbuchst. bb) TVöD sei gemäß dieser Ergänzungsfunktion im Kontext des § 45 SGB V auszulegen. § 45 Abs. 2 Satz 1 SGB V ist im Bereich der gesetzlich Versicherten für die hier entscheidende Frage aber eindeutig. Danach besteht ein Anspruch auf Krankengeld „in jedem Kalenderjahr für jedes Kind längstens für 10 Arbeitstage“, wobei der Anspruch nach § 45 Abs. 2 Satz 2 SGB V grundsätzlich auf 25 Arbeitstage je Kalenderjahr begrenzt ist. Angesichts der beschriebenen Funktion der tarifli-

chen Regelung erscheine einen entsprechende Auslegung von § 29 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e) Doppelbuchst. bb) TVöD angezeigt.

Die Mitgliederversammlung der TdL hat sich zwischenzeitlich mit dem Urteil befasst und beschlossen hieraus allgemeine Folgerungen zu ziehen.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat hat keine Bedenken, wenn in Zukunft entsprechend diesem Beschluss der Mitgliederversammlung verfahren wird.

Bei schwerer Erkrankung eines Kindes, welches das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, kann daher, sofern im laufenden Kalenderjahr kein Anspruch nach § 45 SGB V besteht, keine andere Betreuungsperson zur Verfügung steht und die Ärztin/der Arzt die Notwendigkeit der Anwesenheit der/des Be-

schäftigten zur Betreuung des Kindes bestätigt für jedes Kind eine Arbeitsbefreiung unter Fortzahlung des Entgelts von bis zu vier Arbeitstagen im Kalenderjahr gewährt werden. Im Kalenderjahr darf jedoch die Freistellung nach § 29 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e) insgesamt fünf Arbeitstage nicht überschreiten (§ 29 Abs. 1 Satz 3 TV-L).

Anwendung auch für den Beamtenbereich

Eine mit den Bestimmungen des TV-L inhaltsgleiche Regelung enthält § 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchst. e) Doppelbuchst. bb) und Abs. 2 Satz 2 UrIV für Beamtinnen und Beamte. Im Sinne einer einheitlichen Behandlung der Beschäftigtengruppen kann im Beamtenbereich entsprechend dem Tarifbereich verfahren werden. ■

Elektronische Schließanlagen an öffentlichen Schulen

WOLFGANG LAMBL

Bei Angaben darüber, welche Lehrkraft die Tür eines bestimmten Raumes aufgeschlossen oder zugeschlossen hat, handelt es sich um personenbezogene Daten im Sinne des Art. 4 Abs. 1 BayDSG. Abhängig von den weiteren Funktionalitäten des vorgesehenen elektronischen Schließsystems können möglicherweise auch zusätzliche personenbezogene Daten erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

Rechtsgrundlage und Rechtsvorschriften:

Als Rechtsgrundlage für die Erhebung von Zutrittsdaten kommt Art. 16 Abs. 1 BayDSG und für die Verarbeitung und Nutzung dieser Daten Art. 17 Abs. 1 BayDSG in Betracht. Sowohl Art. 16

Abs. 1 BayDSG als auch Art. 17 Abs. 1 BayDSG setzen dabei voraus, dass der jeweilige Datenumgang zur Erfüllung von in der Zuständigkeit der öffentlichen Stelle – hier also der öffentlichen Schule – liegenden Aufgaben erforderlich ist, d. h. zur Erreichung des Zwecks objektiv geeignet ist und im Verhältnis zu dem angestrebten Zweck auch angemessen erscheint.

Rechtsvorschriften des Bayerischen Datenschutzgesetzes sowie die Anlage 8 der Verordnung zur Durchführung des Art. 28 Abs. 2 des Bayerischen Datenschutzgesetzes finden Sie unter <https://www.datenschutz-bayern.de>

Erforderlichkeit der Datenerhebung

Ob die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Zutrittsdaten tatsächlich

von Art und Umfang her bei jedem der vorgesehenen Schulräume erforderlich ist, kann letztlich nur vor Ort abschließend beurteilt werden. Auf das datenschutzrechtliche Gebot der Datensparsamkeit sei an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen.

Löschung der Daten

Personenbezogene (Zutritts-)Daten, deren Kenntnis für die speichernde Stelle zur Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben nicht mehr erforderlich ist, sind gemäß Art. 12 Abs. 1 Nr. 2 BayDSG grundsätzlich zu löschen.

Datenschutzrechtliche Freigabe erforderlich

Der erstmalige Einsatz von automatisierten Verfahren, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, bedarf gem. Art. 26 Abs. 1 Satz 1 BayDSG der vorherigen (schriftlichen) datenschutzrechtlichen Freigabe durch die das Verfahren einsetzende öffentliche Stelle. Die Freigabe ist gem. Art. 26 Abs. 3 Satz 2 BayDSG vom behördlichen Datenschutzbeauftragten zu erteilen und gem. Art. 27 Abs. 1 BayDSG in das behördliche Verzeichnisse aufzunehmen.

Mitbestimmung der Personalvertretung

Ferner ist zu prüfen, ob und inwieweit der Personalrat in die Entscheidung über die Einführung eines elektronischen Schließsystems einzubinden ist. Die Frage nach der Erforderlichkeit der Beteiligung des Personalrates ist anhand der Regelung des Art. 75 a Abs. 1 Nr. 1 Bayerisches Personalvertretungsgesetz (BayPVG) zu beurteilen. Danach unterliegt unter anderem die Einführung technischer Einrichtungen zur Überwachung des Verhaltens oder der Leistung der Beschäftigten der zwingenden Mitbestimmung des Personalrates.

Nach der Rechtsprechung ist der Mitbestimmungstatbestand bereits dann gegeben, wenn die technische Einrichtung an sich geeignet ist, eine Leistungs- oder Verhaltenskontrolle der Beschäftigten durchzuführen. Eine subjektive Zielsetzung in diese Richtung ist nicht notwendigerweise erforderlich. Nicht nur aus Transparenzgründen wird insoweit stets

der Abschluss einer Dienstvereinbarung gem. Art. 73 BayPVG empfohlen.

Hinweis auf Veröffentlichungen von Datenschutzbehörden

Mit der datenschutzrechtlichen Problematik der elektronischen Schließanlagen beschäftigen sich im Übrigen auch ausführlich auch die beiden Veröffentlichungen von Datenschutzbehörden, auf die an in diesem Zusammenhang hingewiesen wird:

- > Die Ausarbeitung Einsatz von Zutrittskontrollsystemen des Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit thematisiert unter anderem die Funktionsweise und die datenschutzrechtlichen Anforderungen an Zutrittskontrollsysteme. Sie ist auf der Homepage des Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit www.tlfdi.de

unter der Rubrik „Themen“ – „Technischer und organisatorischer Datenschutz“ – „Zutrittskontrollsysteme“ abrufbar (www.tlfdi.de/tlfdi/themen/technischer_datenschutz/zutritt).

- > Mit datenschutzrechtlichen Aspekten bei der Einbruchbekämpfung mit einer zentralen Schließanlage hat sich das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein in seinem 27. Tätigkeitsbericht (2005) unter der Nr. 4.1.3 Einbruchbekämpfung mit zentraler Schließanlage beschäftigt. Sie finden diesen Tätigkeitsberichtsbeitrag auf der Homepage des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein www.datenschutzzentrum.de in der Rubrik „Veröffentlichungen – „Tätigkeitsbericht des ULD““ (www.datenschutzzentrum.de/material/tb/tb27).

Quelle: Bayer. Datenschutzbeauftragter

Videoüberwachung an öffentlichen Schulen

WOLFGANG LAMBL

Die Videoüberwachung an Schulen in Bayern wird vom Landesbeauftragten für Datenschutz, Thomas Petri, kritisch thematisiert. Er kündigte eine „krachende Beanstandung“ für Schulen an, die gegen Vorschriften verstoßen. Tonaufzeichnungen oder heimliche Aufnahmen seien verboten, sagte Petri dem Bayerischen Rundfunk.

Nachprüfungen ergaben, dass in mehreren Schulen Schilder fehlen, die auf eine Videoüberwachung hinweisen. Zudem könnten nur wenige Schulleiter konkrete Fälle nennen, die eine Überwachung rechtfertigten. „Wenn uns Hinweise auf Verstöße gegen den Datenschutz vorliegen, werden wir dem nachgehen“, äußerte sich der Sprecher des Kultusministeriums, Ludwig Unger. Für jede Schule müsse es ein Sicherheitskonzept geben, das mit der Polizei abgestimmt werde. Für bauliche Maßnahmen seien in der Regel die Kommunen zuständig.

Trotz aller Vorbehalte breitet sich Videoüberwachung jedoch immer weiter aus. Meist soll sie als letzter Notanker Symptome bekämpfen, deren Ursachen man anscheinend nicht in den Griff bekommt. Das jüngste Beispiel, bei dem der Ruf nach einer Videoüberwachung in Schulen aufkam, stammt aus Niedersachsen: An einer Berufsschule haben einige Jugendliche einen Mitschüler regelmäßig brutal gequält und ihre Taten gefilmt – niemand aus der Klasse benachrichtigte die Lehrer. Erst nach Monaten offenbarte sich das Opfer einer an der Schule beschäftigten Sozialpädagogin.

Rechtsgrundlage und Rechtsvorschriften

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem grundlegenden Beschluss vom 23. Februar 2007 (Az.: 1 BvR 2368/06) festgestellt, dass durch Videoüberwachungen in das vom Grundgesetz geschützte allgemeine Persönlichkeitsrecht der Bürgerinnen und Bürger eingegriffen wird.

Da der weit überwiegende Teil der von einer solchen Überwachung erfassten Personen in keiner Beziehung zu einem konkreten Fehlverhalten steht und daher keinerlei Anlass für eine Videoüberwachung gibt, liegt nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts sogar ein erheblicher Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung vor, welcher nur auf der Grundlage einer hinreichend bestimmten und normenklaren Ermächtigungsgrundlage verfassungsgemäß sein kann.

Als Reaktion auf diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat der bayerische Gesetzgeber mit Art. 21 a Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) die im Bayerischen Datenschutzgesetz bislang fehlende hinreichend bestimmte und normenklare Ermächtigungsgrundlage für Videoüberwachungen mit Wirkung zum 1. Juli 2008 geschaffen. Entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts lässt Art. 21 a BayDSG eine Videoüberwachung durch bayerische öffentliche Stellen jedoch nur unter engen Voraussetzungen zu.

Speziell im Hinblick auf den Schulbereich hat eine – gerade auch von der Presse stark beachtete – Befassung des Bayerischen Landtags (Landtags-Drucksache 16/15571) ergeben, dass nur eine – in Anbetracht von über 6.100 bayerischen Schulen – äußerst geringe Anzahl von bayerischen Schulen eine Videoüberwachung durchführt. Angesichts der gemäß Art. 21 a BayDSG in Verbindung mit Anlage 8 der Verordnung zur Durchführung des Art. 28 Abs. 2 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (DVBayDSG-KM) „Videoaufzeichnung an Schulen“ hier von bayerischen öffentlichen Schulen zu beachtenden strengen Datenschutzvorgaben ist dies allerdings nicht weiter erstaunlich.

Im Einzelnen

> Eine Videoüberwachung an Schulen muss entweder zum Schutz von Leben, Gesundheit, Freiheit oder Eigentum der Personen, die sich im Bereich der Schule oder in deren unmittelbarer Nähe aufhalten, oder zum Schutz der schulischen Einrichtung vor Sachbeschädigung und Diebstahl tatsächlich erforderlich sein (siehe Art. 21 a

Abs. 1 Satz 1 BayDSG i.V.m. Anlage 8 Nr. 2.2 DVBayDSG-KM). Dies ist in der Regel nur dann der Fall, wenn bereits in der Vergangenheit Vorfälle aufgetreten sind, die eine Videoüberwachung rechtfertigen können. Schulen haben hierbei vor allem zu prüfen, ob nicht andere Aufsichts- und Überwachungsmaßnahmen sowie sonstige – insbesondere pädagogische – Mittel ausreichen. Zudem dürfen auch keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass durch die Videoüberwachung überwiegende schutzwürdige Interessen der Betroffenen beeinträchtigt werden (Art. 21 a Abs. 1 Satz 2 BayDSG).

Ob diese Voraussetzungen vorliegen, muss – vor der Installation – für jede einzelne Kamera anhand der konkreten Umstände des Einzelfalls beurteilt werden. Darüber hinaus muss – nach der Installation – die Erforderlichkeit der Videoüberwachung mindestens einmal jährlich mittels einer detaillierten und nachvollziehbaren Vorfalldokumentation überprüft und das Prüfergebnis dokumentiert werden.

In diesem Zusammenhang weise ich ergänzend auf die entsprechenden Hinweise des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst im KMS vom 25. September 2009 (Az.: I.5-5 L 0572-1.93780) sowie auf den Beitrag Nr. 10.5 Videoüberwachung der Schul-toilette meines 25. Tätigkeitsberichts 2012 hin, welchen Sie von meiner Homepage <https://www.datenschutz-bayern.de> unter der Rubrik „Tätigkeitsberichte“ abrufen können.

> Im Übrigen müssen insbesondere die Voraussetzungen von Anlage 8 Nr. 2.5 DVBayDSG-KM beachtet werden. Danach darf eine Videoaufzeichnung nur Personen betreffen, die sich im Eingangsbereich der Schule aufhalten oder sich zwischen 22:00 Uhr und 06:30 Uhr außerhalb von schulischen oder sonstigen von der Schule zugelassenen Veranstaltungen auf dem Schulgelände befinden; darüber hinaus ist eine Aufzeichnung nur außerhalb von schulischen oder sonstigen von der Schule zugelassenen Veranstaltungen an Feiertagen, an Wochenenden oder in den Ferien auf dem Schulgelände zulässig.

• In Anlage 8 Nr. 5 DVBayDSG-KM ist ferner festgelegt, dass die gespeicherten Daten jeweils spätestens drei Wochen nach der Aufzeichnung gelöscht werden müssen, soweit sie nicht zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung oder von Straftaten oder zur Geltendmachung von Rechtsansprüchen benötigt werden. Auch dürfen gemäß Anlage 8 Nr. 6 DVBayDSG-KM nur die Schulleitung und die von der Schulleitung beauftragten Angehörigen des Lehr- oder Verwaltungspersonals die Videoaufzeichnungen einsehen. Die Videoüberwachung und die erhebende Stelle sind zudem durch geeignete Maßnahmen erkennbar zu machen (Art. 21 a Abs. 2 BayDSG). Werden durch Videoüberwachung erhobene Daten einer bestimmten Person zugeordnet, ist diese über die Tatsache der Speicherung entsprechend Art. 10 Abs. 8 BayDSG zu benachrichtigen (Art. 21 a Abs. 4 BayDSG).

> Von den Vorgaben der Anlage 8 DVBayDSG-KM kann im begründeten Einzelfall im Detail an der Schule vor Ort abgewichen werden. Voraussetzung ist dabei, dass der für die Schule zuständige behördliche Datenschutzbeauftragte ein datenschutzrechtliches Freigabeverfahren durchführt (siehe Art. 26 BayDSG) und die datenschutzrechtliche Freigabe in das schulische Verzeichnisverzeichniss aufnimmt (siehe Art. 27 BayDSG).

Angesichts der Tatsache, dass der bayerische Normgeber mit der Anlage 8 DVBayDSG-KM insbesondere allen bayerischen öffentlichen Schulen einen grundsätzlich als ausreichend und damit auch nur insoweit als datenschutzrechtlich erforderlich bewerteten Rahmen für Videoüberwachungen vorgegeben hat, ist jedoch eine Erteilung inhaltlich wesentlich über die Anlage 8 DVBayDSG-KM hinaus gehender datenschutzrechtlicher Freigaben unzulässig.

> Art. 21 a BayDSG i.V.m. Anlage 8 DVBayDSG-KM sind im Übrigen auf nicht funktionsfähige Kameras (Attrappen) analog anzuwenden, da auch mit diesen ein verhaltenslenkender Zweck verfolgt wird. ■

10. Arbeitstagung FOS/BOS:

Gestaltungsspielräume kreativ nutzen

HANS DIETRICH

Am Samstag, 07. März 2015 ist es wieder soweit. Den Lehrkräften an Fachoberschulen und Berufsoberschulen bietet sich Gelegenheit, bei der Fachtagung des VLB ihre Erfahrungen auszutauschen und neue Impulse für die eigene Arbeit mitzunehmen.

Die Tagung findet in diesem Jahr in Bamberg statt, einer Stadt in Oberfranken, in der sich Geschichtsträchtigkeit und Zukunftsorientierung treffen, was sinngemäß auch auf die Inhalte der Tagung zutrifft. Auch wenn es sich um die inzwischen 10. Fachtagung handelt, soll nicht das Feiern im Mittelpunkt stehen. Ein Blick auf das Programm bestätigt klar den Charakter einer Arbeitstagung. Dabei sollen Spezialbereiche besetzt werden, die sonst kaum im Focus der Betrachtung stehen. Beabsichtigt ist, in den einzelnen Arbeitskreisen besondere Kollegengruppen anzusprechen wie Beratungslehrkräfte, Datenschutzbeauftragte oder Kolleginnen oder Kollegen, die mit dem Schultheater einen Gegenpol zur stark kognitiven Ausrichtung der FOS/BOS schaffen wollen.

Das Motto der Tagung lautet „Gestaltungsspielräume kreativ nutzen“, um auszudrücken, dass eine Vielfalt von Erfahrungen und Möglichkeiten aufgezeigt wird, die die teilnehmenden Tagungsgäste an ihren Schulen nutzbar machen können.

Programm

Für den Vormittag konnte der Präsident der Universität Bamberg, Prof. Dr. Godehard Ruppert gewonnen werden. Er wird in seinem Vortrag auf die Durchlässigkeit zwischen Schule und Hochschule, aber auch im Sinn des Bildungsauftrags, dem sich die Universität im Kontext lebenslangen Lernens stellt, eingehen und dabei auch Schlaglichter auf unsere beiden Schularten werfen.

Das Nachmittagsprogramm ist zunächst von den Arbeitskreisen bestimmt, die so getaktet sind, dass jeder Teilneh-

Programmübersicht

10. Fachtagung FOS/BOS

Samstag, 07.03.2015 in Bamberg, Ohmstraße 12–17
Berufsschule I bis 14.00 Uhr (Vortrag und Mittagsverpflegung)
FOS/BOS ab 14.00 Uhr (Arbeitskreise und Diskussionsforum)

Motto: Gestaltungsspielräume kreativ nutzen

09.00 Uhr Eröffnung der Lernmittelschau und Anreise der Gäste
 10.00 Uhr Begrüßung und Grußworte
 10.45 Uhr Festvortrag Prof. Dr. Godehard Ruppert, Präsident der Universität Bamberg

Mittagspause

13.00 Uhr Arbeitskreise, 1. Runde
 14.00 Uhr Arbeitskreise, 2. Runde
 15.00 Uhr Lehrkräfte fragen – das KM antwortet mit MR Günter Liebl gegen 16 Uhr Tagungsende

Musikalische Umrahmung durch die Folkband „The Morrissons“ der Städtischen Musikschule Bamberg

mer zwei solcher Veranstaltungen besuchen kann. Im Anschluss daran wird MR Liebl unter dem Motto „Lehrkräfte fragen – das Staatsministerium antwortet“ gerne in einen Dialog mit den Lehrkräften eintreten, um sie besonders bewegende Fragen zu klären oder sie mit in sein Reisegepäck nach München zu nehmen.

Erstmals wird bei dieser Tagung in der Weltkulturerbe-Stadt Bamberg am Vormittag ein Besichtigungsprogramm für Begleitpersonen angeboten, bei dem anschließend Gelegenheit besteht, auch Gastronomie und Geschäftswelt Bambergs zu erkunden.

Die Tagung findet am Vormittag bis einschließlich der Mittagspause in den Räumen der Berufsschule I statt. Die ca. 10 Arbeitskreise am Nachmittag so-

wie das Diskussionsforum mit MR Liebl sind in der gegenüber liegenden FOS/BOS vorgesehen. Die gastgebende Schule ist gut gerüstet für die Fachtagung, sie wird in einer Promenade eine Reihe von Best-Practice Beispielen der eigenen Schule in verschiedenen Fächern vorstellen.

Die Fachtagung in Bamberg weist eine sehr hohe Informationsvielfalt und -dichte auf, die für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Fahrt nach Bamberg lohnenswert machen sollte. Mitglieder wie auch (Noch-) Nichtmitglieder sind zur Tagung herzlich willkommen.

Die jeweils aktuelle Version des Programms, insbesondere die einzelnen Arbeitskreise, findet sich auf der Homepage des VLB sowie in der nächsten Ausgabe von vlb-akzente. ■

Bundesweit für Sie da: Mit Direktbank
und wachsendem Filialnetz.

Für mich: das kostenfreie Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹⁾

Vorteil für dbb-Mitglieder:

- 30,- Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

In unseren Filialen in Aschaffenburg, Augsburg, Erlangen, Nürnberg und München, bei unserer Direktbank, unter www.bezuegekonto.de oder Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei).



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Staatspreisträger an der Berufsschule Rothenburg-Dinkelsbühl:

Deutschland – das Land mit den gut ausgebildeten Menschen

MARGIT SCHWANDT

500 Absolventen beendeten an der Berufsschule Rothenburg-Dinkelsbühl im vergangenen Sommer erfolgreich ihre Ausbildung im dualen Schulsystem und besuchten dabei eine 12. oder 13. Klasse. 29 von ihnen haben in ihrem Berufsschulzeugnis die Durchschnittsnote 1,5 oder besser erzielt und wurden dafür mit einem Staatspreis geehrt, den Stadträtin Jutta Striffler gemeinsam mit dem Schulleiter, Dr. Friedhard Nichterlein, im Gastronomischen Bildungszentrum überreichte.

Aus dem Bereich der Gastronomie durften sich zehn ehemalige Schülerinnen und Schüler, die eine Ausbildung zur Hotelfachfrau bzw. zum Hotelfachmann durchlaufen hatten, über den Staatspreis freuen und sind damit – auch zahlenmäßig – einsame Spitze. Sieben Verfahrensmechaniker für Kunststoff- und Kautschuktechnik wurden mit dem Preis geehrt – ihre schulische Ausbildung erfolgte an der Berufsschule Dinkelsbühl. Auch fünf Systemgastronomen erhielten die Auszeichnung – sie waren aus dem fränkischen Seenland und aus Oberfranken eigens nach Rothenburg gekommen, um der Feierstunde beizuwohnen.

In den kleineren Abteilungen gab es je einen Preisträger: So konnte einem Mechaniker für Land- und Baumaschinenteknik, einem Kraftfahrzeugmechatroniker, einer Fleischereifachverkäuferin, einem Fleischer, einem Koch, einem Industriekaufmann und einer Einzelhandelskauffrau eine Urkunde überreicht werden.

Preisträger in der Poolposition

Dr. Nichterlein betonte in seiner Laudatio, die Preisträger seien mit besonderen Begabungen und Talenten gesegnet, die sie entwickeln konnten, dabei hätten sie stets treue Begleiter gehabt, ob in der Familie, in der Schule oder im Ausbildungsbetrieb – alle hätten

Einer der Staatspreisträger mit Schulleiter Dr. Friedhard Nichterlein, Stadträtin Jutta Striffler (von links) und Klassenlehrer Thomas Paus (rechts).



ten ihr berufliches Talent gefördert. An dieser Stelle dankte Nichterlein nachdrücklich den Kreispolitikern des Landkreises Ansbach, der als Sachaufwandsträger für beste Rahmenbedingungen an der Berufsschule sorgt. An die Absolventen appellierte der Schulleiter, auch künftig ihre Talente weiterzuentwickeln, fleißig und strebsam zu sein, dennoch selbstbewusst und verantwortungsvoll durchs Leben zu gehen: Sie gehörten zur Elite der Gesellschaft und hätten beste Chancen, sich beruflich zu verwirklichen und auch akademisch aufzusteigen. Derzeit besetzten sie die „Poolposition“ – sie hätten sich selbst beste Startchancen für eine optimale berufliche Zukunft geschaffen.

Deutschland – das Land mit den gut ausgebildeten Menschen

Er verwies darauf, dass in den nächsten Wochen vier chinesische Lehrkräfte an der Berufsschule Rothenburg-Dinkelsbühl hospitieren würden, die lernen wollten, wie man erfolgreich an einer Berufsschule unterrichtet. Die Gäste aus China sähen in Deutschland das „Land der gut ausgebildeten Menschen“, wo Arbeitstugenden wie Fleiß, Pünktlichkeit, Genauigkeit und hohe Fachkompetenz gelten würden. Diese Tugenden seien der Grund dafür, dass Deutsch-

land heute die Wirtschaftslokomotive für Europa darstelle. Stadträtin Jutta Striffler überbrachte die Glückwünsche des Oberbürgermeisters Walter Hartl und des Stadtrats. Gemeinsam mit dem Schulleiter Dr. Nichterlein überreichte sie die Urkunden an die Staatspreisträger und fand – individuell für jeden Absolventen – ein persönliches, berufsbezogenes Wort des Glückwunsches. Sie forderte die Staatspreisträger auf, selbst immer wieder weiter zu lernen und den hohen Wert einer beruflichen Ausbildung mit all ihren Karrierechancen unter den jungen Menschen zu kommunizieren und dafür zu werben.

Karriere durch Weiterbildung

Die Fleischereifachverkäuferinnen mit ihrer Lehrerin Heidi Strauß hatten ein kaltes Buffet gezaubert – und die Staatspreisträger hatten Gelegenheit, sich mit Eltern und Freunden, Ausbildern und Lehrern auszutauschen und ihre Zukunftspläne vorzustellen. Diese sind so vielfältig wie die jungen Menschen selbst: Während sich einige entschlossen haben, zu studieren, machen andere im Ausbildungsbetrieb Karriere und entwickeln sich betriebsintern, einige von ihnen besuchen eine weiterführende Schule. Sie alle stehen in der „Poolposition“: Die Welt ist für die offen. ■

Landesverband

Aktuelles aus dem GV



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr 2014 ist seit wenigen Tagen Geschichte. Sie haben am Jahreswechsel sicherlich zurück geblickt und eine persönliche Wertung für Ihr Jahr 2014 vorgenommen. Das haben wir auch getan – persönlich. An dieser Stelle wollen wir aber auch aus verbandlicher Sicht zurückblicken. Was hat uns das Jahr 2014 gebracht, wo konnten wir uns einbringen?

Nun, in diesem Heft lesen Sie viele Berichte über den Berufsbildungskongress des VLB vom 21. bis 22. November 2014 in Erlangen. Wir möchten hierzu eines feststellen: das, was der ausrichtende Bezirksverband Mittelfranken und der Kreisverband Erlangen mit ihren Vorsitzenden Horst Lochner und Gerald Wölfel an der Spitze geleistet haben, war beste Arbeit. Dem gesamten Organisationsteam gebührt Dank und Anerkennung für ihren beispielhaften Einsatz für unsere Solidargemeinschaft.

Man könnte über vieles reden

Einer der Höhepunkte des Kongresses war die öffentliche Hauptveranstaltung, bei der Kultusminister Spaenle wie schon bei den vorangegangenen Bildungskongressen die Festansprache hielt. Das ehrt uns. Gleichwohl wären dem anwesenden Fachpublikum etwas konkretere Worte recht gewesen. So hörten wir nur bekannte allgemeine Äußerun-

gen zur Wertschätzung der dualen Ausbildung im Ausland, zur Bedeutung der beruflichen Bildung für die Wirtschaft usw. Wir hoffen, dass das wenig Konkrete nicht die Bedeutung der Beruflichen Schulen im Kultusministerium widerspiegelt. Aber es ist eben bezeichnend, dass wir (leider) beobachten müssen, wie eine nicht enden wollende Diskussion um die Ausdifferenzierung von G8/G9 die bildungspolitischen Kräfte derart in Anspruch nimmt, dass für die wirklich existenziellen Probleme, wie sie sich derzeit beispielsweise mit der Beschulung von minderjährigen Asylanten und Flüchtlingen an unseren Berufsschulen auf türmen, kaum Zeit bleibt. Vielleicht deshalb, weil man ja aus der Vergangenheit weiß, dass auf die Berufler Verlass ist. Und genau aus diesem Grund hätten wir uns mehr erwartet. Es gibt so vieles, das konkretes Handeln erfordert. Der dauernde Ruf nach Stellenmehrungen, um wenigstens den Pflichtunterricht (!) vollständig abdecken zu können, muss doch in den Ohren klingen, die dringend notwendige bessere Ausstattung der Berufsschulen mit Anrechnungsstunden muss doch endlich angegriffen werden und und und ... Mancher Zuhörer war verärgert, davon nichts vom Minister gehört zu haben. Wir als Verband nehmen den Unmut als Auftrag entgegen, unsere Forderungen gegenüber dem Kultusministerium mit noch mehr Nachdruck geltend zu machen.

Über die Grenzen schauen

Ein weiterer Höhepunkt im vergangenen Jahr war die Tagung der Arge-Alp im Mai in Memmingen. Veranstalter war der VLB, der die Gäste aus Baden-Württemberg, Österreich, der Schweiz und aus Südtirol empfing. Der Erfahrungsaustausch auf den Gebieten Dienstrecht, Demografische Entwicklung, Europäischer (Deutscher) Qualifikationsrahmen, Fachkräftemangel, Beschulung von Asylbewerbern und Flüchtlingen, Inklusion war befruchtend und eröffnete den Teilnehmern interessante Perspektiven beim Blick auf die jeweils eigene Situation. So konnte die Delegation aus Österreich berichten, dass der Rückgang der Schülerzahl in den beruflichen Schulen nunmehr am Ende angelangt ist und die Zahlen sich stabilisieren. Die Schweizer Kollegen stellten fest, dass dieses Problem bei ihnen gar nicht so dramatisch ist.

Kontakte dieser Art sind für den VLB wichtig. Wir sind als Bayern nicht auf einer Insel, wir sind inmitten einer vielfältigen Bildungs- und Schullandschaft. Gemeinsamkeiten mit anderen bestärken uns, Unterschiede können befruchten. Die Zusammenarbeit mit den angrenzenden (Bundes-)Ländern stärkt unsere Arbeit, weshalb wir sie auch künftig gerne weiterführen wollen.

Kräfte bündeln

Fortsetzen wollen wir auch die engagierte und nutzbringende Mitarbeit in unseren beiden Bundesverbänden BLBS und VLW. Die Sinnhaftigkeit einer engeren Zusammenarbeit haben die Protagonisten längst erkannt und durch gemeinsame Aktivitäten und Tagungen im vergangenen Jahr deutlich werden lassen. Mit dem für 1./2. Oktober 2015 geplanten Kongress „Treffpunkt Berlin – Schule effektiv führen“ will man den beruflichen Schulen mehr Öffentlichkeit verleihen und das Interesse der politischen Entscheidungsträger in der Bundeshauptstadt auf die Belange der berufsbildenden Schulen lenken. Gleichzeitig dürfen wir diese gemeinsam von BLBS und VLW getragene Großveranstaltung als weiteres Signal für ein schrittweises Zusammenwachsen interpretieren. Anknüpfungspunkte und Themen für ein gezieltes Miteinander bieten sich an vie-

VLB-Datenschutzbeauftragter benannt:

Der VLB nimmt den Schutz Ihrer Daten sehr ernst!

Ab Januar 2015 hat der VLB einen eigenen Datenschutzbeauftragten: Matthias Kohn (Leiter der Geschäftsstelle des VLB).

Der VLB nimmt den Schutz Ihrer Daten sehr ernst! Wir möchten, dass Sie wissen, welche Daten wir warum erheben – und wie wir sie verwenden.

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogener Daten erfolgt auf der Grundlage des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und nach den Vorgaben der einschlägigen Vorschriften über den Datenschutz.

Personenbezogene Daten sind Informationen, die dazu genutzt werden können, Ihre Identität zu erfahren. Darunter fallen Informationen wie ihr Name, Adresse, Postanschrift, Telefonnummer Bankdaten etc. Informationen, die nicht mit Ihrer Identität in Verbindung gebracht werden fallen nicht darunter.

Der VLB verwendet Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich zur Bearbeitung Ihrer Mitgliedschaft. Eine Verarbeitung zu anderen Zwecken kommt nicht in Betracht. Insbesondere werden Ihre personenbezogenen Daten nicht an Dritte weitergegeben.

Ihre Angaben speichern wir auf besonders geschützten Servern. Der Zugriff darauf ist nur wenigen besonders befugten Personen möglich, die mit der technischen oder redaktionellen Betreuung der Server befasst sind. Regelmäßige Informationen zum Thema Datenschutz finden Sie ab sofort in Ihrer vlb-akzente sowie auf unserer Homepage unter www.vlb-bayern.de

Matthias Kohn

len Stellen. So beispielsweise im Bereich der Lehrerbildung. Hier haben sich die Lehrerbildner des BLBS und die Mitglieder des VLW-Lehrerbildungsausschusses für März 2015 zu einer gemeinsamen Sitzung verabredet. Der VLB begrüßt diese spürbare und notwendige Annäherung vor dem Hintergrund einer in Bayern vor mehr als zwei Jahrzehnten vorbildlich gelungenen „Fusion“ von gewerblich-technischer und kaufmännischer Standesvertretung. Vor allem aber weil sich mit der Bündelung von Kräften erfahrungsgemäß auch der Wirkungsgrad verbandspolitischer Aktivitäten erhöht.

Was erwartet uns im neuen Jahr?

Auch in diesem Jahr wollen wir wieder regelmäßig aus dem GV für Sie, liebe Leserinnen und Leser, berichten. Die nachfolgenden Termine zeigen einige wichtige Stationen des VLB-Fahrplans 2015:

22.01.2015

Gespräch mit den Vertretern der Abteilung VI im KM

27./28.02.2015

Hauptvorstandssitzung in Dillingen

07.03.2015

Fachtagung Berufliche Oberschule in Bamberg

03./04.07.2015

Hauptvorstandssitzung in Regensburg

25./26.07.2015

GV-Klausurtagung in Bad Kissingen

23.10.2015

Hauptvorstandssitzung in Weiden

24.10.2015

Kaufmännische Fachtagung in Weiden

Hinzu kommen die regelmäßig stattfindenden GV-Sitzungen, Veranstaltungen in den Kreis- und Bezirksverbänden, parlamentarische Abende usw. So können Sie sicher sein, spannenden Lesestoff von uns zu erhalten.

Übrigens: Die Redaktion der vlb-akzente freut sich, wenn Sie das, was Sie in der Schule beschäftigt, in Worte fassen und an die Redaktion senden. Da gibt es viele spannende Dinge, ein außergewöhnliches Schülerprojekt oder die Erfahrung mit einer innovativen Unterrichtsgestaltung oder die Praxis inter-

nationaler Schul- und Schülerkontakte. Schreiben Sie an: redaktion@vlb-bayern.de.

Der Geschäftsführende Vorstand wünscht Ihnen und Ihren Familien sowie Ihren Schülerinnen und Schülern alles Gute für ein erfolgreiches Jahr 2015 bei bester Gesundheit.

Es grüßen Sie

Pankraz Männlein und Klaus Vietze

Bezirks- und Kreisverbände

KV Nürnberg

Bildungspolitische Diskussion

Die bildungspolitische Diskussion des VLB-Kreisverbandes Nürnberg stand ganz im Zeichen der vollzogenen Veränderungen sowie der neuen Herausforderungen, die sich im Bereich der kommunalen beruflichen Schulen in Nürnberg seit diesem Schuljahr ergeben. So sind es statt 12 nun 14 Direktorate. Diese Entscheidung des Stadtrates war aufgrund zweier übergroßer Schulen notwendig und ermöglicht nun sinnvolle Zuschnitte bei angemessenen Schüler- und Lehrerzahlen. Als neue Herausforderung zeigt sich, den jungen Flüchtlingen eine qualifizierte Beschulung zu bieten, die sich stark auf den Bereich der Sprachintegration konzentriert.

Die bildungspolitische Sprecherin der CSU-Stadtratsfraktion, Barbara Regitz, lobte daher auch die vielfältigen Aufgaben und Erfolge der beruflichen Schulen in Nürnberg von der Berufsausbildung über die Klassen zur Sprachintegration bis hin zum Erwerb der Hochschulreife an FOS und BOS. Diese Aufgaben bräuchten die Unterstützung der Politik. Ein Aspekt sei die Erhöhung der EDV-Pauschale im Jahr 2015. Die Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Dr. Anja Pröhl-Kammerer, betonte, dass die Stadt Nürnberg in den nächsten drei Jahren 118 Millionen Euro in den Bildungsbereich investieren



Wie immer – sie sind für die beruflichen Schulen in Nürnberg da: (vorne von links) Die Stadträtinnen Dr. Anja Pröbß-Kammerer (SPD) und Barbara Regitz (CSU) sowie der Leiter des Amtes für berufliche Schulen Ulrich Ziegenthaler. Die Schulseite vertreten (hinten von links) Schulleiterin Uschi Trappe-Ruff und VLB-Kreisvorsitzender Klaus Janetzko.

werde. Diese Summe werde zum Teil für Schulneubauten verwendet.

Der Leiter des Amtes für Berufliche Schulen der Stadt Nürnberg, Ulrich Ziegenthaler, wies darauf hin, dass neben der sehr guten personellen Ausstattung die Schulen zusätzlich unterstützt würden. Hierzu nannte er die Förderstunden an den Berufsfachschulen sowie die integrierte Lehrerreserve an den beruflichen Oberschulen. Als wichtige Stellenschrauben bezeichnete er die EDV- und die Modernisierungspauschalen. Im Bereich der EDV-Pauschale müssten die beruflichen Schulen besser ausgestattet werden, um mit den technischen Neuerungen mithalten zu können. Die Klassenzahlen seien insgesamt stabil. Es gebe

IHR PLUS AN GESUNDHEITSSCHUTZ FÜR BEAMTE

Das R+V-BeihilfeKonzept.
Die private Krankenversicherung für Beamte.



Mit einer privaten Kranken-Vollversicherung aus dem R+V-BeihilfeKonzept optimieren Sie Ihren Gesundheitsschutz und profitieren von erstklassigen Leistungen. Informieren Sie sich jetzt, wie Sie Ihren Gesundheitsschutz individuell an Ihre Lebenssituation anpassen und flexibel gestalten können: In den Volksbanken Raiffeisenbanken, R+V-Agenturen oder auf www.ruv.de
Ansprechpartner: Reiner Roggan, Tel.: 0171 / 6217333; E-Mail: Reiner.Roggan@ruv.de

einige boomende Berufe sowie weiterhin eine Zunahme der Schülerzahlen an der FOS. Ziegenthaler sieht es als gemeinsame Aufgabe mit den Betrieben und Kammern, die duale Bildung attraktiv zu gestalten. Er betonte, dass es seit Beginn des Schuljahres drei weitere Klassen zur Sprachintegration gebe. Bei der Aufgabe, diese Klassen kurzfristig zu organisieren, habe sich eine beeindruckende Solidarität unter den beruflichen Schulen der Stadt Nürnberg gezeigt.

Bei der Diskussion und den Nachfragen des Publikums kamen Probleme bei den nötigen Baumaßnahmen zur Sprache, die das Hochbauamt nicht zeitnah umsetzen könne. Ein weiteres Thema war die zusätzliche Versorgung der Schulen mit Schulpsychologen und Sozialarbeitern angesichts neuer Herausforderungen wie der Betreuung von jungen Flüchtlingen. *Sven Constabel*

KV Mittelfranken-Süd

Auf dem höchsten Punkt der Frankenhöhe: Adventsfeier in Schillingsfürst

Eine Schlossführung bei Nacht erlebten die Mitglieder des VLB-Bezirksverbandes Mittelfranken-Süd. Eigentlich ist die Barockschlossanlage derer zu Hohenlohe-Schillingsfürst, die auf dem höchsten Punkt der Frankenhöhe und genau auf der europäischen Wasserscheide errichtet ist, für Besucher während der Wintermonate geschlossen. Doch für die Lehrkräfte machte man eine Ausnahme: So öffnete der fürstliche Schlossverwalter die Pforten des hochherrschaftlichen Adelsitzes und geleitete die Gäste durch die Gemächer. Sie erfuhren Wissenswertes über den Kardinal Gustav Adolf aus dem Hause Hohenlohe-Schillingsfürst, der mit dem Komponisten Franz Liszt zeitlebens freundschaftlich verbunden war und diesen immer wieder zu Konzerten nach Schillingsfürst bat, über den Reichskanzler Chlodwig (1819–1901) zu Hohenlohe-Schillingsfürst und die



Mittelfränkische Lehrkräfte besuchen das Schloss Schillingsfürst.

aktuelle Erbfolge des Hauses, die - immer noch – ausschließlich männlichen Nachkommen vorbehalten ist.

Jenisch – die Schillingsfürster Geheimsprache

Doch Schillingsfürst hat noch einiges mehr zu bieten: Verbandsmitglied Markus Löschel und das Schillingsfürster Urgestein Johannes Munique begrüßten die Gäste zum adventlichen Beisammensein im Schlosscafé mit einem Dialog in jenischer Sprache, die nur alteingesessenen Schillingsfürstern vertraut ist. So sind die Lehrer beispielsweise die „Duftschaller“ – schließlich hatte früher der Lehrer das Amt des Organisten und Kantors inne, er „beschallte“ sozusagen die Kirche (= „Duft“).

Gelungener VLB-Kongress

In einer kurzen Ansprache ließ der VLB-Bezirksvorsitzende Horst Lochner den VLB-Kongress Revue passieren, der in diesem Jahr in Erlangen vom Bezirksverband Mittelfranken ausgerichtet wurde und äußerst positiv von allen Seiten aufgenommen wurde.

Ehrungen langjähriger Mitglieder

Schließlich durften die Ehrungen nicht fehlen: So sind Thomas Amann, Heinz Kamm, Michael Krauss, Jürgen Neff, Silvia Nordhus, Norbert Oder, Andrea Schulz, Herbert Streng und Karin Wagner seit 10 Jahren Mitglied im Verband.

Für 20 Jahre Mitgliedschaft wurden Thomas Bachmeier, Claus Bauer, Andrea Etzel, Rainer Forster, Brigitte Gafert, Michael Görs und Thomas Hermann geehrt. Zwei Kollegen halten dem Verband seit einem 1/4 Jahrhundert die Treue: Es sind Siegwart Kunert aus Ansbach und Günter Trabert aus Uffenheim. Eine Urkunde zum 30-jährigen Jubiläum erhielt Karl Lehr aus Feuchtwangen, Edgar Meersteiner aus Weißenburg und Maria Middendorf aus Rothenburg - sie gehört auch dem Bezirksvorstand an. Herrmann Brunner aus Merkendorf, Wer-



Seit 66 Jahren Verbandsmitglied: Gerhard Binder ehrt Elisabeth Neumeister aus Rothenburg.

ner Kern aus Gallmersgarten, Heinrich Petzoldt aus Schwabach, Helmut Pfeufer aus Weißenburg und Karl-Heinz Wiesentheit aus Neuendettelsau unterstützen seit 50 Jahren den Verband durch ihre Mitgliedschaft.

Elisabeth Neumeister seit 66 Jahren im Verband

Drei besondere Ehrungen konnte der Bezirksvorsitzende des BV-Süd, Gerhard Binder, noch vornehmen: Erwin Erras aus Schwabach gehört seit 1953 zum VLB, genauso lang ist der Ansbacher Siegfried Hecht dabei. Seit 66 Jahren hält die Rothenburgerin Elisabeth Neumeister dem Verband die Treue und ist damit einsame Spitze in Mittelfranken. Das Abendprogramm zu absolvieren, war für die agile Bestagerin kein Problem und sie plauderte munter mit den jüngeren Kollegen über die alten, längst vergangenen Zeiten. Die Zeiten haben sich wohl geändert, ebenso die Unterrichtsinhalte - doch eine Lebensweisheit gab

sie den jungen Lehrkräften mit auf den Weg: Schüler wollen ernst genommen werden – gegenseitige Wertschätzung und Respekt sind die Grundlage für ein harmonisches Miteinander im Klassenzimmer.

Margit Schwandt

Senioren

Rechtzeitig daran denken:

Altersurlaub – Was muss ich berücksichtigen?

Altersurlaub nach dem Bayerischen Beamtengesetz

Sie wollen sich bis zum Eintritt in den Ruhestand beurlauben lassen?

Dies ist möglich nach Art. 90 Abs. 1 Nr. 2 BayBG. Nach Vollendung des 50. Lebensjahres können Sie sich beurlauben lassen. Den Antrag für die Bewilligung des Altersurlaubs können Sie allerdings schon vorher stellen. Ein Rechtsanspruch auf arbeitsmarktpolitische Beurlaubung besteht nicht. Durch eine Beurlaubung darf sich die Unterrichtsversorgung in den Fächern des Antragsstellers/der Antragsstellerin an der jeweiligen Schule nicht verschlechtern. Die arbeitsmarktpolitische Beurlaubung kann erst nach Ablauf der Probezeit bewilligt werden.

Die Arbeitsmarktpolitische Beurlaubung (AmpB) ist ein Urlaub ohne Dienstbezüge

Der Antrag muss sich bis zum Beginn des gesetzlichen Ruhestandes erstrecken. Die Inanspruchnahme der Antragsaltersgrenze ist auf eigenen Antrag möglich. (Der Antrag muss rechtzeitig, ca. 4 Monate vorher gestellt werden.)

Jetzt informieren!
Tel.: 089-5459500

Im Krankheitsfall bestens versorgt.

BONUS CARE-BA – die private Krankenversicherung für Beamtenanwärter.

- ✓ Immer passend: die individuelle Absicherung zur Beihilfe
- ✓ Starke Leistung: Zweibettzimmer mit Chefarztbehandlung
- ✓ Einfach optimal: die Ausstattung mit modernen Hilfsmitteln
- ✓ Selbstverständlich inklusive: Kieferorthopädie und Zahnersatz
- ✓ Geld zurück – bis zu 6 Monatsbeiträgen

Ein starker Partner  münchener verein



Ihr Vorsorgespezialist: Micha Schubert · Münchner Str. 1 · 85609 Aschheim
Telefon: 089-5459500 · schubert.micha@mv-adp.de



Während der AmpB haben Sie keinen eigenen Anspruch auf Beihilfe (Bh).

Daraus folgt: Sie müssen sich auf eigene Kosten voll krankenversichern.

Beihilferegulung

Sollte Ihr Ehegatte/Lebenspartner ebenfalls bayerischer Staatsbeamter sein, ergibt sich folgende Variante:

§7 Bayerische Beihilfeverordnung (BayBhV) stellt fest: „die in den §§ 8 bis 41, 43 und 44 genannten Aufwendungen, die für den Ehegatten bzw. Lebenspartner des Beihilfeberechtigten entstanden sind“, sind nicht beihilfefähig, „soweit dessen Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 3 EStG) im zweiten Kalenderjahr vor der Stellung des Beihilfeantrages den Höchstbetrag von 18.000.00 € übersteigt.

Das heißt für Sie, wenn ab 1. August die AmpB eintritt: Sie werden voraussichtlich in der Zeit vom Januar bis Juli die Einkommensgrenze von 18.000.00 € überschreiten. Sie sind also ab dem 1. August bis 31. Dezember nicht beihilfeberechtigt.

Im § 7 BayBhV steht weiter zu lesen: „Hat der berücksichtigungsfähige Ehegatte bzw. Lebenspartner im laufenden Kalenderjahr keine Einkünfte mehr, die den Höchstbetrag von 18.000.00 € übersteigen und erklärt der Beihilfeberechtigte, dass im laufenden Kalenderjahr dieser Höchstbetrag auch nicht überschritten wird, kann unter dem Vorbehalt des Widerrufs eine Beihilfe bereits im laufenden Kalenderjahr gewährt werden; dem Beihilfeberechtigten ist aufzugeben, zu Beginn des folgenden Kalenderjahres zu erklären, ob die Einkünfte des zu berücksichtigenden Ehegatten bzw. Lebenspartners im abgelaufenen Kalenderjahr den Höchstbetrag überschritten haben.“

Daraus folgt für Sie: Sie sind ab 01. Januar nach dem Beurlaubungsbeginn auf Antrag Ihres Ehegatten bzw. Lebenspartners und mit der Erklärung, dass Sie nicht über die Einkommensgrenze von 18.000.00 € kommen werden, über Ihren Ehegatten bzw. Lebenspartner beihilfeberechtigt.

Ihr Ehegatte bzw. Lebenspartner muss für die Zeit ab 01. Januar für Sie die Beihilfe als berücksichtigungsfähiger Angehöriger schriftlich beantragen.

Der Antrag erfolgt formlos

Erbitten Sie die Berücksichtigung des laufenden Kalenderjahres. Ansonsten wird die Vor-vor-jahresregelung angewendet.

Verfahren Sie folgendermaßen

Sobald die Genehmigung der AmpB durch die Regierung vorliegt, stellt Ihr Ehegatte bzw. Lebenspartner bei seiner Beihilfestelle diesen o.g. Antrag.

Wie schon erwähnt, während des AmpB haben Sie keinen eigenen Anspruch auf Beihilfe. Sie müssen also Ihre Krankenversicherung anpassen.

Beachten Sie die Sonderregelung

In der Zeit des beginnenden AmpB, also vom 01. August bis zum 31. Januar kann Ihr Ehegatte bzw. Lebenspartner die entstandenen beihilfefähigen Aufwendungen erst nach dem 01. Januar bei der Beihilfestelle einreichen.

Siehe § 48 Abs. 7 BayBhV: Der Antrag ist gem. §48 Abs. 7 BayBhV innerhalb eines Jahres nach Entstehen der Aufwendungen oder der Ausstellung der Rechnungen vorzulegen...

Verfahren Sie folgendermaßen

Ihr Ehegatte bzw. Lebenspartner soll sich vor Ende des Schuljahres von der Beihilfestelle bestätigen lassen, dass eventuelle Aufwendungen vom 01.08. bis 31.12. beihilfefähig sind, sofern der Beihilfeantrag hierfür erst im folgenden Jahr gestellt wird. Eine schriftliche Bestätigung der Beihilfestelle ist deshalb Grundlage für die Anpassung der Krankenversicherung. Diese Bestätigung ist auch deshalb wichtig, weil sich Vorschriften in der Beihilfe ändern können.

Was Sie noch bedenken sollten

Auszug aus Art.90 Abs. 1 Nr.2 BayBG: Für den Fall der Bewilligung verzichte ich für die Dauer des Bewilligungszeitraumes auf die Ausübung entgeltlicher Nebentätigkeiten und werde entgeltliche Tätigkeiten nach Art 82 Abs. 1 Nrn. 4 – 6 BayBG nur in dem Umfang ausüben, wie ich sie bei Vollzeitbeschäftigung ohne Verletzung dienstlicher Pflichten ausüben könnte.

(Entgeltliche Tätigkeiten nach Art.82 Abs. 1 Nrn. 4 – 6 BayBG:

- > eine schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische Tätigkeit oder Vortragstätigkeit des Beamten, die mit Lehr- und Forschungsaufgaben zusammenhängende selbstständige Gutachtertätigkeit von Professoren an staatl. Hochschulen sowie von Beamten an wissenschaftlichen Instituten und Anstalten
- > die Tätigkeit zur Wahrnehmung von Berufsinteressen in Gewerkschaften oder Berufsverbänden oder in Selbsthilfeeinrichtungen der Beamten)

Es wird vor allem darauf hingewiesen, dass

- > Beförderungswartezeiten sich eventuell entsprechend verlängern,
- > sich eine Auswirkung auf das Ruhegehalt bzw. die Zusatzversorgung ergeben kann,
- > während des Laufes der Beurlaubung eine Änderung in der Dauer oder Umfang oder eine Rückkehr zur vollen Arbeitszeit nur mit Zustimmung der Regierung zulässig ist,
- > eine Verwendung mit voller Unterrichtspflichtzeit am bisherigen Dienort nach Beendigung der Beurlaubung nicht gewährleistet werden kann,
- > jede Änderung in den für die Beurlaubung maßgebenden Verhältnissen unverzüglich auf dem Dienstweg der Regierung mitzuteilen ist.

Zusammengestellt von Peter Wawra

Literaturverzeichnis:

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen: Informationen, Teilzeitbeschäftigung, Beurlaubung und Altersteilzeit, 2012;

www.stmf.bayern.de;

Bayerische Beihilfeverordnung (BayBhV);

Landesamt für Finanzen,
Dienststelle Landshut, 08/2013,
<http://www.lff.bybn.de6166>

Unsere Stadt – Ihre Zukunft

Die STADT WÜRZBURG sucht für ihre beruflichen Schulen

Lehrkräfte für das Lehramt an beruflichen Schulen und Lehrkräfte für das Lehramt an Gymnasien

Die Stadt Würzburg unterhält vier berufliche Schulen, namentlich die Franz-Oberthür-Schule (BBZ I), die Josef-Greising-Schule (Gewerbliches BBZ II), die Klara-Oppenheimer-Schule (BBZ für kaufm., hausw. und soz. Berufe) und das Berufliche Schulzentrum für Wirtschaft und Datenverarbeitung.

Lehrkräfte für das Lehramt an beruflichen Schulen werden an folgenden Schulen gesucht:

Franz-Oberthür-Schule mit der Fächerverbindung:

- Elektrotechnik / Zweifach beliebig, bevorzugt Mathematik oder Physik

Josef-Greising-Schule mit der Fächerverbindung:

- Bautechnik / Zweifach beliebig; vertiefte EDV-Kenntnisse und Ausbildung im Baubereich erwünscht

Klara-Oppenheimer-Schule mit der Fächerverbindung:

- Diplom-Handelslehrer/in / Zweifach beliebig
- Diplom-Handelslehrer/in / Zweifach beliebig; Erfahrung im Fachbereich Steuern erwünscht
- Gesundheit / Pflege / Zweifach Biologie / Chemie oder Ernährung und Hauswirtschaft / Zweifach Biologie / Chemie

Berufliches Schulzentrum für Wirtschaft und Datenverarbeitung mit der Fächerverbindung:

- Diplom-Handelslehrer/in / Zweifach Informatik bzw. vertiefte Informatikkenntnisse

Lehrkräfte für das Lehramt an Gymnasien werden an der städtischen Wirtschaftsschule mit der Fächerverbindung Mathematik / Physik gesucht.

Wir bieten Ihnen:

- eine Einstellung im Beamtenverhältnis (bei Erfüllen der rechtlichen Voraussetzungen)
- Beförderungen entsprechend den staatlichen Richtlinien

Auskünfte erteilen Ihnen die Schulleiter

- Herr Tutschku, Franz-Oberthür-Schule, Tel. 0931/7953-0
- Herr Beuchert, Josef-Greising-Schule, Tel. 0931/64015-0
- Herr Ott, Klara-Oppenheimer-Schule, Tel. 0931/7908-100
- Herr Sieber, Berufliches Schulzentrum für Wirtschaft und DV, Tel. 0931/7908-204.

Darüber hinaus steht Ihnen Frau Mitlmeier im Fachbereich Personal, Tel. 0931/37-3223, für eine erste Kontaktaufnahme zur Verfügung.

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, dann senden Sie Ihre aussagekräftige Bewerbung bitte **bis spätestens 19.02.2015** an:

Stadt Würzburg
Fachbereich Personal/Lehrkräfte
Rückermainstr. 2
97070 Würzburg

oder bewerben Sie sich online unter Rebecca.Mitlmeier@stadt.wuerzburg.de

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für uns selbstverständlich. Menschen mit Behinderung werden bei gleicher Eignung und Befähigung vorrangig berücksichtigt.

Weitere Information zur Stadt Würzburg erhalten Sie im Internet unter www.wuerzburg.de.



Personalien

Wir gratulieren im Februar zum ...

... zum 92. Geburtstag

Sommermann, Alfred, 17.02.
95119 Naila, KV Oberfranken-Nordost

... zum 91. Geburtstag

Prautsch, Karl, 17.02.
96106 Ebern, KV Main-Rhön
Heilek, Erwin, 21.02.
91623 Sachsen, KV Mittelfranken-Süd

... zum 89. Geburtstag

Röhrich, Waltraud, 22.02.
90443 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 88. Geburtstag

Beck, Elfriede, 19.02.
63897 Miltenberg, KV Untermain
Rabis, Helmut, 28.02.
84036 Kumhausen, KV Landshut

... zum 86. Geburtstag

Weber, Manfred, 19.02.
86316 Friedberg, KV Augsburg

... zum 85. Geburtstag

Bock, Gerda, 15.02.
96450 Coburg, KV Oberfranken-Nordwest
Einfalt, Stephanie, 21.02.
86720 Nördlingen, KV Nordschwaben
Hartmann Prof. Dr., Rolf 23.02.
80803 München, BV München
Reinhold, Ernst, 01.02.
83278 Traunstein,
KV Traunstein-Berchtesgadener Land
Schnellbögl, Josef, 19.02.
93426 Roding, KV Cham

... zum 84. Geburtstag

Reithmann, Eugen, 05.02.
93057 Regensburg, KV Regensburg
Kröner, Kurt, 07.02.
89257 Illertissen, KV Nordschwaben
Amann, Gertrud, 12.02.
94474 Vilshofen, KV Niederbayern-Ost
Dopfer, Helga, 13.02.
83714 Miesbach, KV Rosenheim-Miesbach
Schramm, Berthold, 17.02.
96050 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim

Puls, Walburga, 27.02.
84048 Mainburg, KV Landshut

... zum 83. Geburtstag

Linder, Hans, 08.02.
86316 Friedberg, KV Nordschwaben
Bettendorf, Josef, 09.02.
87480 Weitnau, KV Allgäu
Wengenroth, Wilhelm, 19.02.
84028 Landshut, KV Landshut
Kleinsteuber, Klaus, 27.02.
86368 Gersthofen, KV Augsburg

... zum 82. Geburtstag

Mager, Adolf, 08.02.
90542 Eckental-Eschenau, KV Nürnberg
Kern, Sigrid, 23.02.
97828 Marktheidenfeld, KV Würzburg

... zum 81. Geburtstag

Dirscherl, Aloisia, 01.02.
94315 Straubing, KV Donau-Wald
Lehnberger, Adolf, 12.02.
87700 Memmingen, KV Allgäu
Hessdörfer, Emil, 15.02.
97532 Üchtelhausen, KV Main-Rhön
Bartl, Josef, 26.02.
92676 Eschenbach, KV Oberpfalz-Nord
Reuter, Horst, 28.02.
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach

... zum 80. Geburtstag

Fischer, Josef, 09.02.
83377 Vachendorf,
KV Traunstein-Berchtesgadener Land
Gilch, Matthias, 27.02.
91522 Ansbach,
KV Mittelfranken-Süd

... zum 75. Geburtstag

Albrecht, Günther, 29.02.
82024 Taufkirchen, BV München
Bauer, Helmut, 12.02.
86609 Donauwörth, KV Nordschwaben
Engelhardt, Robert, 24.02.
97816 Lohr, KV Würzburg
Helm, Reiner, 28.02.
91207 Lauf, KV Mittelfranken-Nord
Kron, Astrid, 01.02.
97616 Bad Neustadt, KV Main-Rhön
Kummer, Sigrid, 24.02.
86163 Augsburg, KV Augsburg

Kunz, Friedbert, 05.02.
63820 Elsenfeld, KV Untermain
Ruther, Erich, 12.02.
87653 Eggenthal, KV Allgäu
Seebauer, Karl, 07.02.
83043 Bad Aibling, KV Rosenheim-Miesbach

... zum 70. Geburtstag

Bachhuber, Klaus, 11.02.
85290 Geisenfeld, KV Oberbayern-Nordwest
Gehlert Dr., Berthold, 01.02.
96052 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim
Hirsch, Helmut, 19.02.
83093 Bad Endorf, KV Rosenheim-Miesbach
Hofmann, Erhard, 02.02.
96450 Coburg, KV Oberfranken-Nordwest
Hornfeck, Dieter, 07.02.
95502 Himmelkron, KV Oberfranken-Nordwest
Kniegl, Wilhelm, 27.02.
83627 Warngau, KV Rosenheim-Miesbach
Mayer, Max, 19.02.
86489 Deisenhausen, KV Nordschwaben
Meyer, Otto, 04.02.
90409 Nürnberg, KV Nürnberg
Wagner, Helmut, 27.02.
80639 München, BV München

... zum 65. Geburtstag

Bauernschmitt, Bernhard, 17.02.
90522 Oberasbach, KV Mittelfranken-Nord
Büttner, Bernd, 05.02.
63825 Westerngrund, KV Unterma
Hornaue, Reinhard, 25.02.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Houter, Ulrich, 17.02.
86438 Kissing, KV Augsburg
Laub, Wolfgang, 08.02.
85235 Egenburg, KV Nordschwaben
Rotermund, Heinz, 26.02.
96114 Hirschaid, KV Bamberg-Forchheim
Schreiber, Helmut, 19.02.
81245 München, BV München
Stürzer, Rudolf, 01.02.
84570 Polling, KV Rosenheim-Miesbach
Titze, Marie-Luise, 17.02.
89346 Bibertal, KV Nordschwaben
Wenger-Scherb, Gabriele, 07.02.
91722 Arberg, KV Mittelfranken-Süd

... zum 60. Geburtstag

Bothner, Rudolf, 28.02.
92421 Schwandorf, KV Schwandorf
Bräuer, Manfred, 24.02.
2552 Teunz, KV Oberpfalz-Nord
Eberl, Christoph, 25.02.
84032 Landshut, KV Landshut

Grünwald, Horst, 21.02.
80636 München, KV Oberbayern-Nordwest

Harrer Dr., Rudolf, 26.02.
97078 Würzburg, KV Würzburg

Knoll, Gertrud, 07.02.
83607 Holzkirchen, BV München

Kolb, Margret, 17.02.
96450 Coburg, KV Oberfranken-Nordwest

Naumann, Peter, 27.02.
91166 Georgensgmünd, KV Nürnberg

Rau, Walter, 21.02.
86633 Neuburg, KV Oberbayern-Nordwest

Schuberth, Wolfgang, 14.02.
89449 Zusamaltheim, KV Nordschwaben

Slowik, Eugen, 01.02.
91453 Diespeck, KV Mittelfranken-Süd

Wetteskind, Hubert, 11.02.
85276 Pfaffenhofen, BV München

In den Ruhestand sind gegangen ...

Abramowsky, Maria, KV Mittelfranken-Nord

Büttner, Bernd, KV Untermain

Ernst, Karl, KV Nürnberg

Gebhardt, Hans, KV Nürnberg

Hornauer, Reinhard, KV Neumarkt

Kelber, Reinhard, KV Würzburg

Klobe, Gerhard, KV Main-Rhön

Krug, Gerhard, KV Nürnberg

Rübzig, Erich, KV Bamberg-Forchheim

Weberpals, Reinhold, KV Mittelfranken-Nord

Weidinger, Dietrich, KV Mittelfranken-Nord

Weigand, Alfred, KV Würzburg

Wir trauern um ...

Buchtmann, Alfred (77), KV Niederbayern-Ost

Dannhart, Werner (64), KV Nordschwaben

Fürstenau, Dr. Udo (55), KV Donau-Wald

Haas, Georg (87), KV Altötting-Mühldorf

Jakobi, Sieglinde (89), BV München

Kellner, Martin (92), BV München

Moezer, Herbert (76), KV Mittelfranken-Süd

Schalk, Heinz (76), KV Nürnberg

Wittmann, Stefan (35), KV Nordschwaben

Vermischtes

BV Mittelfranken

Herbstausflug in die Fränkische Schweiz

Gräfenberg am Eingang der Fränkischen Schweiz

Ziel des traditionellen VLB-Herbstausflugs Mitte Oktober war in diesem Jahr die Fränkische Schweiz. Für die Routenplanung und das kulturelle Besichtigungsprogramm war der Autor zuständig, denn der Bezirksvorsitzender Horst Lochner war mit der Planung des Berufsbildungskongresses in Erlangen mehr als ausgelastet. Zielorte waren u. a. Gräfenberg und Sanspareil bei Wönsees im Landkreis Kulmbach mit der Burg Zwernitz und dem angrenzenden Felsengarten.

Besichtigung des Uhrenmuseums und Altstadtführung in Gräfenberg

Mit dem Omnibus ging es am Vormittag zunächst nach Gräfenberg ins dortige private Uhrenmuseum Rammensee. In der kleinen Stadt Gräfenberg, übrigens meistens der Ausgangspunkt für den "5-Seidla-Steig" – Biertrinkern gut bekannt, teilten sich die 38 Teilnehmer in zwei Gruppen auf. Die eine unternahm eine 60-minütige Altstadtführung mit dem Altstadtfreunde-Vorsitzenden Otto Müller, während sich die andere Gruppe gleichzeitig in der Fossilien- und Turmuhrsammlung im sog. "Gerbers Stadl" vom Georg Rammensee umsaß. Im Museum ist eine kleine Fossilienammlung ausgestellt, die vor allem aus den an Gräfenberg angrenzenden Steinbrüchen zusammen getragen wurde.

Rammensee, ein Sohn des ehemaligen Turmuhrfabrikanten, zeigte und erklärte uns seine Sammlung von ca. 30 Turmuhren und deren Schlagwerke; diese sind wiederum mit verschiedenen Glocken verbunden, die man dann auch anhören konnte. Nach einer Stunde wurden die sehr ausführlichen und interessanten Führungen gewechselt.

Wie mir unterwegs berichtet wurde, war die Besichtigungszeit für bei-



Die Kraft der Sprache für Pädagogen

Die Sprache spielt im Unterricht eine wichtige Rolle und dient in erster Linie dem Austausch von Informationen.

Doch sie kann weit mehr!

Mit einer klaren und wertschätzenden Sprache erleichtern sich Pädagogen die Kommunikation mit ihren Schülern. Darüber hinaus gewinnen Lehrkräfte an Präsenz und Klarheit. Eine bewusst gewandelte Sprache fördert spürbar die Motivation der Schüer und ihre Bereitschaft zur konstruktiven Beteiligung am Unterricht. Ebenso stärkt sie ein entspanntes und vertrauensvolles Klima im Kollegium. Elterngespräche werden leicht und effektiv.

Wir laden mit diesem Kartensatz Lehrkräfte und pädagogisches Fachpersonal ein, die Wirkung ihrer Sprache neu zu entdecken!

LINGVA ETERNA®
IN DER SPRACHE
LIEGT DIE KRAFT

Konzept für Sprache und Kommunikation

LINGVA ETERNA Verlag GmbH

Telefon: 09131-57161

www.LINGVA-ETERNA.de



Georg Rammensee erläutert seine Uhrensammlung.

de Gruppen eigentlich zu kurz und manche/r Teilnehmer/in werde wohl wieder kommen, um nochmals den historischen Marktplatz mit vielen alten Bürgerhäusern, dem kleinen historischen Rathaus aus dem Jahre 1689, die verschiedenen Tortürme und die Evang. Dreieinigkeitskirche aus 1701 zu besichtigen.

Nach einer einstündigen Weiterfahrt über Gößweinstein, Behringersmühle, durch das Aufseßtal und Hollfeld trafen wir zum Mittagessen im Gasthof Krone von Wonsees ein, wo uns sehr gute fränkische Küche von der Familie Ganzleben serviert wurde.

„C'est sans pareil!“ heißt übersetzt „Das ist ohnegleichen!“

Nach der Mittagspause ist eine größere Gruppe 2 km bergauf nach Sanspareil, dem Ausgangspunkt von sog. markgräflichen Parforcejagden (Treibjagd zu Pferde) im 18. Jahrhundert und zur Burg Zwernitz gewandert – kurzzeitig schien auch mal die Sonne –, während der Rest der Mannschaft es vorgezogen hatte, mit dem Bus dort hin zu fahren, denn man wusste, dass nach der Besichtigung des Morgenländischen Bau's und/oder der Burg noch eine weiterer halbstündige Spaziergang im Buchenhain des Felsengartens zum einzigartigen Ruinentheater folgen würde.

„C'est sanspareil“ soll ein Gast des Markgrafen Friedrich von Bayreuth und

Ansbach ausgerufen haben, als er die herrliche Aussicht vom Bergfried der Burg Zwernitz ins fränkische Land, vor allem in Richtung Kulmbach genossen hatte, so hatte uns dies der Führer der Bayer. Schlösser- und Gartenverwaltung im Morgenländischen Bau den Namen des Ortes „Sanspareil“ erklärt. Angemerkt sei, dass die Bayreuther bzw. fränkischen Mitbürger den Ortsnamen so aussprechen, wie er sich schreibt, und nicht entsprechend der französischen Sprechweise.

Der Morgenländischen Bau und der Felsengarten

Der Park zwischen dem Küchenbau aus der Markgrafzeit (heute Cafe) und dem gegenüberliegenden sog. Morgenländischen Bau ist heute eine kleine blumige Schlossgartenanlage mit Gestaltungselementen aus der Zeit des Rokoko.

Dahinter beginnen dann die Wege durch den Felsengarten, in dem sich ein alter, großer Buchenbestand befindet. Spaziergang zum Ruinentheater sehr angenehm. Übrigens wird das noch heute gut erhaltene Felsentheater manchmal in den Sommermonaten zu Musik- und Theateraufführungen genutzt.

Den Abschluss bildete dann der obligatorische Cafehaus-Besuch. Die Heimreise mit dem Bus ging dann von Thurnau aus über die Autobahn entlang der "km-langen" Solarparks, vorbei an Schesslitz, Memmelsdorf und Bamberg

zu den Zustiegsorten Erlangen, Nürnberg-Röthenbach und Ansbach.

Anmerkung in eigener Sache

Horst Lochner und meine Person, wir fragen uns, warum nur Senioren und kaum aktive Lehrkräfte bzw. Verbandsmitglieder an der traditionellen Herbstfahrt teilnehmen. Ist der Termin falsch gewählt, sind die Ziele nicht attraktiv genug – Vorschläge für „Ein-Tages-Fahrten bzw. Wanderungen“ mit oder ohne kleinen kulturellen Schwerpunkt werden gerne angenommen und umgesetzt.

Detlef-Lutz Pertek

BV München

Herbstfahrt 2014 – Zum Weinherbst ins Retzer Land

Das verlängerte Wochenende vom 3. - 5. Oktober nutzten über 40 Mitglieder und z. T. deren Begleiter, um ein bei uns weniger bekanntes Weinbaugebiet kennenzulernen: Das Retzer Land.

Schon im Sommer 2013 hatten die Organisatoren der früheren Fahrten, die traditionell in Weinbaugebiete führen – 2011 z. B. an den südlichen Gardasee – die Idee, das für seinen Grünen Veltliner bekannte Weinbaugebiet Wagram zu besuchen. Als der Verfasser dieses Berichtes (und spätere Reiseleiter) dem langjährigen ehemaligen Vorstand Othmar Doleschal bei einer Begegnung im Rahmen des Seniorenprogramms davon erzählte, schlug dieser vor, sich über das Hotel Althof in Retz zu informieren. Gesagt – getan, und so wurde das Hotel Althof in Retz zum Standort für unsere Herbstfahrt.

Jeder der 3 Tage stand unter einem eigenen Motto. So der Freitag, 3. Oktober: „Der Weg ist das Ziel“. Dieser Weg sollte mit einer pünktlichen Abfahrt um 8 Uhr in Fröttmaning mit dem Bus beginnen. Leider stellte eine frühmorgendliche technische Störung der U-Bahn am Odeonsplatz die pünktliche Abfahrt stark in Frage. Aufgeregte Anrufe informierten die schon Anwesenden, und



Sie zeigten sich begeistert von den Genusstagen – Gruppenfoto im Gutshof.

zum Glück konnte unsere Gruppe mit nur geringer Verzögerung starten.

Durch die vorhersehbaren Staus steuerte uns der seit Jahren bewährte Fahrer souverän über die Autobahn nach Melk ans Donauufer. Die knappe Stunde bis

zur Abfahrt des Schiffes, das uns durch den attraktivsten Teil der Wachau nach Krems bringen sollte, nutzten einige, um das sicher Vielen schon von früheren Besuchen bekannte Stift zu Fuß kurz aus der Nähe zu erleben.

Bei bedecktem Himmel, aber, falls erforderlich, abgelenkt durch regional-typisches Essen und Trinken an Bord, zog die eindrucksvolle Donaulandschaft aus der Flussperspektive an uns vorüber, während der Bus nach Krems vorausfuhr, um uns dort zu erwarten.

Aber nicht nur der Bus erwartete uns in Krems, sondern auch das in seiner Art einmalige Karikaturenmuseum. Nach dem Besuch sagten viele Teilnehmer, dass sie wegen dieses Museums wieder kommen möchten, um mehr Zeit darin verbringen zu können.

Als wir unseren Zielort Retz erreicht hatten, überraschte uns gleich der Hauptplatz mit seiner Weite und der Aneinanderreihung ansehnlicher Gebäude. Weil unser Hotel, ein ehemaliger Teil der Burg, später Gutshof, mit dem Bus nicht anzufahren ist, gingen wir zu Fuß und konnten uns gleich von dem Anblick des historischen Baues beeindruckt lassen.

Das den Tag abschließende Winzerbuffet im stimmungsvollen Vinarium

 REISEDIENST NATURFREUNDE GMBH 		
Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel: 0841/71144, Fax: 0841/77686, Frühzeitige Anmeldung wegen Flugreservierung erbeten. Die Mitgliederpreise gelten auch für Ehepartner!		
Termine	Reisen 2015	Preis für VLB ab
22.03.15 bis 03.04.15	TANSANIA: Ethiopian Airlines ab FRA: Arusha, 7 Tage Safari mit Vollpension am: Manyara-See, Serengeti, Ngorongoro-Krater,	3.198,00 €
29.03.15 bis 10.04.15	Tarangiri, 4 Tage Sansibar im Top-Hotel mit Halbpension und optionalen Ausflügen, gute Hotels/Lodges, meist VP	
27.03.15 bis 10.04.15	NEPAL: Oman Air ab MUC, Wanderungen und Besichtigungen, HP in guten landestypischen Hotels, 2 x VP	2.298,00 €
28.03.15 bis 04.04.15	JORDANIEN: Royal Jordanian ab MUC/FRA: Amman, Totes Meer, Petra, Wadi Rum, Aqaba, HP in guten Hotels	1.498,00 €
28.03.15 bis 04.04.15	KRETA: AEGEAN ab MUC: Besichtigungen und Wanderungen, HP, gute Hotels, Reiseführer: Evangelos Plexidas	1.148,00 €
28.03.15 bis 09.04.15	COSTA RICA: Iberia ab MUC: San Jose, Nationalparks und Vulkane, Erholungs- und Badeaufenthalt, gute Hotels, meist HP	2.898,00 €
28.03.15 bis 10.04.15	MEXIKO: Lufthansa ab MUC: Höhepunkte von Mexico City bis Cancun (allincl.), Inlandsflug, gute Hotels, meist HP	2.898,00 €
28.03.15 bis 10.04.15	JAPAN: Lufthansa ab MUC/FRA: Tokyo, jap. Alpen, Nationalparks, Hiroshima, Osaka, meist HP in sehr guten Hotels, Zugfahrten	3.898,00 €
28.03.15 bis 12.04.15	NORDINDIEN, SIKKIM & BHUTAN: Lufthansa ab MUC/FRA, Inlandsflüge, Übernachtungen mit HP/VP in guten Hotels	3.198,00 €
30.03.15 bis 09.04.15	MAROKKO: Royal Air Maroc ab MUC, Marrakech, Rabat, Fès, Erfoud, Ouarzazate, Agadir, Übernachtung mit HP in guten Hotels	1.298,00 €
30.03.15 bis 05.04.15	EMIRATE: Emirates ab MUC: Dubai, Al Ain, Sharja, Abu Dhabi, Ü/F im zentralen 4-Sterne Stadthotel, 3x Abendessen	1.348,00 €
30.03.15 bis 09.04.15	USBEKISTAN: Uzbekistan Air ab FRA: Taschkent, Urgench, Buchara, Samarkand, Schachrisabs, HP in guten Hotels	1.698,00 €
06.04.15 bis 10.04.15	HOLLAND: Lufthansa ab MUC, Amsterdam, Rotterdam, Den Haag, Keukenhof, Delft, Ü/F im zentralen Hotel in Rotterdam	1.148,00 €
23.05.15 bis 05.06.15	KUBA: Air France/KLM ab MUC/FRA: Havanna, Trinidad, Varadero, 3 Erholungstage, HP/VP/allinclusive in guten Hotels	2.298,00 €
24.05.15 bis 01.06.15	ISRAEL: Austrian Airlines ab MUC, Kooperation mit KEG Schwaben, alle Highlights des biblischen Israels, gute Hotels mit HP	1.738,00 €
24.05.15 bis 02.06.15	KYKLADEN AEGEAN ab MUC: Athen, Delos, Mykonos, Naxos, Santorin, HP in guten Hotels, Leitung: Evangelos Plexidas	1.398,00 €
25.05.15 bis 03.06.15	IRAN Iran Air ab FRA: Teheran, Shiraz, Persepolis, Yazd, Nain, Isfahan, Qom, Inlandsflug, HP in guten Hotels	1.748,00 €
26.05.15 bis 30.05.15	MADRID-KASTILIEN: Lufthansa ab MUC: Stadtbesichtigung Madrid, El Escorial, Avila, Segovia, Toledo, 4-Sterne Hotel mit HP	1.098,00 €
27.05.15 bis 03.06.15	SIZILIEN & LIPARISCHE INSELN: Lufthansa ab MUC: Catania, Ätna, Taormina, Lipari, Stromboli, Acireale, HP, gute Hotels	1.398,00 €
31.05.15 bis 06.06.15	MALTA: Air Malta ab MUC, Valletta, Medina, Nordtour, Insel Gozo, HP im 4-Sterne Hotel, 1 Ganz- und 4 Halbtagesausflüge	898,00 €
PFINGSTEN 15: Uzbekistan 11 Tg, SOMMER 15: Südafrika 14 Tg, Island 8 Tg, St. Petersburg 7 Tg, Ecuador – Galapagos 17 Tg, Peru 17 Tg, Bellaria (Adria) 10 Tg, Madagaskar 15 Tg, Namibia 18 Tg, Italien – Apulien 8 Tg, Spanien – Galicien 7 Tg, Schottland 7 Tg, Griechenland		
Ausführliche Reiseverläufe und Anmeldung unter: www.naturfreunde-reisen.de		

HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
im VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: 0 89/59 52 70
Telefax: 0 89/5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
E-Mail: info@vlb-bayern.de

SCHRIFTLEITUNG

Alle Manuskripte und Beiträge
werden erbeten an:
redaktion@vlb-bayern.de
Matthias Kohn, VLB-Geschäftsstelle
Telefon: 0 89/54 50 59 07
Telefax: 0 89/5 50 44 43

Martin Ruf, Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de
Telefon.: 09 31/66 14 15
Telefax: 09 31/6 60 72 91

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.
Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

VLB-VERLAG UND ANZEIGENVERWALTUNG

Andrea Götzke
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
Telefon: 0 89/59 52 70
Telefax: 0 89/5 50 44 43

GEMEINSAME ANSCHRIFT

Dachauer Straße 4,
80335 München
E-Mail: info@vlb-bayern.de
Telefon: 0 89/59 52 70
Telefax: 0 89/5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de

DRUCK

Schleunungsdruck GmbH
Elterstraße 27, 97828 Marktheidenfeld
Telefon: 0 93 91/6 00 50

ERSCHEINUNGSWEISE / BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

„vlb-akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

ISSN Nr. 1867-9161

fand ungeteilt große Zustimmung und ließ uns, nach den vielfältigen Erlebnissen des Tages, erwartungsvoll auf den nächsten Tag blicken.

„Ein Tag der Superlative!“ So kündigte ich den Samstag an. Er stand unter dem Motto „Natur – Wein – Kultur“, und die zu erwartenden Superlative waren der Thaya-Nationalpark als kleinster Nationalpark Österreichs, Hardegg als kleinste Stadt und der Retzer Erlebniskeller als größter historischer Weinkeller.

Dem Motto folgend begann der Tag mit dem Besuch der sehr informativen Ausstellung im Nationalparkhaus und einer knapp einstündigen Wanderung im Nationalpark. Dabei war der Höhepunkt sicher der Aussichtspunkt mit Blick auf den ca. 100 Meter tiefer liegenden Grenzfluss Thaya, die Brücke, die in die Tschechische Republik führt, und den wirklich kleinen Ort Hardegg (68 Einwohner) mit der oberhalb gelegenen Burg. Brücke und Burg schauten wir uns anschließend vor Ort genauer an. Sehr bewegend fanden Viele die am Brückengeländer montierten Fotos von der Situation vor, während und nach dem historischen Moment, als der Eiserne Vorhang fiel.

Dem Motto „Kultur“ begegneten wir im barocken Stift Geras. Zusätzlich konnten wir im Ort ungeplant, aber umso lebendiger das Kartoffelfest erleben, wohl ein Höhepunkt im Jahresverlauf. Für uns ein wunderschöner Kontrast zum Oktoberfest: Regional, überschaubar, gemütlich.


Die restlichen Prorammpunkte gehörten dem Motto „Wein“. Erst eine Führung durch den Retzer Erlebniskeller. Wie der Name schon andeutet: Kaum zu beschreiben, man muss diesen Keller einfach erleben. Sie endete, organisatorisch perfekt vermarktet, im Vinarium unseres Hotels, wo man Wein von vielen verschiedenen Winzern der Region probieren – und natürlich auch kaufen – konnte. Den Abschluss des Tagesprogramms bildete eine deftige Brotzeit im uralten Gewölbe eines Heurigenkellers. Zu unser aller Freude waren die Portionen groß, dafür die Preise klein.

Weil es keine Seniorenveranstaltung war, mussten wir am Sonntag unter dem Motto „Langsam nach Hause ...“



die Rückreise antreten. Aber zwei Programmpunkte konnten wir noch erleben: Erst eine eindrucksvolle hoch professionelle Führung in der Winzergenossenschaft Krems, und anschließend die Mittagspause im hoch über der Donau thronenden Stift Göttweig. Leider lag bei diesem Punkt der Schwerpunkt auf dem Wort „langsam“ – das heißt, das Essen wurde so langsam serviert, dass den meisten keine Zeit blieb, das eigentlich sehr sehenswerte Stiftsgelände zu besuchen.

Um dem vorherzusehenden Rückkreisstau auf der Salzburger Autobahn zu



*Der VLB wünscht seinen
Mitgliedern, Freunden und Partnern
einen guten Start und ein
erfolgreiches Jahr 2015.*

Autorenverzeichnis

Dietrich, Hans

VLB-Referent FOS/BOS,
Postfach 1234, 95011 Hof,
Tel.: (09281) 766130

Greubel, Manfred

VLB-Referent Bildungspolitik,
Händelstr. 25, 90751 Schwaig,
Tel.: (0911) 500041

Hummelsberger, Siegfried

BS, Liebherrstr. 13, 80538 München,
Tel.: (089) 233-43600

Lambl, Wolfgang

stellvertr. VLB-Vorsitzender und
Hauptpersonalrat, Gramschatzer Ring 6,
97222 Rimpar, Tel.: (09363) 5278

Liebel, Alexander

Itzehoer Straße 13, 90425 Nürnberg,
Tel.: (0911) 347333

Männlein, Pankraz

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
BS, Dr.-von-Schmitt-Str. 12,
96050 Bamberg, Tel.: (0951) 30287-0

Dr. Persie, Michael

BS, Thomas-Ehemann-Str. 13b,
97318 Kitzingen, Tel.: (09321) 2306-0

Schuster, Günther

BS, Bodenseestr. 41,
87700 Memmingen,
Tel.: (08331) 9649-0

Schwandt, Margit

BS, Bezoldweg 31, 91541 Rothenburg,
Tel.: (09861) 97669

Thiel, Peter

Am Happach 40, 97218 Gerbrunn,
Tel.: (0931) 707691

Ulbrich, Armin

Albrecht-Achilles-Str. 13,
90455 Nürnberg, Tel.: (0911) 882686

Vietze, Klaus

VLB-Schriftführer, BOS, Körnerstr. 6,
95448 Bayreuth, Tel.: (0921) 792080

Wunderlich, Jürgen

VLB-Landesvorsitzender
BS, Landrat-Dr.-Frey-Straße 2,
86356 Neusäß, Tel.: (0821) 454402-0

entgehen, fuhr unser Fahrer, der gefühlsmäßig integrierter Teil unserer Gruppe war, über Passau und Deggendorf nach München zurück, wo wir so rechtzeitig ankamen, dass die Reisetilnehmer, die am nächsten Tag wieder zur gewohnten Tätigkeit antreten mussten, dies ohne reisebedingtes Schlafdefizit tun konnten.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass es viele positive Rückmeldungen gab, u. a. in dem Sinn, dass Teilnehmer die Reise in Eigeninitiative wiederholen möchten. Und Ideen für die nächste VLB-Fahrt gibt es auch schon.

Hans Schwerin

Redaktionstermine 2015/2016

Ausgabe 02	12. 01. 2015
Ausgabe 03/04	02. 03. 2015
Ausgabe 05	06. 04. 2015
Ausgabe 06	04. 05. 2015
Ausgabe 07	08. 06. 2015
Ausgabe 08/09	20. 07. 2015
Ausgabe 10	14. 09. 2015
Ausgabe 11	05. 10. 2015
Ausgabe 12	02. 11. 2015
Ausgabe 01	30. 11. 2015
Ausgabe 02	18. 01. 2016

Chancenspiegel der Bertelsmann-Stiftung:

Berufliche Schulen verdienen mehr Anerkennung in der Öffentlichkeit

Mit größtem Lob wurden am VLB-Berufsbildungskongress im November von den Vertretern der politischen Parteien die beruflichen Schulen bedacht. Leider ist diese Wertschätzung bei der Bertelsmann Stiftung nicht angekommen. In der Veröffentlichung des Chancenspiegels, der seit 2012 jährlich als gemeinsames Projekt der Bertelsmann Stiftung, des Instituts für Schulentwicklungsforschung der Technischen Universität Dortmund und des Instituts für Erziehungswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena die Chancengerechtigkeit in den einzelnen Bundesländern veröffentlicht, werden nur die Regelschulen (dies sind die Schulen des allgemeinbildenden Schulwesens) dargestellt. Die Chancengerechtigkeit wird anhand der vier Dimensionen Integrationskraft, Durchlässigkeit, Kompetenzförderung und Zertifikatsvergabe dargestellt. Neben der Chancengerechtigkeit wird auch die Leistungsstärke eines jeden Bundeslandes analysiert.

Durchlässigkeit

Es ist sehr bedauerlich, dass bei der Darstellung der Dimension „Durchlässigkeit“ die sehr leistungsfähigen beruflichen Schulen nicht einbezogen werden und nur die Durchlässigkeit des allgemeinbildenden Schulwesens dargestellt wird. Damit werden die beruflichen Schulen als zweite starke Säule – immerhin erwerben 42% der Hochschulzugangsberechtigten ihr Zertifikat an der beruflichen Oberschule – nicht in das Bildungssystem einbezogen. Damit werden den Eltern die beruflichen Schulen bei der Wahl des Bildungsweges vorenthalten. Dies kann bei ihnen die sehr hohe Intention für einen Wechsel von der Grundschule zum Gymnasium verstärken und den Eindruck erwecken, dass nur dieser Weg zum Erfolg führt. Dies ist umso bedauerlicher, da gerade die horizontale und die vertikale Durchlässigkeit in die beruflichen Schulen viel dazu beiträgt, damit kein Bildungsgang in einer „Sackgasse“ endet. Betroffen sind sowohl der Übergang innerhalb der Sekundarstufe I (z. B.

von der Mittelschule in die Wirtschaftsschule) als auch den Wechsel von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II (z. B. Wechsel von der Realschule in die Fachoberschule). Es wird auch nicht aufgezeigt, dass ein Übergang von der beruflichen Bildung in den Tertiärbereich unter Anrechenbarkeit der in der beruflichen Bildung erbrachten Leistungen an der Hochschule möglich ist. In der beruflichen Bildung liegen somit Chancen für die Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit, die in dem Bericht jedoch unverständlicher Weise nicht aufgezeigt werden.

Zertifikatsvergabe

Eine weitere Schwäche des Berichts ist aus Sicht der beruflichen Bildung bei der Dimension „Zertifikatsvergabe“ gegeben. Durch die Fokussierung auf das Abitur wird wiederum der Eindruck erweckt, dass die Studierfähigkeit das Maß aller Dinge ist. Es werden dabei jedoch die vielfältigen Möglichkeiten übersehen, welche die berufliche Bildung auch ohne Abitur bietet. So eröffnen die Abschlüsse als Meister oder Techniker sehr gute Einstiegschancen in eine erfolgreiche berufliche Laufbahn, die mit einem Studium nicht garantiert ist. Die Wertigkeit eines Abschlusses als Techniker zeigt sich z. B. darin, dass viele Unternehmen den Techniker und den Bachelor bei einer Stellenausschreibung auf eine Stufe stellen. Verstärkt werden die guten Berufsaussichten von Absolventen der beruflichen Bildung dadurch, dass unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung mit einem Mangel auf der Ebene der Facharbeiter, Meister und Techniker zu rechnen ist und nicht mit einem Mangel bei den Akademikern.

Es ist zu hoffen, dass im nächsten Chancenspiegel diese Mängel abgestellt werden, und der beruflichen Bildung der Stellenwert zugemessen wird, den sie mehr als verdient hat und somit die Aussagekraft des Berichtes nicht wieder mehr als fraglich ist.

Manfred Greubel